

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren
 beträgt für die sechsgealtene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Sonnabend, den 28. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1901.

Mit besonderem Interesse sind gerade in diesem Jahre die statistischen Erhebungen der Generalkommission über die Lage der deutschen Gewerkschaften erwartet worden. Die Gewerkschaften hatten im Vorjahre eine schwere Prüfung zu bestehen; nach einer Periode des lebhaften wirtschaftlichen Aufschwunges setzte plötzlich mit vernichtender Wirkung die Krise ein. Der Rückschlag im Gewerbebetrieb mußte die Arbeiterklasse am schwersten treffen. Tausende sahen sich auf Lohn und Brot gesetzt und die in Arbeit ständen erduldeten fortgesetzt eine Verminderung ihres Einkommens.

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung waren die Gewerkschaften im schnellen Tempo gewachsen und es entstand nun die Frage, werden die Gewerkschaften dem wirtschaftlichen Druck widerstehen können, um auch in der Krise ihre Position behaupten zu können, oder erfolgt wieder die für die Arbeiterbewegung niederdrückende Rückwärtsbewegung. Zu unserer Freude ist das letztere nicht eingetroffen. Wie die von der Generalkommission der Gewerkschaften jetzt veröffentlichte Statistik über die Mitgliederzahl und die finanziellen Leistungen der Gewerkschaften ergibt, hielten sich die Organisationen im Jahre 1901 auf der Höhe des Vorjahres. Mehr konnten wir nicht erwarten, denn der wirtschaftliche Rückschlag war ein zu schwerer, als daß er spurlos an den Gewerkschaften vorübergehen konnte.

Von den 57 Centralverbänden, die der Generalkommission angeschlossen sind, hatten nur 19 einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, während 38 Organisationen einen Zuwachs aufwiesen. Allerdings wiegt die Zunahme den Verlust nicht auf, aber der Verlust beträgt nur 2917 Mitglieder; bei einer Gesamtmitgliederzahl von 677 510 ein unbedeutender Rückgang.

Die Bewegung in der Mitgliederzahl der freien Gewerkschaften giebt folgende Tabelle an:

Jahr	Central-Organisationen	Mitgliederzahl	Davon weibliche Mitglieder	In Lokalvereinen ca.	Zusammen	Verlust der Gewerkschaften
1891	62	277 659	—	10 000	287 659	13 000
1892	56	287 004	4 355	7 640	294 734	29 700
1893	51	223 530	5 384	6 290	229 810	28 526
1894	54	246 494	5 251	5 550	252 044	194
1895	53	259 175	6 697	10 781	269 966	11 801
1896	51	329 230	15 205	5 858	335 088	—
1897	56	412 359	14 644	6 803	419 162	—
1898	57	493 742	13 481	17 500	511 242	—
1899	55	590 473	19 290	15 046	609 419	—
1900	58	680 427	22 844	9 800	690 297	—
1901	57	677 510	23 699	9 360	686 870	—

Auch die übrigen Gewerkschaftsgruppen dürften, soweit Angaben vorliegen, ihren Mitgliederstand gehalten haben.

Die Kirch- und Dunderschen Gewerkschaften geben ihre Mitgliederzahl auf 96 765 an, es bedeutet dies gegen das Vorjahr ein Mehr von 5104.

Für die christlichen Gewerkschaften fehlen die Angaben für das Jahr 1901, im Vorjahre zählten sie 159 770 Mitglieder. Die unabhängigen Vereine, die keiner der vorgenannten Richtungen angehören, beziffern ihre Mitgliederzahl auf ungefähr 49 651, so daß nach dieser Berechnung im Gesamt 993 056 in Gewerkschaften organisierte Arbeiter gezählt werden können.

In den Centralverbänden der freien Gewerkschaften verteilt sich die Mitgliederzahl auf die einzelnen Organisationen wie folgt:

Metallarbeiter 102 905, Maurer 80 869, Holzarbeiter 70 251, Bergarbeiter 38 042, Fabrikarbeiter 31 857, Buchdrucker 30 974, Textilarbeiter 28 836, Zimmerer 24 151, Schuhmacher 19 585, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 18 274, Tabakarbeiter 17 737, Bauarbeiter 17 500, Schneider 16 769, Hafnarbeiter 13 719, Drauer 12 121, Maler 11 894, Buchbinder 9071, Steinarbeiter 9000, Porzellanarbeiter 8702, Töpfer 7594, Glasarbeiter 7591, Lithographen und Steindrucker 6590, Schmiede 6392, Wöttcher 6238, Maschinen- und Feiler 6000, Gemeindebediensteter 5176, Lederarbeiter 4830, Bäcker 4651, Steinseher 4644, Bildhauer 4412, Tapezierer 4411, Sattler 4241, Handschuhmacher 3170, Werftarbeiter 3088, Kupferschmiede 3528, Seefleute 2990, Dachdecker 2061, Gutmacher 2510, Glaser 2505, Schiffszimmerer 2093, Gastwirtsgehilfen 1950, Stuccateure 1933, Müller 1838, Buchdrucker-Hilfsarbeiter 1815, Bergolber 1501, Fleischer 1464, Graveure 1390, Cigarrensortierer 1054, Handlungsgehilfen 900, Kürschner 850, Konditoren 814, Lagerhalter 625, Barbieren 615, Formstecher 355, Gärtner 323, Bureau-Angestellte 322 und Wasserre 316.

Der Prozentsatz der organisierten Arbeiter zu den im Beruf Tätigen ist in einigen Branchen ein sehr hoher. Die Berechnung kann zwar auf Genauigkeit keinen Anspruch erheben, da die Berufszählung von 1895 zu Hilfe genommen werden mußte und die Berufszählung nicht immer mit den Gewerkschaften übereinstimmt, dennoch giebt die Berechnung einen ungefähren Anhalt.

Es kommen für die gewerkschaftlichen Centralverbände 4 977 765 Berufsangehörige (darunter 901 383 weibliche), die sich den einzelnen Organisationen zuweisen lassen, und 33 528 Berufsangehörige in Frage, die nicht specialisiert in der Gewerkschaftsliste ausgewiesen sind, insgesamt also 5 016 293. Von diesen waren im Jahre 1901 16,04 Proz. männliche und 2,63 Proz. weibliche, zusammen 13,51 Proz. in den gewerkschaftlichen Centralverbänden. Bei der Berechnung sind in der Berufszählung die unter 18 Jahre und über

60 Jahre alten Personen ausgeschlossen, als für die Organisation weniger in Betracht kommend. Die einzelnen Organisationen hatten von den Berufsangehörigen als Mitglieder herangezogen in Prozenten:

Bildhauer 73,53; Buchdrucker und Buchdrucker-Hilfsarbeiter 72,06; Kupferschmiede 54,24; Handschuhmacher 51,50 (nach Angabe des Vorstandes 81,4); Steinseher 45,34; Glaser 41,47; Hafnarbeiter 39,09; Lithographen und Steindrucker 36,0; Schiffszimmerer und Werftarbeiter 35,70; Tapezierer 35,44; Maurer 34,08; Töpfer 32,05; Gemeindebediensteter 29,70; Drauer 28,64; Wöttcher 28,52; Porzellanarbeiter 27,91; Bergolber 26,52; Stuccateure 25,42; Formstecher, Graveure und Eisleute 25,16; Buchbinder 24,30; Zimmerer 23,71; Holzarbeiter 22,51; Gutmacher 21,69; Dachdecker 21,22; Stabarbeiter 21,09; Metallarbeiter 19,25; Maler 18,83; Schuhmacher 18,11; Tabakarbeiter und Cigarrensortierer 17,98; Sattler 16,34; Maschinen- und Feiler 15,10; Seefleute 14,43; Lederarbeiter 14,12; Kürschner 13,28; Bergarbeiter 10,15; Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter 10,15; Steinarbeiter 9,25; Schneider 9,16; Fabrik- und gewerbliche Hilfsarbeiter 9,01; Konditoren 8,14; Schmiede 7,02; Bäcker 6,20; Bauarbeiter 5,34; Textilarbeiter 4,82; Müller 4,0; Barbieren 3,27; Fleischer 2,60; Gärtner 0,58; Handlungsgehilfen und Lagerhalter 0,53; Gastwirtsgehilfen 0,51.

In finanzieller Beziehung ist das Ergebnis der Statistik ein überaus glänzendes. Die Gesamteinnahme der Centralverbände erreichte im Jahre 1901 die Summe von 9 722 720 M., die Ausgabe betrug 8 967 168 M. An Kassenbestand verblieben am Schluß des Jahres 8 798 333 M. Die Einnahme übersteigt die des Vorjahres um 208 645 M., die Ausgabe erhöhte sich um 879 147 M. im Jahre 1900. In diesen Zusammenstellungen fehlen noch die Einnahmen aus Extrabeiträgen in den einzelnen Jahrestellen sowie die Verwendung dieser Summen.

Wie sich die Gesamtausgabe der Verbände im Jahre 1901 von 8 967 168 auf die einzelnen Unterstützungs- oder Verwaltungszweige verteilt, zeigt die nachfolgende Aufstellung.

Es veranschlagt im Jahre 1901 für:

Verbandsorgan.	in 56 Organisationen M.	782 787
Agitation	50	824 755
Streiks im Beruf	47	1 823 389
Streiks in andern Berufen	47	55 408
Rechtschutz	47	89 705
Gewahrgeltemunterstützung	39	198 173
Reiseunterstützung	38	607 127
Arbeitslosenunterstützung	22	1 298 197
Stranckenunterstützung	15	772 586
Invalidenunterstützung	4	130 941
Sonstige Unterstützung	40	194 608
Stellenvermittlung	10	5 502
Bibliotheken	12	6 805
Sonstige Zwecke	45	352 778
Konferenzen und Generalversammlungen	35	130 740
Beitrag an die Generalkommission	49	73 770
Projektkosten	15	4 909
Gehälter	54	218 894
Verwaltungsmaterial	52	218 186

Eine alle vorhergehenden Jahre weit übersteigende Erhöhung ist bei der Ausgabe für Gewahrgeltem-Unterstützung mit 198 173 M. gegen 97 092 M., Reise-Unterstützung mit 607 127 M. gegen 461 028 M., Arbeitslosen-Unterstützung mit 1 298 198 M. gegen 501 078 M. im Jahre 1900 zu verzeichnen.

Im Jahre 1901 war die Ausgabe für diese drei Unterstützungs-zweige um 994 299 M. höher als im Jahre 1900.

Bemerkenswert ist, daß die Streikunterstützung von 2 525 642 M. im Jahre 1900 auf 1 878 792 im Jahre 1901 zurückgegangen ist. Die Lohnlämpfe wurden unter ungünstiger wirtschaftlicher Konjunktur ausfindsloser, sie mußten zurückgestellt werden, während das Unterstützungsweesen zu höheren Leistungen herangezogen wurde.

Gerade der Ausbau des Unterstützungsweesens dürfte den Gewerkschaften in der Krise ihre Stabilität gesichert haben. Die Arbeitslosen-Unterstützung wird jetzt von 22 Verbänden gezahlt, die Bäcker, Dachdecker und Holzarbeiter werden mit der Einführung dieses Unterstützungsweesens folgen.

Ist somit der Rückblick, den die Gewerkschaften auf ihre Tätigkeit im Jahre 1901 werfen können, ein unter den gegebenen Verhältnissen recht befriedigender, so werden wir uns andererseits nicht verhehlen, daß die schweren Zeiten noch nicht vorüber sind. Noch sind die Aussichten auf eine bessere Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse geringe und somit der Druck, der auf der Arbeiterschaft lastet, ein Hemmnis der aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung. Soll es vorwärts gehen, dann nur mit Aufbietung aller Kräfte in unermüdlicher Arbeit. Das große Aufklärungswort muß in die entfernteste Hütte eindringen, um alle, die in schwerer Arbeit ihren Lebensunterhalt erwerben, zu Massenbewußten Arbeitern zu bekehren. Vereint im politischen und gewerkschaftlichen Kampf wird die Arbeiterschaft die Befreiung vom kapitalistischen Joch erringen und der kapitalistischen Produktionsweise ein Ziel setzen.

72. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 27. Juni.
 Trotzdem die Sitzung heute bereits 8 Uhr begann — für die Pöcherlichkeit solch forciertem Zeitersparnis und schematizem Arbeitseifer scheint die Mehrheit keine Empfindung zu haben — schritt die Beratung doch nur sehr langsam vorwärts. In einer sich hin-

ziehenden Geschäftsordnungsdebatte machte erst Baudert klar, wie unsachgemäß eine Reihe von Positionen zur Beratung zusammengefaßt wurden und dadurch Verwirrung und Zeitverschwendung hervorgerufen werde. Die Kommission nahm dann die Vorschläge Bauderts an.

Die Positionen 452—457 umfassen Baumwollgewebe verschiedener Qualitäten und werden gemeinsam beraten. Die Zollsätze steigen in der Vorlage von 60—250 M. Dazu liegen Abänderungsanträge von Brömel, Schlumberger und Förster-Sachsen vor. Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Aus der Debatte ist hervorzuheben, daß Schlumberger es unter Widerspruch wieder als einen Raub an den Arbeitern bezeichnet, wenn die Zölle so herabgesetzt würden, wie es mehrfach geschehen sei. Die Löhne würden sinken und die Waren schlechter werden.

Grünberg erwidert dem Vordrcker, derselbe könne solche Ausführungen nur Leuten gegenüber machen, die nicht vom Geschäft verstanden; ein so geriebener Geschäftsmann, wie Schlumberger, wisse sehr gut, daß die Zölle die Waren verteuern und den Lohn drücken. Die Verhungerungs- und Raubtheorie liege im Josthlem. Wenn an Rohprodukten nicht am Preis herabzudrücken ist, um Gewinn zu erzielen, dann wird am Lohn abgebrochen. Das thut jeder Unternehmer, das liegt im heutigen Wirtschaftssystem. Und Schlumberger mache erst recht keine Ausnahme. Bei den vorliegenden Positionen komme die Wäschefabrikation in Betracht, die durch Zölle auf Garne sowohl, als auf Gewebe schwer geschädigt werde. Auch Brömel wendet sich gegen Schlumberger, der noch keine Vollmachten vorgelegt habe dafür, daß er sich als Vertreter der gesamten Spinnerei, Weberei und Druckerei geriere. Und Baudert erwidert, er, Redner, werde bei Schlumbergers für die Arbeiter besorgten Reden immer an die Geschichte vom Fuchs und Hasen erinnern. Der Fuchs rede immer dem Hasen gut zu, nur auf den Augenblick wartend, wo er dem Hasen den Kopf abbeißen könne. (Weiterkeit.) Redner erklärt dann sachlich die Schädlichkeit der Zölle.

In der Abstimmung werden die Anträge Förster, Müller-Gulda angenommen, die die Zollsätze der Vorlage herabsetzen.

Nr. 452 Gewebe, roh, im Gewicht von 160 Gramm oder darüber auf 1 Quadratmeter:
 in der Reihe und dem Schuß zusammen auf 5 Millimeter im Gebiort:
 mit 35 Fäden oder weniger 40,— M.
 mit mehr als 35 bis 44 Fäden 60,— M.
 mit mehr als 44 Fäden 80,— M.

Nr. 453 die Zollsätze auf
 90,— M.
 120,— M.
 150,— M.

im übrigen nach der Vorlage.
 Nr. 454 die Zollsätze auf
 120,— M.
 150,— M.
 170,— M.

im übrigen nach der Vorlage.
 Zoll der rohen Gewebe + 50,— M.
 Nr. 456 gefärbt, bedruckt oder bunt gewebt
 Anmerkung zu 452 bis 457 gilt als zweite Anmerkung zu 452 bis 456.

Nr. 457 einschließlich der Anmerkung zu streichen.
 455 wird nach der Vorlage angenommen.

Zu Position 458 wird nach kurzer Debatte der Kompromißantrag Förster, Müller-Gulda, Müller-Herber angenommen: Wirt (Tritot)- und Rezhstoffe 80 Marl.

Zu den Positionen 459: Handschuhe, Haarnetze 180 M., 460: Strümpfe, Soden, Unterleider, geschnitten — 100 M., abgepaßt gearbeitet 140 M., 463: geschnittene, Glühstrümpfe 2c. 100 M., liegen mehrere Anträge vor. Brömel, 459: 120 M., Förster, 459: 160 M., 460: 80 resp. 120 M.

Die Socialdemokraten beantragen Zollfreiheit, für die Baudert eintritt.

In der Abstimmung werden zu 459, 460 die Anträge Förster-Sachsen angenommen: 160 resp. 80 M.; 463 wird nach der Vorlage angenommen.

Nr. 461 Fische, 50 M. Hierzu beantragen Müller-Meinungen 8 M., Förster 30 M., die Socialdemokraten Zollfreiheit.

Stadthagen begründet letzteren Antrag. Durch den Zoll soll einigen großen Regfabriken, die ca. 20 Proz. Dividende zahlen, ein Privileg gewährt werden, obwohl sie schon durch die Herabsetzung der Garzölle Profit haben. Das bedeutet für die poor Regfabrikannten hohe Gewinne zum Nachteil der Klein-fischer, die trotzdem hohe Preise zahlen müssen. Im Wirtschaftlichen Ausnahmefall war der Hauptinteressent, die Fischeer Regfabrik, vertreten, der die Regierung die Liebesgabe entgegenbringt. Dabei zahlt jene Fabrik sehr niedrige Löhne. Die Regierung hat sich durch den Sachverständigen hinteres Licht führen lassen; es ist nicht wahr, daß sich die Seefischerei-Interessenten für den Zoll interessierten, das haben diese selbst bestätigt. Gegenüber solchen Machinationen müsse der Zoll beseitigt werden.

Müller-Meinungen begründet seinen Antrag, worauf Geheimrat v. Dente erwidert, der Zoll solle nur ein Ausgleich sein. Förster zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Müller-Meinungen wird angenommen.
 Schluß 12¼ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 9 Uhr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. Juni.

Das Defizit in Preußen.

Der endgültige Abschluß des Finanzjahres 1901 für Preußen ergiebt einen Fehlbetrag von etwa 40 Millionen Mark. Hierzu bemerken die „B. V. R.“: „Noch mehr als die Verschlechterung des Finanzverhältnisses zum Reich hat zu dem ungünstigen Abschluß des Jahres 1901 die überaus wenig befriedigende Entwicklung der Einnahmen und des Ueberschusses der Eisenbahn-Verwaltung beigetragen. In dieser Beziehung bestätigt die definitive Abrechnung nahezu vollständig die Resultate der vorläufigen Zusammen-

stellungen am Schlusse des Rechnungsjahres, nach denen die Eisenbahn-Einnahmen von ungefähr 80 Millionen Mark hinter dem Voranschlage zurückgeblieben waren, von denen etwa 22 Millionen Mark durch Minder- ausgaben ausgeglichen wurden, so daß sich ein Minderbetrag des Ueberschusses gegenüber dem Etatsanschlag von rund 58 Millionen Mark ergab. Es muß als ein Zeichen der guten Fundierung der preussischen Finanzen bezeichnet werden, daß es trotz dieses starken Ausfalles in dem Ertrage der Eisenbahnen und trotz des Mehrbedarfs für das Reich gelang, den Restbetrag auf die Summe von wenig über 40 Millionen Mark herabzumindern, wobei die Mehrerträge aus der Einkommensteuer und den Forsten einen besonders günstigen Einfluß übten. Weiter wird angedeutet, daß der Etatsanschlag für 1903 große Schwierigkeiten bereiten wird, da kein Zweifel sei, daß an das Reich noch höhere Summen als im laufenden Jahre ausgezahlt werden müssen und da der Anschlag auf Grund der ungünstigen Ergebnisse der letzten Jahre aufgestellt werden müsse.

Diese Schwierigkeiten der Finanzlage haben aber nicht gehindert, daß das Reich unsinnige Summen zu unsinnigen Zwecken verschleudert, Summen, durch welche die Bundesstaaten mit belastet werden. Diese Schwierigkeiten haben auch nicht gehindert, daß die preussische Regierung und das preussische Dreiklassen-Parlament 250 Millionen zur Erregung von Unzufriedenheit unter den Polen bewilligten.

Rajestädt Freisinn. Der Ausgang des Prozesses Bernhard-Jacobi hält die kommunal-liberale Presse Berlins, voran die „Vossische Zeitung“, in einer fortwährenden Erregung, die an sich nicht begrifflich ist. Ist man denn nicht froh, daß die Sache für den Kommunalfreisinn so freundlich verlief, daß die Verhandlung zwar Rästel aufgab, aber nicht löste, daß schließlich nichts bewiesen werden konnte. Daß dem Kommunalfreisinn ob des Ergebnisses des Prozesses, dem man nicht ohne Besorgnisse entgegenzusehen hatte, ein Stein vom Herzen fiel, läßt sich verstehen. Warum aber fährt man fort, an die Angelegenheit immer aufs neue zu erinnern, als sie mit samt ihren ungelösten Rästeln in möglichst schnelle Vergessenheit zu bringen?

Es ist das schlechte Gewissen, daß die Leute nicht ruhen läßt, obwohl sie geglaubt, glänzend gefiegt haben. Man ist sich klar darüber, daß man im Volke wesentlich andre Empfindungen über den gerichtlichen gereinigten Stadtfreisinn gewonnen hat, wie an Gerichtsstelle zum Ausdruck gelangten. Die „Vossische Zeitung“ hat ja selbst erfahren, daß gerichtliche Ehrenerklärungen nicht immer die Tugend beweisen. Auf ihrem Stephanischplatz einsteigt der Medea der „Dtsch. Tagzt.“ ehrerbietig Abbitte, und dennoch verdammt man den Chefredakteur zunächst aus dem kompromittierten Handelsteil und setzt ihn dann völlig zur Ruhe. So mag man sich auch darüber klar sein, daß der hundertfältig gehospitalistisch verirrte Berliner Freisinn im Urteil des Volkes durch die letzten Gerichtsverhandlungen nicht im mindesten gereinigt worden ist. Es ist ja eine gewöhnliche Erscheinung, daß in derlei Prozessen Zeugen verlogen — damit aber verlogt nicht auch das unbestechliche und unabhängige Urteil des Volkes über die zur Erörterung gelangten Zustände und Erscheinungen.

Darauf aber kommt es dem Freisinn gerade an: Man möchte — in den Tagen der Kaufmann-Tragödie — das Gerichtsurteil zu einer Tugendprobe für die kommunale Freisinnigkeit überhaupt ausbeuten. Und ferner möchte man davon absehen, daß irgend jemand aufs neue die Integrität des Berliner Stadtfreisinn öffentlich bezweifelt.

Zu diesem Zwecke bringt die „Vossische Zeitung“ bereits den zweiten Leitartikel über „Verleumdungen“. Diese Auslassungen sind etwa so gehalten, wie in Dismards Zeit die Replikanten über Verleumdungen ihres Zahlmeisters zu philosophieren pflegte. Es fehlt wirklich nur noch, daß sich Herr Jacobi und die Seinen mit antographierten Strafanträgen ausrichten. Wäher war es allerdings liberale Auffassung, daß jede in der Öffentlichkeit tätige Persönlichkeit es sich gefallen lassen muß, daß er freier Kritik unterworfen wird. Auch das galt als liberale Meinung, daß die Presse gerade darin ihre höchste Aufgabe habe, das öffentliche Leben und ihre Vertreter merkwardig und schonungslos zu kontrollieren. Wenn die Presse nach bestem Wissen und Gewissen die Thatsachen gemeldet hat, auf der sie öffentliche Anlagen gründet, so hat sie ihre Pflicht erfüllt. Erweist es sich dann vor Gericht, daß das Material nicht genügt oder nicht erwiesen ist, — so muß der Redakteur die Konsequenzen auf sich nehmen, niemand aber hat das Recht, ihn deshalb in seiner Ehrenhaftigkeit anzutasten. Er hat in der Ausübung seines Berufs einen Unfall erlitten — weiter nichts.

Das ist die liberale Auffassung von der Presse. Aber es zeigt sich nun, daß die freisinnige Presse dieses Recht nur für sich gegen andre beansprucht. Was dem, der den Freisinn und seine Leute selbst anzutasten wagt — das ist Verleumdung, Rajestädtbeleidigung, Exzess, Revolverjournalistik. Gott, König und Vaterland darf man angreifen — das ist edel und tapfer. So es aber jemand gelüftet, einen leibhaftigen freisinnigen Berliner Stadtverordneten zu lästern — das ist ein elender Verleumder und verdient zum mindesten den Galgen. Man höre die „Vossische Zeitung“:

„Es ist sehr natürlich, daß persönliche Beleidigungen und verleumderische Beschuldigungen sich vorzugsweise gerade gegen diejenigen Mitglieder der Gemeindeverwaltung richten, die sich besondere Verdienste erworben haben. Diese sind genötigt, um dem öffentlichen Wohl zu dienen, in entschiedener und rücksichtsloser Weise Privatinteressen zu verleugnen. Sie machen sich dadurch persönliche Feinde. Einer dieser Feinde erfindet eine falsche Beschuldigung; ein anderer, der sich gleichfalls verletzt fühlt, giebt durch Äußerungen und Kampfschreie zu verstehen, daß er die aufgestellte Behauptung nicht gerade für unrichtig halte. Zuletzt kommt jemand, der diese Behauptungen kritisch nachspricht, und sich gar noch ein Verdienst angerechnet haben will, weil er die Veranlassung gegeben habe, sie zu widerlegen. Die Rachelle dieses Treibens langen an, sich empfindlich geltend zu machen. Es kann niemand entgehen, daß es in der letzten Zeit schwer geworden ist, die Stellen der unbesoldeten Stadträte zu besetzen. Männer, deren Kraft zu gewinnen in hohem Grade wünschenswert wäre, verlangen sich, weil sie sich nicht zum Gegenstande niedriger Angriffe machen wollen. Ehrenrührender Handlungen beschuldigt zu werden, viele Monate lang den Kampf um die Wahrheit zu führen, dann zu sehen, daß der eigentliche Urheber der Verleumdungen sich feige verbirgt und daß der leichsinnige Verbreiter mit einer glimpflichen Strafe davonkommt, und dies alles nur, weil man dem öffentlichen Wohl uneigennützig und nach besten Kräften gedient hat, ist nicht nach jedermanns Geschmack.“

Die Pflicht aller anständigen Menschen ist es, zusammenzuhalten und demjenigen, der einen angesehenen Mann in der Öffentlichkeit angreift, ohne unverzüglich den Beweis für seine Beschuldigungen zu führen, den Glauben und die Achtung zu versagen. Niemand darf über eine Beschuldigung erheben, als bis er geklärt ist, sie zu beweisen.“

Das ist zwar nicht „liberal“ gedacht, aber es ist in schönster Reinkultur die Logik der Panamissen. Es ist unendlich rührend zu erfahren, daß die Freisinnsherrschaft auf dem Berliner Rathaus, diese rüchstandigste und skrupellosste von kapitalistischen Interessen beherrschte Stadtverwaltung, deshalb sich alle vorgeschrittenen Elemente zum Feinde gemacht hat, weil sie in rücksichtsloser Weise Privatinteressen kapitalistischer Altklassen förderte. Die „Vossin“ belehrt und lehrt, daß die Gegnerschaft daher rühre, weil man um des Gemeinwohls willen Privatinteressen verleugert habe. Gewiß, gerade die letzte Gerichtsverhandlung hat erwiesen, daß gelegentlich ein freisinniger Stadtverordneter seine eignen Privatinteressen so sehr verlegt, daß er gezwungen war, aus seiner Gutwilligkeit wegzukommen — aber das ist doch ein abnormer Fall von seltenem Gelmut. Im Allgemeinen ist noch kein freisinniger Stadtverordneter an Aufopferung für das Allgemeinwohl zu Grunde gegangen, am wenigsten für das Allgemeinwohl der Allgemeinheit, der proletarischen Massen.

Die „Vossin“ rät, daß man die Rajestädtbeleidigung des Berliner Freisinn durch Verurteilung ächte und unschädlich mache. Wir haben eine andre Lehre aus den letzten Vorkommnissen gezogen; die alte Lehre des „Wandbender Voten“:

Greif nicht leicht in ein Wesensnest,
Doch wenn Du greiffst, so stehe fest!

Der Streit um die Industriekasse in der Zollkommission hat die Schwierigkeiten der Einigung unter den Schutzparteiern sicherlich nicht vermindert. Die „Kreuz-Ztg.“ sieht daher die Regierung an: Aus diesem Birewarr herauskommen und den Zolltarif, der im allgemeinen das Richtige trifft, zu retten, bietet sich nur die eine Möglichkeit, daß nämlich die verbündeten Regierungen in der Frage der landwirtschaftlichen Zölle dem Kamprömißantrage zustimmen. Eine Mehrheit für den Tarif wäre damit sofort gewonnen. Es giebt auch noch die zweite Möglichkeit, indem die Konserverfabriken sich zur Regierungsvorlage bequemen, was ihnen schließlich nicht allzu schwer werden kann, da sie des Bäckers in Halle bieten. Aber „gerettet“ ist damit freilich der Zolltarif auch noch nicht!

Die Tanzsufaren. Die Kreisfelder Stadtverordneten-Versammlung beschloß in geheimer Sitzung die Aufnahme einer Anleihe von 4 Millionen Mark zur Erwerbung eines Terrains für den Exerzierplatz und die Kasernen des dortigen zu verlegenden Kavallerie-Regiments. So meldet der Telegraph!

Damit ist nun die Tanzfrage der Kreisfelder Jungfrauen erledigt. Jeder Pleitenomni-Lister der Stadt 200 000,67 M.

Der Kolonialrat ist am Freitagvormittag unter dem Vorsitz des Kolonialdirektors Stäbel im Reichstage zu seiner zweitägigen Sommerberatung zusammengetreten. Wahrscheinlich beschließen die Kolonialbegünstigten wieder Eisenbahnen und sonstige Geschenke, für die das Reich einige Millionen verschleudern soll.

Soldatenpflicht. Der König von England ist krank, todkrank. Der deutsche Kaiser aber hat ihn in der Krankheit trösten und ehren wollen, indem er ihn zum Admiral à la suite der Marine stellte. Der kranke König hat die Ehre angenommen und darauf hat der Kaiser am Donnerstagabend in Kiel der Flotte durch Flaggensignal folgenden Befehl bekannt gegeben:

„Se. Majestät Edward, König von England, hat gerührt, die Stellung & die saute meiner Marine anzunehmen. Ich hoffe, daß dieselbe sich dieser hohen Ehre allezeit bewußt bleibe, welche sie gleichzeitig in engere Beziehung zu unseren Kameraden von der englischen Marine gebracht hat. Die Flotte setz sofort englische Doppelflaggen und feuert einen Salut von 21 Schuß mit drei Hurras für Se. Majestät den König von England.“

Der offizielle Bericht bemerkt hierzu: Der Befehl des Kaisers wurde von den im Kieler Hafen liegenden Kriegsschiffen sofort ausgeführt.

Da die Stimmungen, die im deutschen Volke gegenüber dem herrschenden England walten, sicherlich auch bei den Wehrpflichtigen der Marine nicht unbekannt sind, so dürften die Hurras wenig den Klang der Freiwilligkeit gehabt haben. Man mag den kranken König menschlich bedauern, aber Begeisterung für den Monarchen des Vorkriegs zu bezengen ist schwere Soldatenpflicht!

Die Einführung der Schammwein-Steuer. Mit dem 1. Juli ds. Js. wird in den Steuereinnahme-Ansicherungen des Reiches infolge einer Aenderung eintreten, als von da ab auch die Erträge der neuen Schammweinsteuer darin verzeichnet werden. Damit wird, wie offiziös ausgeführt wird, zum erstenmal unter den Steuereinnahmen des Reiches neben den Getränkesteuern von Branntwein und Bier auch der Wein zur Erhebung gelangen. Allerdings wird der Ertrag aus der Schammweinsteuer gegenüber den auf über 120 Millionen aus der Branntweinsteuer und auf über 80 Millionen aus der Branntwein- jährlich anzuschlagenden Summen recht winzig erscheinen, immerhin wird er voraussichtlich 4-5 Millionen Mark jährlich ausmachen. Die Reuiste der unter den Verbrauchsteuern bisher zur Aufschreibung gelangten Einnahmen war diejenige aus der Tabaksteuer, welche in den letzten Jahren die Höhe von nahezu 12 Millionen Mark erreicht hatte. Jetzt tritt in die niedrigste Stufe die Schammweinsteuer. Das Bild, welches die monatlich veröffentlichten Einnahmestatistiken des Reiches bieten, hat in den letzten Jahren nur eine Aenderung aufzuweisen gehabt. In den früheren Reichs-Stempelabgaben trat im vorletzten Jahre noch der Schiffsfach- und -Stempel. Jetzt erfährt das Bild eine weitere Aenderung. Allerdings sind mit den letzten Uingestaltungen große Mehreinnahmen nicht verbunden.

„Große Mehreinnahmen“ aber sind es, nach denen der vom Militarismus und Marimismus bedrängte Fiskus hungert.

Christliche Humanität. Die zwingende Verdringung eines Selbstmörders auf einem von der Staatsgewalt erworbenen katholischen Kirchhof lag einem Verwaltungsstreit-Verfahren zu Grunde. Der an Wäberromantik erinnernde sensationelle Thatbestand ist folgender. Wegen die Verdringung des am 1. Juni 1901 erhängt aufgehenden Mours R. auf dem katholischen Friedhof in Pfaffenort (Schlesien) wehrte sich der dortige katholische Pfarrer „mit Händen und Füßen“, wie sich der Referent des Ober-Verwaltungsgerichts ausdrückte. Der Amtsvorsteher vermochte im guten nichts auszurichten, immer neue Einwände wurden vom Pfarrer und dem Kirchenvorstand herbeigeführt. So blieb dem Polizeivorsteher zunächst nichts weiter übrig, als am sechsten Tage nach dem Auffinden des Leichens auf seinem, des Amtsvorstehers, eigem Grundstück vorläufig bestatten zu lassen.

Der Landrat wurde nun in Bewegung gesetzt. Dieser stellte fest, daß die Leiche R. der aus dem benachbarten Hoberg ist, gastweise auf dem Pfaffenort Kirchhof gehöre, und verlangte von dem Kirchenvorstande, daß er die Verdringung auf dem Friedhof zulasse; er solle Tag und Stunde angeben. Die Frommen von Pfaffenort freuten aber weiter der Staatsgewalt, und es rührte sie nicht, daß der Landrat noch ein paarmal — einmal telegraphisch — intervenierte. Am 22. Juni, also drei Wochen nach dem Auffinden des R., rief dem Landrat die Gebuld. Auf seine Weisung ließ der Amtsvorsteher jetzt an den Kirchenvorstand eine polizeiliche Verfügung, durch die er unter Androhung polizeilichen Zwanges dem Kirchenvorstand aufgab, am 25. Juni den Kirchhof offen zu halten, einen Platz zur Verdringung R.'s anzuweisen und jeden Widerstand zu unterlassen. Außerdem wurde eine Geldstrafe angedroht.

Der Kirchenvorstand kam darauf mit einem andern Einwande. Der Tag wäre gerade ein kirchlicher Feiertag. Der Verfügung werde aber auch im übrigen nicht nachgegeben werden. Eine Gefahr liege nicht vor, der Mann wäre ja beerdigt. Er würde nur der Gewalt weichen und zwar unter Protest. Für sein Verhalten verließ sich der Kirchenvorstand bew. der Pfarrer auf eine Anweisung des Kardinal-Bischofs in Breslau.

Der Amtsvorsteher setzte darauf die Geldstrafe von 50 M. fest und ließ am 27. Juni — vier Wochen nach R.'s Ableben — den Kirchhof ausbrechen und R.'s Leiche von seinem bisherigen Grabe auf dem Privatgrundstück nach dem Friedhof überführen und dort neu beerdigen.

Der Kirchenvorstand beschwerte sich dann noch wegen des polizeilichen Vorgehens beim Regierungspräsidenten in Posen und beim Oberpräsidenten in Breslau, beide Male ohne Erfolg, und klagte schließlich beim Ober-Verwaltungsgericht. Letzteres wies die Klage des Kirchenvorstandes als formellen Grund ab.

Der Fall ist jedenfalls ein wertvoller Beitrag zur — katholischen Toleranz und christlichen Nächstenliebe.

Die Furcht vor der Socialdemokratie war in letzter Linie die Ursache eines Konflikts, den die Regierung zu Oppeln zu Gunsten eines Gemeindevorstehers erhoben hatte. In Wittowo bei Laurahütte war der Gastwirt Wanoth seiner Zeit zum Gemeindevorsteher gewählt worden. Der Gemeindevorsteher Saweinow teilte dies dem Landrat mit und äußerte dazu: Wanoth sei ein Social-

demokrat, in seinem Lokal verkehrten Socialdemokraten und Socialdemokraten hätten ihn gewählt.

Wanoth erfuhr von dieser Charakterisierung und beschwerte sich über den Gemeindevorsteher, der das falsche Gerücht verbreite, er unterhalte Beziehungen zur Socialdemokratie. Darauf hörte der Landrat noch einmal den Gemeindevorsteher, der seine früheren Behauptungen über W. aufrecht erhielt und hinzufügte, daß sich in W.'s Lokal auch ein socialdemokratischer Wirtelstüber etabliert habe. — Der Landrat teilte dies dem Refraktar wieder mit, worauf Wanoth gegen den Gemeindevorsteher die Privat-Beleidigungsklage anstregte.

Die Regierung zu Oppeln erhob, bevor es zur Verhandlung kam, den Konflikt und verlangte die Einstellung des Privatklage-Verfahrens, weil sich der Gemeindevorsteher im Rahmen seiner Rechtsbefugnisse gehalten habe. Der Beklagte habe pflichtmäßig dem Landrat als Konfliktbehörde Bericht erstattet und habe, was er zu wissen glaubte, mitteilen dürfen, ja müssen, da es sich um die Frage der Bestätigung handelte.

Der Privatkläger äußerte zu dem Konflikt, daß er gar nicht Socialdemokrat sei und daß der ihm verbundene Amtsvorsteher nur seinen feindseligen Empfindungen habe Ausdruck geben und die Bestätigung seiner Wahl habe hintertreiben wollen.

Das Oberverwaltungsgericht erklärte den Konflikt der Regierung für begründet, so daß das Privatklage-Verfahren gegen den Gemeindevorsteher endgültig eingestellt ist. Das Gericht führte aus: Der Gemeindevorsteher habe dem Landrat von der Wahl W. zum Schöffen (Mitglied des Gemeindevorstandes) Anzeige machen müssen. Hierbei habe sich ihm aller Anlag geboten, sich über das Gesamtverhalten des Klägers auszusprechen. Im übrigen sei das nur ein vertraulicher Bericht gewesen. Und daß der Gemeindevorsteher nur seine Meinung über W. habe ausdrücken wollen, dafür spreche nichts. Sollte auch der Gemeindevorsteher etwas objektiv Falsches in dem Bericht gesagt haben, so sei das hier nicht entscheidend.

So das Ober-Verwaltungsgericht. Für den Wert ist es ja nun allerdings nur scheinbar gewesen, daß der Gemeindevorsteher ihm die Ehre, ein Socialdemokrat zu sein, zuschrieb. Wenn er ihn aber nun für einen Gallunten erklärt und ihm alle möglichen ehrenrührigen Handlungen nachgesagt hätte, wäre der Gemeindevorsteher auch dann berechtigt gewesen, objektiv Falsches zu beweisen?

Der Marine-Unfall vor Gericht. Vor dem Amtsgericht in Euzhoben fand am Freitag die Verhandlung gegen den Kapitän des englischen Dampfers „Firsby“ statt, der mit dem Torpedoboot „S 42“ am 24. d. M. zusammengefahren war. Der Kapitän wurde freigesprochen. Der „Firsby“ hat um 1/2 Uhr nachmittags Euzhoben verlassen und ist in See gegangen.

Aus Kiel wird berichtet: Das gesunkene Torpedoboot „S 42“ liegt auf 16 Meter Wassertiefe. Nach Ansicht von Vertretern einer Bergungsgesellschaft wird sich das Boot schwer heben lassen, da die durch den Zusammenstoß geschwächten Verbände den an einzelnen Stellen beim Nichten eingreifenden Zug nicht aushalten würden.

Wohnungsreform in Hessen.

Aus dem hessischen Landtag wird uns geschrieben: Die zweite Kammer beschäftigte sich gestern und heute u. a. mit dem Gesetz betreffend Wohnungsreform für Winderbemittelte. Hessen ist der erste deutsche Staat, der das Wohnungsweien in den Kreis des gesetzgeberischen Vorgehens gezogen hat. Seit 1893 besteht die gesetzliche Wohnungsaufsicht über alle Schlafstellen und kleineren Mietwohnungen in den Orten mit über 5000 Einwohnern. Der Mangel des alten Gesetzes lag an seinem rein negativen Charakter. Es war keinerlei Fürsorge getroffen, um den Mietern der behördlich geschlossenen Wohnungen ebenso billige bessere Wohnungen zu verschaffen. Die Folge war eine überaus lage Handhabung der Aufsicht. Das jetzt vorliegende Ergänzungsgesetz ist ebenfalls noch weit davon entfernt, den Staat für eine positive Wohnungsfürsorge energisch zu engagieren. Das Gesetz schiebt den Gemeinden diese Aufgabe zu, indem es sie zum Bau von kleinen Wohnungen ermuntert. Der Staat stellt dafür nur einen bescheidenen Kredit zu ermäßigtem Zinsfuß bei der Landes-Kreditkasse zur Verfügung, der durch Vermittlung der Gemeinden auch gemeinnützigen Pausenoffenschaften zugänglich gemacht werden kann. Die Gemeinde erhält ferner ein Enteignungsrecht gegenüber Eigentümern von Wohngrundstücken, die auf Grund des 1893er Gesetzes geschlossen wurden, sofern die Eigentümer innerhalb bestimmter Frist den Umbau nicht bewerkstelligen. Neu ist auch die Errichtung einer Landes-Wohnungs-Inspektion, welche die Aufgabe hat, im Zusammenwirken mit den staatlichen und kommunalen Behörden die Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Volksklassen in gesundheitlicher und sittlicher Hinsicht festzustellen und in Gemeinschaft mit dem hessischen Centralverein für Errichtung billiger Wohnungen, sowie mit den gemeinnützigen Bauvereinen des Landes auf Beseitigung der sich ergebenden Mängel hinzuwirken. Im übrigen bleibt die Organisation und der Geschäftskreis der Inspektion im einzelnen der Regelung durch Verordnung überlassen.

Von unserer Seite sollte der Abg. Ulrich die Wohnungs-misere der Arbeiterklasse auf und wies auf die Grundursachen derselben, die kapitalistische Grund- und Baupetulation, das Ueberwiegen des Grundbesitzereinflusses in den Gemeindevetretungen, die elenden Lohnverhältnisse der werktätigen Volksmasse hin. Das Gesetz bleibt weit hinter den Forderungen unserer Partei zurück, es sei ein schwacher Anfang, dem wir zustimmen in der Hoffnung, daß die Regierung sich zu weiterem Vorgehen bereit finde. Er betonte weiter die Notwendigkeit der Errichtung eines Reichs-Wohnungsamtes, einer Centralanstalt für die Landesinspektionen. Von der hessischen Insitution erwarte er zunächst eine gründliche Aufhebung der vorliegenden Schäden. — Die Regierung verhält sich nach den Ausführungen des Ministerialrats Traun dem Gedanken eines Reichs-Wohnungsamtes und -Amtes gegenüber ablehnend. — Abg. Grauer wendete sich gegen die vielfach beliebte Errichtung von Arbeiterwohnungen in den abgelegenen und ungesundlichen Lagen; einem solchen Vorgehen solle die Regierung keinen Vorschub leisten.

Die Vorlage gelangte schließlich mit großer Majorität zur Annahme.

Eine Sympathiebekundung für die russische Freiheitsbewegung. Aus Freiburg i. B. erhalten wir folgende Nachricht: Am letzten Dienstag fand hier eine vom Socialdemokratischen Verein einberufene, sehr stark besuchte Volksversammlung statt, die eine Protestversammlung gegen die Verfolgungswut der russischen Behörden darstellte. Die Tagesordnung lautete: Die sozialen und politischen Kämpfe in Russland und die Stellungnahme der russischen Behörden dazu. Der Referent, Genosse Engler, gab zunächst einen Ueberblick über die wirtschaftliche und politische Entwicklung Russlands. Er schilderte die schweren Kämpfe, welche die Arbeiterklasse und die Studenten führen, welchen Gefahren und Qualen sie in den Gefängnissen und in der Verbannung ausgesetzt sind. Es sei kein Beispiel in der Weltgeschichte zu finden, wo eine Volksbewegung mit so grausamen Mitteln unterdrückt worden sei. Es wurde schließlich folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 24. Juni im großen Storchensaal tagende sehr stark besetzte Volksversammlung verurteilt auf das schärfste die brutalen und grausamen Unterdrückungsmaßregeln der russischen Behörden gegenüber dem für seine Freiheit und wirtschaftliche Besserstellung kämpfenden Volk der russischen Arbeiterklasse und studierenden Jugend ihre volle Sympathie aus und hoffen, daß ihr Kampf bald mit Erfolg gekrönt wird und in Russland an Stelle von Censur und Unterdrückung Menschenrechte und Freiheit tritt.“

Die Versammlung erkennt an, daß die Anwendung der Gewalt seitens der Freiheitskämpfer und -Kämpferinnen nur unter dem Druck der rücksichtslosen Tyrannei geschieht, geleitet von den edelsten Motiven und in Ausübung einer hohen sittlichen Pflicht.“

Dresden, 27. Juni. Auf Donnerstag den 8. Juli ist ein außerordentlicher Landtag einberufen beabsichtigt. Regelung der durch den Typhuswechsel veranlaßten Angelegenheiten. —

Ausland.

Schweiz.

Vom Militärismus.

Vern, 24. Juni. (Fig. Ver.) In Vern kamen in den letzten Wochen seitens eines Lieutenants Montag gegen die Soldaten derartig empörende Ausschreitungen — Verleumdungen und Mißhandlungen — vor, daß unsere Presse sie öffentlich brandmarkte und Genosse Schwind im Nationalrat den Kriegsminister Müller interpellierte. Derselbe gab die Wichtigkeit der vom „Grünländer“ gemachten Enthüllungen zu, erklärte aber den Fall für eine Ausnahme (die jedoch bedenklich oft sich wiederholt). Der Offizier sei bestraft worden, aber erst ungenügend, so daß das Militärdepartement eine weitere und schärfere Bestrafung verfolge. Ferner wurde der schuldige Offizier sofort seines Kommandos enthoben, aus der Liste der Aktiven gestrichen und unter die Ersatzpflichtigen versetzt. Das ist eine harte und radikale Strafe, noch besser aber wäre die Degradierung des Arzts und seine Einreihung unter die gemeinen Soldaten gewesen, damit er als solcher fernhin hätte Dienst thun müssen. Bundesrat Müller meinte freilich, die Ausschreitungen des Offiziers seien so unerhört, daß man sich fragen müsse, ob man es mit einem geistig normalen Menschen zu thun habe!

Sehr interessant aber ist es, daß zu derselben Zeit, da diese militärischen Schandthaten in der Verner Kaserne vorkamen, der Nationalrat die Abschaffung der Presse und die Einschränkung der Freiheit der Kritik beschloß. Eine solche Gesetzgebung ist auch unerhört und man möchte fast mit dem Bundesrat Müller fragen, ob man es in dieser Sorte Gesetzgebung, zu der er selbst gehört, auch noch mit geistig normalen Menschen zu thun hat?

In Militärsachen sind im Nationalrat eine Reihe von Postulaten gestellt worden. Unser Genosse Vogelzanger verlangt das gesetzliche Verbot der Entlassung von Militärpflichtigen wegen ihrer militärischen Verhältnisse aus dem Arbeits- und Anstellungsverhältnis. Der Solothurner Radikale Proff will eine Revision des Militärstrafgesetzes von 1861 (!) in dem Sinne, daß dem Richter gestattet werde, unter das angeordnete Strafminimum herabzugehen oder auf eine mildere Strafe zu erkennen. Noch besser wäre doch eine Herabsetzung des gesetzlichen Strafminimums selbst. Die Radikalen Kuri-Karou und Kern-Jülich verlangen Revision des Militär-Organisationsgesetzes im Sinne der Leistung von Bundesbeiträgen zur ausreichenden Unterstützung der Angehörigen von diensthühenden Wehrpflichtigen und der ausdrücklichen Erklärung, daß der Empfang solcher Unterstützungen für die betreffenden Wehrpflichtigen keine Rechtsnachteile zur Folge habe. Bundesrat Müller nahm das Postulat Proff zur weiteren Verhandlung entgegen. Die andern Postulate hat der Nationalrat noch nicht beraten. —

Frankreich.

Paris, 27. Juni. Im Ministerrat ließ Ministerpräsident Combes ein Dekret unterzeichnen, wonach die sofortige Schließung der Niederlassungen derjenigen Kongregationen angedeutet wird, die erst nach Veröffentlichung des Vereinsgesetzes eröffnet wurden ohne Einholung einer Genehmigung. Diese Niederlassungen, an Zahl ungefähr 180, sind auf 47 Departements verteilt. Combes wird heute den Präseften Weisungen zugehen lassen, welche die Ausführung des Dekrets sichern. —

Italien.

Minister als Duellkämpfer. Die „Agentur Paris-Rouelle“ meldet aus Rom, der Untersuchungsrichter habe vom Justizminister die Autorisation erbeten, gegen den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Prinetti und gegen den Abgeordneten Franzetti wegen Duellvergehen strafrechtlich vorzugehen. —

England.

Ueber das Befinden des Königs liegen vom Freitag zwei amtliche Krankheitsberichte vor. Der Bericht von 10 Uhr 15 Minuten vormittags besagte: Der König verbrachte die Nacht ziemlich gut und hatte einigen natürlichen Schlaf. Der Appetit wird besser und die Wunde ist in bedeutend günstigerem Zustande. Das Allgemeinbefinden giebt weniger Anlaß zur Besorgnis. —

Krankheitsbericht von 2 Uhr nachmittags: Der König verbrachte den Vormittag gut. Alle Symptome sind heute bis zu dieser Stunde zufriedenstellend. Die Temperatur ist normal. —

London, 27. Juni. Die heutigen Morgenblätter verzeichnen übereinstimmend die Ansicht der Ärzte, daß die Krisis erst am Sonntag eine entscheidende Wendung nehmen werde. —

Tumulte. Aus London wird der „Frankfurter Zeitung“ telegraphiert: In Dunstable führte die Ablösung der Krönungsfestlichkeiten zu einem Tumult. Eine Protestversammlung wurde 10 Uhr abends veranstaltet. Die Teilnehmer zogen dann vor die Wohnungen des Bürgermeisters und Pastors und warfen unter vielem Geschrei die Fenster ein. Dann zog man zu den Gärten-Gäßchen und zündete dort das Krönungs-Freudenfeuer an. In Hemel-Hempstead war beschlossen, das zur Armenspeisung angeschaffte Fleisch und die Lebensmittel zu verkaufen. Die darüber erbitterten Armen rotteten sich zusammen und warfen den Mitgliedern des Festkomitees die Fenster ein. Der einen Alderman gehörige Porzellanladen wurde ganz zerstört. Die Polizei der Stadt konnte den Tumult nicht unterdrücken. Erst berittene Polizei aus Watford und Verhampstead stellte die Ruhe her. —

In Newton in Montgomeryshire mußte der Vorsitzende des Komitees, der dafür verantwortlich war, daß alle Festlichkeiten, auch ein Thee für die Kinder, abgesetzt wurden, vor der folgenden Menge in einen Gassenhof flüchten und der Gassenhof wurde von Hunderten von Menschen belagert. Kurz vor Mitternacht kündigte der städtische Anführer an, der Thee für die Kinder würde stattfinden. Zwei Mitglieder des Distrikts hatten die Verantwortung dafür übernommen. —

Dänemark.

Protest gegen die Censur in Finnland, Rußland und in andern Ländern. Der zweite nordische Presselängere, an dem Vertreter der Presse verschiedenster Parteirichtung aus Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland teilnahmen, hat am Mittwoch, dem letzten Verhandlungstag, folgende Resolution gefaßt: —

„Weil die präventive Censur eine verwerfliche Beschränkung des Rechtes der freien Meinungsäußerung ist; weil die Behörden für dieses Recht durch die allgemeine Gesetzgebung und nicht durch willkürliche administrative Maßnahmen bestimmt werden sollten; weil aber gleichwohl Uebergriffe gegen das freie Wort im Widerspruch mit diesen Grundsätzen vorkommen, so sollten die Zeitungen in allen Ländern sich solidarisch fällen in der Behandlung von dergleichen schädlichen und kulturfeindlichen Maßnahmen, wo sie sich hervorheben und sie mit größerer Energie als bisher brandmarken, wie sie es verdienen, um dadurch eine starke allgemeine Meinung gegen die Censur zu schaffen. Die Journalistenverbände aller Länder werden aufgefordert, sich über eine gleiche Meinungsäußerung zu einigen.“ —

Asien.

Aus Tokio wird dem „Times“ vom 19. d. M. gemeldet, daß der japanische Vertreter bei der koreanischen Regierung Kato dieser ein Memorandum unterbreitete, in welchem er nachdrücklich eine radikale Aenderung der Währung sowie finanzielle Reformen verlangt. — In zwei Ortschaften von Korea kam es, weil die

Steuerheber die Steuer erpressten, zu Aufrühen; in der einen wurden drei japanische Einwohner getötet, in der anderen sechs japanische Fischer. —

Afrika.

Ngter, 27. Juni. Als sich drei Soldaten in der Gegend von Le Figuer zum Fischfang begaben, wurden sie von zwei Eingeborenen in ein Gespinnnt gezogen. Im Verlaufe desselben tötete plötzlich einer der Eingeborenen den einen Soldaten durch einen Schuß, während der zweite Eingeborene einen andern Soldaten erstach. Der dritte Soldat entfloh zuerst, kehrte aber dann zurück und stellte den Tod seiner Kameraden fest. Es herrscht große Erregung. —

Amerika.

Washington, 26. Juni. Beide Häuser des Kongresses nahmen den Gesetzentwurf an, nach welchem, wenn die richterlichen Beamten der Regierung entscheiden, daß es möglich sei, einen sicheren Titel für die Besitzrechte der Panama-Gesellschaft zu erlangen, der Präsident die Rechte der Gesellschaft für 40 Millionen Dollars käuflich erwerben soll. Sollte sich ein sicherer Titel nicht erreichen lassen, so solle er den Bau des Nicaragua-Kanals anordnen; zu diesem Zweck sollen 130 Millionen Dollar zweiprozentiger Goldbonds ausgegeben werden. —

Der Aufrührer in Venezuela. Aus Caracas wird vom 26. Juni gemeldet: Aufrührer haben Coro erobert. Der Vizepräsident der Republik und die gesamte Streitmacht der Regierung mit fünf Kanonen fiel in ihre Hände. Von Osten her rückt General Matos auf die Hauptstadt los, die er in etwa vierzehn Tagen erreichen dürfte. Caracas ist von revolutionären Massen umgeben. —

Partei-Nachrichten.

Zum bairischen Parteitag

nahm man auch zwei Versammlungen, in Augsburg und Schweinfurt, Stellung. In Augsburg erstattete der Delegierte Kollwagen den Bericht. In der dem Bericht folgenden Diskussion wurde besonders die Stellung der Kabinetsfrage teils der Fraktion und die Ablehnung der Resolution Kollwagen-Braun verurteilt. Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung erklärt sich mit der Verurteilung des Delegierten Kollwagen und dessen Zügigkeit im Sinne der Augsburger Genossen einverstanden. Sie ist nicht beehrt worden, daß die Zustimmung der Fraktion zur Wahlrechtsresolution notwendig war, sondern ist der Auffassung, daß der beschrittene Weg nicht zum besten der Partei gereichen wird. —

In Schweinfurt erstattete Genosse Sädler Bericht. Besonders über die Wahlrechtsfrage legte der Berichtsteller, der auf dem Parteitag die Resolution Kollwagen-Braun unterschrieben hatte, seine Ansicht dar und begründete die Stellungnahme eingehend. Die Versammlung erklärte sich ohne Diskussion damit einverstanden. —

Weitere Wahlerfolge bei den Gemeindevahlen in Italien.

In Genua wurden von der sozialistischen Liste, welche 11 Namen enthält, 6 gewählt. Der Erfolg ist um so beachtenswerter, weil er durch eigene Kraft errungen ist. Außerdem wurden 8 Ultraliberale und 28 Liberaler gewählt. In der Industriestadt Genova, in Sanpierdarena, wurden von 8 zu erwählenden Provinzialräten 2 Sozialisten gewählt. Voltri brachte mit der Wahl von 12 Sozialisten einen glänzenden Sieg. In Brescia, dem Wahlkreis des Ministerpräsidenten Zanardelli, wurde den reaktionären Parteien eine schwere Niederlage durch die Volkspartei beigebracht. Auch in Sondrio erlitten die Merkanten eine Niederlage. Die Liste der Volkspartei, darunter zwei Sozialisten, siegte. In Lodi unterlag die Volkspartei. In der Provinz Novigo, die Hochburg der Reaktionäre, zeigte ebenfalls keine Erfolge, trotzdem die Agitation gleich Null und erst in letzter Stunde von den Volksparteien unternommen. Es wurden in Poljella drei Sozialisten und in Villanova Marchesana die Liste der Volksparteien gewählt. —

Aus Industrie und Handel.

Die erste Generalversammlung einer Aktiengesellschaft in der Berliner Rathausstraße fand gestern statt. Es handelte sich um die Berliner Elektrische Straßenbahn-Aktiengesellschaft, deren Aktien bis auf einen kleinen Teil bekanntlich von der Stadtgemeinde Berlin Anfang vorigen Jahres erworben wurden. Es wurde der Geschäftsbericht für das Jahr 1901 entgegengenommen und dem Aufsichtsrat und Vorstand Entlastung erteilt. Zur Ausschüttung gelangte die von Siemens u. Halske garantierte Dividende von 5 Proz. Außerdem wurde beschlossen, die Statuten derart zu ändern, daß die Aufsichtsrats-Lauterne im Notfall kommt. An Stelle derselben werden Siemens u. Halske einen gleich hohen Betrag an den zu bildenden Pensionsfonds für die Angestellten entrichten. —

Jahresbericht der Dresdener Handelskammer. In ihrem soeben veröffentlichten Jahresberichte für 1901 fällt die Handelskammer zu Dresden über den Einfluß der Syndikatspolitik auf die Krise folgendes Urteil: —

„Verschiedene Syndikate und Ringe hatten in der Zeit der Hochkonjunktur ihre Abnehmer förmlich gezwungen, zu den damaligen teureren Preisen für längere Zeit abzuschließen. Bei dem dann einsetzenden allgemeinen Rückgang konnten aber auch die Rohstoffe ihre bisherigen hohen Preise meist nicht behaupten und gingen mehr oder weniger stark zurück. Dadurch wurden einerseits den Fabrikanten die bei ihnen lagernden großen Vorräte entwertet, andererseits wurden sie ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt gegenüber denjenigen Rohstoffproduzenten, die keine langen Schlüsse mehr hatten und ihren Rohstoffbedarf zu den billigeren Preisen einkaufen konnten. Namentlich das Eisenhandels- und das Kohlenhandels- und die beiden anderen großen Zweige des Handels wurden von diesen Seiten bedrückt. Ihre Kunden zu langen Abschüssen gezwungen und ihnen trotz des inzwischen eingetretenen Preisrückganges keine Entschädigung gewährt zu haben.“ —

Umfang der Kruppischen Betriebe. Die das „Verl. Tagebl.“ mittelt, betrug nach der Aufnahme vom 1. April 1902 die Gesamtzahl der auf den Kruppischen Werken beschäftigten Personen einschließlich 3959 Beamten: 43 083. Von diesen entfallen auf die Gussstahlfabrik Essen 24 538, das Grusonwerk in Dudau 2773, die Germania-Werke in Kiel einschließlich Ziegler Werk 2087, die Kohlenzechen 6150, die Hüttenwerke, Schießplatz Neppen 3. 5328. Nach der letzten der von Zeit zu Zeit auf den Kruppischen Werken veranstalteten Aufnahmen betrug die Gesamtzahl der Kruppischen Werksangehörigen (einschließlich Frauen und Kinder) in der Woche vom 14. bis 19. Mai 1900 147 645. —

In den Werken der Firma Friedrich Krupp gehören laut dem Jahresbericht der Essener Handelskammer z. B.: die Gussstahlfabrik in Essen mit einem Schießplatz in Neppen, das Kruppische Stahlwerk vorm. B. Wöhner u. Co. in Annen i. W., das Grusonwerk in Dudau bei Magdeburg, die Germania-Werke in Kiel, vier Hochofenanlagen bei Duisburg, Reutved, Engers und Rheinhausen; eine Hütte bei Sönn mit Maschinenfabrik und Eisengießerei; drei Kohlenzechen, nämlich: Zeche Hannover, Zeche Hannibal und Zeche Sälzer u. Renaud; eine große Anzahl von Eisensteingruben in Deutschland, darunter zehn Eisenerz-Anlagen mit vollständiger maschineller Einrichtung. Außerdem ist die Firma Fried. Krupp an Eisensteingruben bei Bilbao in Nordspanien beteiligt, und endlich gehört ihr eine Neederlei in Rotterdam. —

Saatenstand. In Nummer 144 des „Vortwärts“ wurde über den Saatenstand in Preußen berichtet; jetzt wird vom Statistischen Amt auch die Zusammenstellung für das ganze Deutsche Reich veröffentlicht, die noch einen wesentlich besseren Stand der Saaten nachweist, wie für Preußen allein; und zwar war der Stand in der Mitte des Juni folgender:

(Rr. 1 sehr gut, Rr. 2 gut, Rr. 3 mittel (durchschnittlich), Rr. 4 gering, Rr. 5 sehr gering.)

	Winter 2,2	Sommer 2,4	Winter 2,0	Sommer 2,4	Winter 2,4	Sommer 2,4	Winter 2,4	Sommer 2,4	Winter 2,7	Sommer 2,4	Winter 2,6	Sommer 2,6
Dagegen Mitte Juni:	1901	3,5	2,8	2,8	2,9	2,7	2,7	2,6	2,4	3,3	3,0	2,8
	1900	2,6	2,5	2,3	3,1	2,6	2,4	2,5	2,5	3,2	2,8	2,9
	1899	2,2	2,5	2,1	2,5	2,5	2,6	2,7	2,8	2,7	2,5	2,6

In den amtlichen Erläuterungen zu diesen Angaben wird ausgeführt: Die Winterfrüchte haben fast überall einen sehr befriedigenden Stand; alle Rotten der Staaten und Landesteile sind günstiger als mittel (3,0). Bezüglich der Weizenfelder werden fast gar keine Klagen laut. Die Roggenfrüchte, welche noch nicht überall begonnen hat, ist stellenweise durch Käse, vereinzelt durch Frost geschädigt worden. Trotz des beim Roggen oft vorkommenden Lagerens berechtigt er doch zu guten Hoffnungen. Sein Stand läßt im allgemeinen wenig zu wünschen übrig. Weidlich wie bei der Winterung sind auch bei den Sommerfrüchten die Rotten fast aller Staaten und Landesteile günstiger als mittel (3,0) ausgefallen. Gerste- und Haferfelder haben in fast allen Teilen des Reiches unter dem starken Auftreten von Unkraut, insbesondere von Hebrich und Senf, zu leiden; hier und da auch unter Engerlingen und dem Drahtwurm. Die Kartoffeln sind besonders weit zurückgeblieben, sie haben lange wie tot in dem kalten Erdboden gelegen. Soweit sie aufgegangen sind, ist ihr Stand meist ungleichmäßig. Auf schwerem Boden sind viele verfault. —

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Unternehmer-Abolitionismus. Die Vereinigung der Berliner Metallwaren-Fabrikanten hat kürzlich beschlossen: —

„Wenn bei etwaigen Meinungsverschiedenheiten zwischen Mitgliedern der Vereinigung und ihren Arbeitern, sei es über Lohn, Arbeitszeit oder dergleichen, von den Arbeitern das Gewerbegericht oder eine andere Behörde oder Korporation als Schlichter oder Vermittler vorgeschlagen werden sollte, so haben die Mitglieder einen derartigen Vorschlag zurückzuweisen und die Arbeiter an die Vertrauens-Kommission der Vereinigung, als die einzig maßgebende Instanz zu verweisen. Der Vorwurf des Einigungsamtes zum Erscheinen ist jedoch Folge zu leisten, dagegen dort die Erklärung abzugeben, vor dem Einigungsamt nicht verhandeln zu wollen. Ebenso darf unter keinen Umständen mit den vorgenannten Vertrauensmännern der Metallarbeiter oder mit anderen Personen, die nicht den eigenen Arbeitern angehören, in irgend eine Verhandlung getreten werden; dieselben sind vielmehr energisch zurückzuweisen und ist ihnen zu erklären, einzig und allein mit den eigenen Arbeitern verhandeln zu wollen.“ —

Den Anlaß zu vorstehendem Beschluß hat der bekannte Umstand gegeben, daß streikende Arbeiter der Firma Spinn u. Sohn mit dem Direktor der Fabrik vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts verhandeln, bei welcher Gelegenheit die Streikenden durch den Bevollmächtigten des Metallarbeiter-Verbandes vertreten waren. Gerade dieser Vertretung ist es zuzuschreiben, daß die Verhandlungen, die mit einem beide Teile zufriedenstellenden Vergleich endeten, durchaus sachlich geführt wurden. Ein Resultat, welches aus jedem Unternehmer erwünscht sein dürfte. Die von Herrn Abolitionismus geführten Metallindustriellen geben aber in ihrem verböhnten Herrendünkel so weit, daß sie Beschäftigte fassen, die, wie der vorstehende, nicht nur unruhig, sondern sogar ungleichig ist. —

Die Verlegung des Stellenwechsels im Berliner Schlächtergewerbe läßt Meister und Gesellen noch immer nicht zur Ruhe kommen. Die Innungsmeister haben nämlich jetzt, nachdem ihnen der offizielle Bescheid der Gewerbeinspektion — Annullierung des auf den Stellenwechsel bezüglichen Beschlusses der Innung wegen Nichtzugleichung des Stellenauschusses — zugegangen ist, beschlossen, alle in Sachen der Stellenvermittlung gefaßten Beschlüsse bis auf weiteres aufzuheben. Die Herren von der Stellenvermittlung haben somit nicht bloß den Bescheid, betreffend die Verlegung der Sonntagskündigung, sondern auch den schon früher gefaßten Bescheid, betreffend die Ermäßigung der Vermittlungsgebühren offiziell zurückgezogen. Da nun aber die Innung keineswegs auf die Einführung des 24stündigen Arbeitsverhältnisses verzichtet will, so verzichtet sie jetzt ihr Ziel auf Innung zu erreichen, indem sie den Meistern gedruckte Formulare ausshändigt, welche die Bedingungen enthalten, unter denen bei den Innungsmeistern die Gesellen in Arbeit treten können; vor allem ist auf die Einhaltung der täglichen Kündigung Wert gelegt. Den einzelnen Meistern soll es allerdings freigestellt sein, die mit den Gesellen zu treffenden Abmachungen nach eigener Günstigkeit festzusetzen, der indirekte Zwang ist aber doch vorhanden. Die Gesellen haben deshalb beschlossen, daß alle Fälle, wo von Meistern das Eingehen auf das 24stündige Arbeitsverhältnis verlangt wird, dem Bureau des Zentralverbandes der Fleischer, C. 22, Dragonerstraße 15, gemeldet werden sollen, damit sich die Organisation hiergegen zur Wehr setzen kann. —

Deutsches Reich.

Die Situation in Hamburg, sowohl bei den ausgesperrten Bauarbeitern, als auch bei den Klempnern hat sich wenig geändert. Die Zahl der ansässigen resp. ausgesperrten ist seit etwa acht Tagen so ziemlich die gleiche geblieben. Es beträgt ungefähr je 500 bei den Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern. Die Klempner zählen jetzt 700 ausgesperrte. — Der Innungsausschuß hat die Maßnahmen der ausgesperrten Innungen — natürlich — gebilligt. Die „hiederen“ Baumeister, die ein in aller Form gegebenes Versprechen nicht halten und sogar ableugnen, daß sie ein solches Versprechen (Verwählung von 70 Pf. Stundenlohn und neunstündige Arbeitszeit bei guter Konjunktur im Jahre 1902) gegeben haben, handeln in der rechtlicher Notwehr, wenn sie die auf Erfüllung des Versprechens dringenden Arbeiter aussperrten. So sagt der Innungsausschuß. — Heute mit ungetrübtem Nachschlaf denken denken anders. —

Wahrung, Tabakarbeiter! Wegen Lohnreduktion von 50 Pf. pro Tausend haben die Cigarrenarbeiter und Widelmacher bei der Firma Schulte u. Co. (Gemeiner) in Schilde ihre Kündigung eingereicht. Seit längerer Zeit schon ist die Firma bemüht, an Stelle männlicher Arbeitskräfte, billige weibliche einzustellen, da dies der Firma in der gewöhnlichen Weise nicht gelang, wurde der Lohn für alle Arbeiter von 8,00 M. auf 7,50 M. pro Tausend herabgesetzt. Alle Verhandlungen blieben erfolglos. —

Die Stuttgarter Straßenbahn-Direktion übt weiter Mache an ihren Bedenklichen, die am Streik beteiligt waren. Eine Anzahl alter Schaffner sind mit entsprechender Lohnherabsetzung zu Häusern degradiert, einige derselben sowie mehrere Führer zu Streckenarbeiten verurteilt worden. Es scheint überhaupt, als ob die Direktion eine neue Explosion vorbereiten wolle, die nicht so ganz unmöglich scheint, denn selbst die Streikbrecher werden unzufrieden, sie halten Versammlungen ab und fordern die 120 M. Monatslohn, die man ihnen in Zeitungsinseraten versprochen hat, jetzt aber verweigert. Es geht unter den Straßenbahnern ferner das Gerücht, daß bis zum 1. Oktober sämtliches alte Personal, das am Streik beteiligt war, arbeitslos werden soll. —

Ingetreue Gewerkschaftsfunktionäre. Der Heizer Ströbert war Vorsitzender, der Schlosser Reubel Kassierer in der Organisation der Maschinisten und Heizer in Altruden. Sie verrechneten mit dem Zentralvorstand Unterstützungsgelder, die sie teilweise für sich verworren und legten, um ihre Unredlichkeiten zu verdecken, gefälschte Quittungen vor. Ströbert verließ ferner auf eigene Faust eine Reihe von Schwindeldiebstahl zum Schaden des Verbandes. Das Landgericht Nürnberg verurteilte Ströbert zu 9 Monaten und Reubel zu 3 1/2 Monaten Gefängnis. Jedem wurden auf 5 Jahre die Ehrenrechte aberkannt. —

Ausland.

Spinnereien von Melbora sind für Verringerung der ...
...beitgeber haben die Forderung bewilligt, den andern ist der ...
...angedroht.

Sociales.

Kruppsche Wohlfahrt durch die Krise bürgerlicher Socialpolitik.

Man schreibt uns aus Essen:
Vor einigen Monaten kamen tausende Arbeiter der Wohlfahrts-
firma Krupp in von freien Gewerkschaften, christlichen und Hirsch-
Dunderschen Gewerkschaften einberufenen Versammlungen einmütig
zu dem Entschluß, gegen die weltberühmte Wohlthäterei öffentlich zu
protestieren. In 5 Versammlungen, darunter solche von 2000 Teil-
nehmern, gelangten Resolutionen zur Annahme, in denen gefe-
hlicher Schuß gegen die Krone der Kruppschen Wohl-
fahrt — die Pensionistenklasse — verlangt wird und die
einstimmige Annahme der Resolutionen wurde mit lautem Bravo
begrißt. So wütheten Leute, welche die „Wohlfahrt“ am eignen Leibe
erprobt haben.

Man sollte meinen, solche, weit über die lokalen Grenzen
Essens hinaus aufsehenerregende Vorkommnisse hätten auch das
Urteil der in Düsseldorf versammelten bürgerlichen Social-
politiker beeinflussen müssen; es scheint aber, daß Stimmen
aus den Kreisen der wohlhabendsten Arbeiter auf dasselbe
keinen Eindruck zu erwecken vermögen. Anderswärts wäre es
kaum denkbar, daß Geheimrat Wöbster auf dem internationalen
Arbeiterversicherungs-Kongress erklären konnte, die Kruppschen
Wohlfahrts-Einrichtungen seien musterhaftig! — Ja, Herr Wöbster ver-
sieht sich zu dem Urteil: Wenn alle Arbeitgeber solche Einrichtungen
schaffen wie Krupp, dann bedürfte man keiner Socialgesetzgebung!!
Auf welche Information ist solches Urteil gefaßt worden? Die
Herren vom Kongress haben dem Kruppschen Werk einen ständigen
Besuch abgestattet, haben einige häßliche Häuschen — und fertig
war das Urteil! Sah man die allen sanitären Anforder-
ungen spottenden Werkstätten, sah man die Holzbaracken als
Arbeiterwohnungen, sah man die Bade-Anstalten, in denen jedesmal
zwei Personen gleichzeitig eine Waunde benutzen müssen —
natürlich ohne Dabeileidung — und vor allem, verstauchte man
man sich Kenntnis von dem Wesen der berühmten Wohlthäterei!
Wenn ja, dann hätten die Bourgeois-Socialpolitiker auch weiter er-
klären können: gerade weil die Kruppsche Wohlfahrt den Arbeiter zu
einem willenlosen Ausbeutungsbjekt macht, weil wir das feudale
Verhältnis unter andern Formen wieder einrichten wollen, weil wir
Herren und Knechte wollen, darum loben wir uns die Kruppsche
Wohlfahrt, oder man hätte anders urteilen und sagen müssen: die
deutsche Socialgesetzgebung ist zwar noch sehr mangelhaft, aber
sie ist Gold gegen den Kruppschen Wohlthäterei-
flitter. Das Fundament bei den Arbeiterversicherungs-Gesetzen
ist das Recht auf Aente, ein Recht, gewonnen durch Erfüllung von
Pflichten, ein Recht, das nicht von der Gnade des Unternehmers
abhängig ist. Bei den Kruppschen Wohlthäterei-
flitter ist das Recht auf Aente, ein Recht, gewonnen durch Erfüllung von
Pflichten, ein Recht, das nicht von der Gnade des Unternehmers
abhängig ist. Bei den Kruppschen Wohlthäterei-
flitter ist das Recht auf Aente, ein Recht, gewonnen durch Erfüllung von
Pflichten, ein Recht, das nicht von der Gnade des Unternehmers
abhängig ist.

Die Kruppsche Pensionistenklasse ist obligatorisch eingeführt. Jeder
bei Krupp in Arbeit Tretende wird Mitglied der Kasse und hat
zunächst ein Einkommen in Höhe des 1/2fachen Tages-Arbeits-
verdienstes bis zu 6 1/2 M. zu zahlen. Durchschnittlich kann man auf
6 Mark Einkommen rechnen. Sodann kommen die
laufenden Beiträge, 35—36 Mark pro Jahr im Durchschnitt.
Und diesen Kosten stehen durchaus keine Rechte gegen-
über. Der nach 10, 20jähriger oder noch längerer Dienstzeit
ablebende Arbeiter hat durchaus keine Ansprüche an die Kasse, nicht
nur das nicht, auch nicht einen Pfennig von den eingezahlten Bei-
trägen, die oft ein Kapital bis zu 1000 Mark repräsentieren, wird
ihm zurückgezahlt; dabei ist es gleichgültig, ob der Betreffende selbst
ableben, oder er freiwillig oder ob er unfreiwillig der Kruppschen
Wohlfahrt entging! Derjenige, der nach mehrjähriger Thätigkeit
weiter nicht mehr tauglich ist zu weiterer ergiebiger Anwendung, der
vielleicht auf dem Krankenlager den Kündigungszeitel empfangt —
passiert oft — sowohl als auch derjenige, der auf Grund
einer Demingation als politisch verdächtig den Laufpaß be-
kommt, wie auch jener, der mit willkürlichen Lohn-
festsetzungen, mit rigorosen Maßnahmen, mit moralischen Miß-
handlungen unzufrieden, aufs Pfahler fliegt, alle, alle sind um
ihre Beiträge zur Wohlfahrts-Kasse betrogen.

In den letzten drei Jahren lehrten bei Krupp ca. 20 000 Arbeiter
ab — darunter welche mit Dienstzeiten bis über 20 Jahre. — Von
diesen Leuten wurde ungefähr 1 000 000 Mark für die Pensionis-
tasse gesteuert, aber nicht einen Pfennig können die Leute zurück-
fordern. Natürlich haben die Arbeiter auch bei Verwaltung der
Kasse nicht mitzusprechen. Sie dürfen ein paar Vorstandsmitglieder
wählen, das ist alles. Der Vorstand kann Beschlüsse fassen — aber
die Firma hat in allen, Leitung der Kasse und
statutarische Bestimmungen betreffenden An-
gelegenheiten die Entscheidung. Die Arbeiter sind trotz großer
Pflichten völlig rechtlos, die Firma schaltet und waltet nach
dem Prinzip: Der Zweck der Arbeit soll mein Wohl
sein!

Diesen Wohlthäterei-Kumpung nun hat Geheimrat Wöbster
als Muster hingestellt und die verarmtesten Kongressmitglieder haben
seinen Worten mit ehrfurchtsvollem Schweigen gelauscht! Oder haben die
Augen nicht einander zugesehelt?

Zur Vorkontrolle werden von der Elberfelder Hauptpolizei-
Verwaltung zwei Beamte gesucht. Die Aufstellung erfolgt zunächst
probeweise, sodann bei Bewährung auf vierteljährliche Kündigung.
Das Anfangsgehalt beträgt 1800 M. und steigt bis zum Höchst-
gehalt von 2800 M. Es heißt in der Anündigung, daß sich Wan-
dlerwerke, welche schriftgelehrt und gründliche praktische Erfahrung
im Bauwesen haben, bis zum 15. Juli d. J. unter Vorlegung
eines Lebenslaufes sowie von Zeugnissen bei der Hauptpolizei melden
können. — Danach scheint die Elberfelder Behörde dem Drängen der Bau-
arbeiter Rechnung zu tragen und aus den Kreisen der Arbeiter
Kontrolleure heranzuziehen. Es wäre nur zu wünschen, daß nicht die
Unternehmer die Empfehlung abgeben.

Der Leipziger Kaufprozess.

In der Verhandlung am Freitag wird die Verlesung der
Protokolle fortgesetzt. In einem Protokoll vom 23. Juni 1899
werden die Reisen Egners nach Paris, Kantes und Nürnberg er-
wähnt, ebenso die Studienreisen Sachsenröders, Wölkers und
Dr. Genschs nach Ungarn und Böhmen sowie die dabei gemachten
Erfahrungen in Bezug auf die Ergebnisse der Treder-Unternehmungen.
Egner sagt aus, er habe in Kantes, wo er mit Schmidt zur Ver-
sicherung des Unternehmens zusammentrat, ein ausgedehntes
Werk gefunden, von welchem Dreiviertel in Betrieb waren,
und das ihm als günstig gefehlt wurde. Egner wird
vorgehalten, daß nach seinem Briefe vom 15. Dezember 1899 an
Schmidt die französische Gesellschaft in Kantes Kassel am Maschinen-
dränge, sonst müsste Kantes 1900 den Betrieb einstellen.

Egner schildert dann die Gründung der russischen Gesellschaft,
die ursprünglich eine deutsche war, dann eine russische geworden sei
und für die die Leipziger Bank die Finanzierung übernahm. Dann
schildert er die Idee der Gründung einer englischen Gesellschaft, die
die russischen Aktien übernehmen sollte. Die Gründung war ziemlich
fertig und scheiterte im letzten Augenblick infolge des Ausbruchs des
Krieges in Sibirien.

Angell Dodel erinnert sich genau, daß über die Transaktionen
mit der russischen und der englischen Gesellschaft im Aufsichtsrate der
Leipziger Bank ausführlich verhandelt wurde, auch über das Pro-
gramm und die Gutachten englischer Sachverständiger Bericht ge-
geben worden sei. Es wird beschloffen, diese Gutachten herbeizuschaffen.
Es kommt hierauf die Zeit zur Sprache, als man sich um die
Zulassung der jungen Trederaktion an der Berliner Börse bemühte.

In einem vertraulichen Briefe Schmidt an Gensch vom
31. August 1899 wird ein anderer Manus wegen der Wechseltraffierung
auf die Aufsichtsratsmitglieder in Kassel vorgeschlagen. Die Bank ist
damit einverstanden, daß nicht mehr Kassel, sondern die Leipziger
Bank auf die Kasseler Aufsichtsratsmitglieder unter ausdrücklicher
Garantie von Kassel traffiere. Es sollte vermieden werden, den
Zusammenhang von Kassel und seinem Aufsichtsrat darzulegen.

Aus den Briefen geht hervor, daß Gensch in alle Trans-
aktionen der Treder-Gesellschaft und der Leipziger Bank ein-
geweiht war.
In einem Briefe Schmidt an die Leipziger Bank vom
Oktober 1899 sagt Schmidt unter gleichzeitiger Einwendung des
Contocorrent-Auszuges vom 30. September 1899, daß die Kasseler
Gesellschaft zur Vermeidung von Indiskretionen das Saldo der
Leipziger Bank unter dem 18. September von 7 828 000 M. von der
laufenden Rechnung auf ein Separatkonto übertragen habe. Man sei
mißtrauisch geworden, weil Versuche gemacht wurden, Beamte der
Gesellschaft zu bestechen.

Im November 1899 teilt Schmidt mit, daß die Deutsche Bank
gegen Egner eine Abneigung habe, obwohl Egner von ihr sichere
Hilfe erwartete. Egner sagt aus, die Deutsche Bank sei nicht
feindlich gegen ihn gewesen, vielleicht verstimmt es, daß die Leipziger
Bank nicht alle Geschäfte mit ihr machte. Ein Aufsichtsratsprotokoll
vom 10. November 1899 behält die großen Engagements mit Kassel
und weist auf das Gesamtverzeichnis aller Engagements bei der
Tredergesellschaft hin; mit dem Kreditgeben solle ausgehört und das
Conto verringert werden. Aufsichtsrat und Direktion gelangten zu
der Ansicht, daß man nicht mehr zurückkomme.

Gerichts-Beitrag.

Ob ein Arbeiter-Delegierter, der von einer Arbeitgeber- wie
Arbeitnehmer-Organisation auf Grund eines Gewerkegerichts-Vergleichs
anerkannt ist, wenn derselbe einen Banplay betritt, um Arbeits-
streitigkeiten zu schlichten, dem Verlangen des Berechtigten, den Banplay
zu verlassen, sofort zu entsprechen hat, wenn er sich nicht den Strafen
des Hausfriedensbruchs aussetzen will, hatte die zweite Strafkammer am
Landgericht II zu entscheiden. Der Baumtrentner C. E. r. t. Berlin
führte einen Ban in der Wollankstraße auf und hatte die Banleitung
dem Polier Raab übertragen. Zwischen dem Unternehmer und
dem Maurer war durch Vertrag bestimmt worden, daß
vom 1. Oktober ab nur acht Stunden täglich gearbeitet
werden solle. Der Polier ließ aber täglich 8 1/2 Stunden
arbeiten, weshalb er am 4. November d. J. von dem Maurer Stark
und mehreren andern „vom Ban“ wegen Innehaltung des Vertrages
interpelliert wurde. Der Polier erwiderte, das mache er wie er
wolle und entließ die Interpellanten auf der Stelle, angeblich —
wegen Arbeitsmangels. Der Maurer Stark hielt sich für ge-
nahregelt und wandte sich an die Lohnkommission, welche den
Angeklagten ersuchte, die Sache zu regeln. Letzterer begab sich am
5. November um die Frühstückszeit auf den Banplay und stellte
sich dem Polier Raab als Mitglied der Achtzehner-Kommission vor.
„Ach was, hier auf meinem Ban spiele ich selbst Achtzehner-
Kommission!“ erwiderte der Polier und wies den Delegierten
vom Banplay herunter. Der Anfechtung hatte nur zwei bis
drei Minuten gedauert, trotzdem stellte der Polier Straf-
antrag wegen Hausfriedensbruchs. Das Schöffengericht sprach über den
Angeklagten frei, weil derselbe den Banplay nicht ohne Befugnis
betreten und nur die zur Abwicklung seiner Geschäfte aller-
notwendigste Zeit verweilt habe. Gegen dieses Urteil legte die
Staatsanwaltschaft Berufung ein und ihr Vertreter beantragte in
der erneuten Verhandlung vor der Strafkammer eine Woche
Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine beantragte
die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof verurteilte die
Einstellung des Verfahrens, da kein rechtsgültiger Strafantrag vorlag.

In dem Vertragsgroßhandel, des angeklagten Direktors
der Breslauer Rederei-Gesellschaft, wurde in der gestrigen Ver-
handlung ein Brief des Direktors Schostag an seine Frau zur
Verlesung gebracht, in welchem es, dem „Bresl. General-Anzeiger“
zufolge, u. a. heißt: „Die Schande und das Schamgefühl treiben
mich zur Verzweiflung. Bei der Rederei ist seit Jahren viel Geld
verloren gegangen, was von mir bisher künstlich verdeckt worden ist,
weil ich glaubte, es wieder heranzubringen zu können. Zu allem
Unglück hat Paul (gemeint ist der Angeklagte Breslauer) die un-
sinnige Idee, in allen Spielhöhlen, Ostende etc. zu spielen, schließlich
nur zu dem Zweck, um zu versuchen, auf diese Weise meine Sorgen
zu beseitigen. Hierbei sind Hunderttausende von Mark verspielt
worden.“ Mit großen Summen, die Breslauer bei verschiedenen
Banken erworben habe, sei er nach den Spielhöhlen gefahren, wo
alles verloren ging.

In weiteren Verlauf der heutigen Verhandlung bestritt, wie
der „Bresl. Gen.-Anz.“ meldet, der Angeklagte alle in dem Briefe
Schostags gegen ihn erhobenen Beschuldigungen und erklärt die in
den weiter verlesenen Briefen von Schostag gemachten Andeutungen
über größere Geldbeträge als Hinweis auf gefälschte Komossements,
die er in Schostags Auftrag einlöste. Zeuge Müller, welcher
zur Zeit der Katastrophe zweiter Buchhalter der Rederei
war, bekennt, Unregelmäßigkeiten entdeckt zu haben, worüber
er mit dem Profusionen des Bankhauses Eilen gesprochen
habe. Es sei eine Revision erfolgt, welche erweis, daß
keine Prachten- und Post-Contis geführt worden seien. Schostags
Verdachtslosigkeit hätte diese Bedenken sowie solche gegen die letzte
Bilanz zu widerlegen und zu zerstreuen gewollt. Breslauer habe so
gut wie nichts im Geschäft gearbeitet. Angell Scheffer erklärt, noch
vor seiner Anstellung mehrfach mit großen Summen von Schostag
nach Berlin zur Einlösung lombardierter Komossements geschickt
worden zu sein. Von Fälligkeiten habe er keine Abnung gehabt.
Kaufmann Prinz, der Sanwiegervater Wölbülders, hat vorübergehend
Aktien der Rederei besessen, auch Schostag zweimal zu einem Ge-
schäfte 10 000 M. auf einige Wochen geliehen und pünktlich zurück-
erhalten. Später habe er auf weiteres Erleiden Schostags,
40 000 M. zu leihen, 10 000 M. hergegeben und nur einen kleinen
Teil davon zurückgehalten, fast die Hälfte davon sei verloren. Die
weitere Verhandlung wird hierauf auf morgen vertagt.

Versammlungen.

Der Wahlverein für den fünften Wahlkreis hielt am
Donnerstag eine Generalversammlung ab, in der zunächst Genosse
Dr. Kronz über die Beteiligung an den Landtags-
wahlen sprach. Der Vortragende nahm besonders auf die Ver-
hältnisse im fünften Reichstags-Wahlkreise Bezug, der 1898 100 Ur-
wahlbezirke aufwies, die teils dem dritten, teils dem vierten Land-
tags-Wahlkreise angehörten, eine Verwickelung, die jedoch für die
Wahlvorbereitung keinerlei Schwierigkeiten bietet, da die
ganze Arbeit in den Urwahlbezirken verrichtet wird, und
erst nach vollzogener Urwahl die Wahlmänner in ihren
betreffenden Kreisen zur Abgeordnetenwahl zusammentreten.
Die Unannehmlichkeit der Klassenverteilung zeigte sich in dem im
fünften Reichstags-Wahlkreise gelegenen Urwahlbezirken so, daß z. B.
in einem Bezirk 44 580 M. jährlich zu zahlender Steuer erforderlich
waren, um Wähler 1. Klasse zu werden, in einem andern Bezirk
schon 72 M. hierzu ausreichten. Um Wähler 2. Klasse zu werden,
waren in einem Bezirk 116 M. Steuer, in einem andern nur
18 M. erforderlich. In einzelnen Bezirken kann sogar ein
Arbeiter in die Lage kommen, Wähler zweiter, und vielleicht
auch erster Klasse zu werden. Wahlmänner waren 1898 in dem
im fünften Reichstags-Wahlkreise gelegenen Bezirken insgesamt
518 zu wählen, davon in der 3. Klasse 172. Wählereinstufigkeit ist es,
daß die Arbeiterchaft in allen drei Klassen Wahlmänner präsentiert.
Der Redner weist ferner auf die Schwierigkeit hin, in jedem der
100 Urwahlbezirke ein postendes Wahllokal zu finden,
auf die unmaßig lange Zeit, die erforderlich ist, wenn, was bisher
nicht geschah, bei der Wahlhandlung streng geschonend verfahren
wird, und wenn die Wähler dritter Klasse gar noch, was sehr zu
empfehlen ist, von dem Recht, die Namen ihrer Wahlmänner selbst in
die Listen einzutragen, allgemein Gebrauch machen. Durch strenge
Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften könnten die Arbeiter die

Sache so drehen, daß unter Umständen die Wähler der 2. und 1. Klasse
die Entschieden sind, diesen die Wahl vollständig verweigert wird.
Ob wir es zur Wahl von Abgeordneten bringen, meint der Redner,
sei vorerst nicht von so großer Bedeutung; die Hauptsache sei, zu
zeigen, daß dieses Wahlsystem unmöglich ist, daß es
verschwinden muß.

Nach dem Vertrage wurde die Bestätigung von zwei Abteilungs-
führern, die in der letzten Generalversammlung verschiedener
Anwendungen wegen verchieden wurde, vorgezogen. Für die fünfte
Abteilung wurde K. Schorred, für die sechste Rud. als Ab-
teilungsführer bestätigt. Sodann berichtete Davidson über die
durch die Ergebnisse der Einigungsverhandlungen notwendig ge-
wordene Statutenänderung. Die vorgeschlagene Aenderung, wodurch
die Zahl der Mitglieder des Vorstandes auf 18 festgesetzt wird,
wurde mit allen gegen eine Stimme angenommen. Sodann wurde
drei Personen, und zwar dem ersten Vorsitzenden, dem
ersten Kassierer und dem ersten Schriftführer das Amt
eines „geschäftsführenden Vorstandes“ übertragen.
Der am Schlusse des „Vorwärts“-Berichts über die letzte öffentliche
Versammlung im fünften Wahlkreise enthaltene Satz: „Es wurde
noch dem Wunsch Ausdruck gegeben, der fünfte Kreis und dessen
Vertreter möchten innerhalb der Vertrauensmänner-Körperschaft zu-
kunftig nicht über die Ägeln angesehen werden.“ wurde als nicht der
Ansicht der Mehrheit entsprechend bezeichnet.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 29. Juni, vormittags
9 1/2 Uhr, in der Aula der 69. Gemeindegemeinde, St. Pauli-Kirche, 69.
Versammlung. Freireligiöse Versammlung. Um 10 1/2 Uhr vorübergehend
ebenfalls: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Wehrle: „Spinoza“.
— Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musikharmonium.
— Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Kolonialrat. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung beschäftigte
sich der Kolonialrat u. a. auch mit der Frage, ob der Zeitpunkt ge-
kommen sei, eine Eingeborenensteuer in Kamerun einzuführen.
Dieselbe wurde vom Gouverneur v. Büttner in be-
jahendem Sinne beantwortet.

Die Humbert-Affaire in der Deputiertenkammer.
Paris, 27. Juni. (B. Z. V.) Deputiertenkammer. Im Hause
und auf den Tribünen herrschte großer Andrang. Auf der
Tagesordnung steht die Interpellation Mirman betreffend die
Humbert-Angelegenheit. Mirman fragt die Regierung,
weshalb man die Schulden habe entstehen lassen, und ver-
breitet sich ausführlich über die Haltung der Gerichte, welche
selbst in die Angelegenheit verwickelt seien. Binder fragt, was
die Regierung gegenüber dem Generalprokurator Bislat zu thun
gedenke, der vom Justizminister selbst als in die Angelegenheit ver-
wickelt namhaft gemacht worden sei. Nachdem noch mehrere Redner
gesprochen, nimmt der Justizminister Billé das Wort. Derselbe
erklärt, das Verhalten Bislats sei vorwurfsfrei gewesen. Der
Minister bebt die Zurechnung, daß Frau Humberts Verhaftung
erfolgt sei. Er sagt hinzu, bei der Verhandlung gegen
sie werde es Ueberraschungen geben und die Liebhaber
von Skandalen auf ihre Kosten kommen. Die Angelegenheit
habe keinen politischen Charakter, es müsse daher ihr Charakter
als einer Angelegenheit der Rechtspflege bewahrt bleiben. Die
Kammer möge sich darüber erklären, ob sie Vertrauen zum Justiz-
minister habe. Die Debatte wird darauf geschlossen. Das Haus
nimmt mit 490 gegen 74 Stimmen eine von der Regierung gebilligte
Tagesordnung an, welche das Vertrauen zur Regierung ausdrückt,
daß sie jegliche aus der Angelegenheit Humbert sich ergebende Straf-
fähigkeit nachdrücklich zur Rechenschaft bringen und der Sache die
ausgeschlossen juristische Folge geben werde, welche ihrem Wesen ent-
spreche. Danach wird die Sitzung geschlossen.

Die zweijährige Dienstzeit im französischen Senat.
Paris, 27. Juni. (B. Z. V.) Senat. In Beantwortung
einer Anfrage erklärt Rouvier, die Jahresrate der fünfjährigen
Einkaufssumme für 1902 sei zum großen Teil bezahlt.
Darauf legt das Haus die Beratung des Antrages Rouland,
betreffend die Einführung der zweijährigen Dienst-
zeit, fort. General Billot tritt für das bestehende Gesetz ein,
das Frankreich eine bewundernswürdige Armee gegeben habe,
und behauptet, die zweijährige Dienstzeit könnte nur Ent-
täuschungen und schweres Mißgeschick herbeiführen. Er
weist auf den Wert des russischen und des deutschen
Heeres hin, wofür letzteres das erste in der Welt nach
dem französischen sei. Redner richtet die Bitte an den Senat,
das französische Heer nicht zu einem minderwertigen zu machen.
Prevet befragt die Beratung zu vertagen, bis der Kriegs-
minister dem Heeresauschusse das Gutachten des Ober-
kriegsrats über diese Frage mitgeteilt habe. Der Antrag
wird vom Kriegsminister André und dem Senator Frechinot
belämpft und darauf vom Hause mit 149 gegen 118 Stimmen ab-
gelehnt.

Unruhen in China.
London, 27. Juni. (B. Z. V.) Dem Reuterschen Bureau wird
aus Peking gemeldet: Der Kaiserlich von Szechwan benach-
tichtigte die Regierung, daß die Gebäude der englisch-america-
nischen Mission in Tienkuan von einem Volkshaufen zerstört
und ein Missionar ermordet worden sei, dessen Name und
Nationalität noch nicht gemeldet ist. Es ist ein Edikt
ergangen, das die Ortsoberkeit ihres Ranges entsetzt und
die Ausrottung der Auführer anordnet. Mehrere Mädel-
führer sollen entkapituliert worden sein. Der Korrespondent des Reuters-
schen Bureau sagt hinzu, es scheint sich um einen Aufstand zu
handeln, der gegen die Eintreibung der Auflagen für
die Kriegsschuldigkeit gerichtet sei, ähnlich den Auf-
ständen in verschiedenen Teilen des Reichs.

Koblenz, 27. Juni. (B. Z. V.) Die Wäfersabrik Maier u. Holzings-
hausen in Neuwendorf brannte heute nachmittags mit Vorräten an
Waren und Rohmaterial nieder.

Wannheim, 27. Juni. (B. Z. V.) Wie die „Neue Badische
Landeszeitung“ meldet, wurde gestern hier bei der Ankunft des um
1 Uhr 32 Minuten fälligen D-Zuges Mailand-Röln ein Reisender
als Eisenbahn Dieb verhaftet. Derselbe hatte einen Mit-
reisenden eine Brieftasche entwendet, die er bei der Ver-
haftung sofort zurückgab. In Mainz wurde darauf in einem
Eisenbahnwagen eine mit dem Dieb in Verbindung stehende
weibliche Person verhaftet. Der Dieb, welcher sein Geschick war,
gab sich den Anschein, der deutschen Sprache nicht mächtig und ein
gewisser Mädel aus Annanien zu sein; man nimmt jedoch an, daß
die Angaben falsch sind und bringt die Verhaftung in Zusammen-
hang mit in letzter Zeit mehrfach gemeldeten Diebstählen in
D-ügen.

Wien, 27. Juni. (B. Z. V.) Heute nachmittags 3 Uhr sind sieben
deutsche Konkurrenzfahrer hier eingetroffen.

Leuberg, 27. Juni. (B. Z. V.) Wie der „Kurja Levanski“ meldet,
hat der Gemeinderat von Stambul eine Protestkundgebung gegen
die Marienburger Rede des deutschen Kaisers beschlossen.

Leuberg, 27. Juni. (B. Z. V.) Der Direktor des hiesigen
hiesigen Schlachthaus, Gottlieb, erschloß nachts den Wächter
Watzewski, weil dieser, wie Gottlieb erklärte, ein Stenat auf 194
habe ansprechen wollen.

Rom, 27. Januar. (B. Z. V.) Die parlamentarische Special-
kommission hat der Kammer einen Gesetzentwurf für Herstellung
von öffentlichen Bauten in Rom mit einem Kostenaufwand von
16 1/2 Millionen vorgelegt.

London, 27. Juni. (B. Z. V.) In Virenshead verbranntes
zwei mit dem Anzünden der Freudenfeuer beauftragte Männer durch
in Brand geratenen Teer bei lebendigem Leibe. Die Katastrophe
war durch Unvorsichtigkeit eines der Arbeiter verursacht.

Tarnopol, 27. Juni. (B. Z. V.) Die Unruhen der landwirts-
chaftlichen Arbeiter gewinnen an Ausdehnung. Gestern kam es in
den Ortshausen Janowka und Jagowka zu ersten Ausschreitungen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, den 27. Juni 1902.

Ueber die Börse zu berichten, ist unter den jetzigen Verhältnissen eine höchst uninteressante Aufgabe. In der Monotonie gleicht ein Börsentag dem anderen. Die Umsätze halten sich in den engsten Grenzen. Auch in vergangener Woche konnten wiederholt für wichtige Spekulationswerte nicht nur keine Anfangskurse, sondern auch im weiteren Verlauf der Börse keine amtlichen Notierungen festgestellt werden.

Die Haltung war, soweit sie nicht direkt als eine schwächliche bezeichnet werden kann, zum mindesten eine recht zurückhaltende. Zu den Berichten über die Krankheit des englischen Königs, die verstimmend auf die Londoner Börse wirkten und auch hier die Ultimo-Realisationen verstärkten, kamen in den letzten Tagen neue Nachrichten über die Verschlechterung der Lage des Ruhrkohlenmarktes und ferner das bereits gestern unter „Industrie und Handel“ mitgeteilte Rundschreiben des Coal-Syndikats, das für den nächsten Monat eine Produktionsbeschränkung von 35 Prozent in Aussicht stellt. Dagegen schloß es, abgesehen von einem Bericht des „Iron Age“ über den Eisen-Verkauf nach Amerika, gänzlich an Anregungen von außen; im Gegenteil, die Mattigkeit der New Yorker Börse erhöhte noch die Verstimmung. Das Resultat der Kursbewegung in der vergangenen Berichtswochen sind denn auch weitere Abschlüsse auf fast allen Gebieten. Am meisten haben Montanwerte gelitten, bei denen die Abstriche teilweise im Vergleich zum vorigen Freitag 2-4 Proz. betragen, während die wichtigeren deutschen Bankaktien meist nur 1-2 Proz. verloren haben und Bahnantien ziemlich ihren Kursstand zu behaupten vermochten.

Der etwas bessere Geschäftsgang auf dem Ruhrkohlenmarkt im vorigen Monat hatte, so bescheiden er war, vielfach die Hoffnung erweckt, daß nun endlich die Stagnation in der Montanindustrie überunden und in den nächsten Monaten eine weitere Zunahme des Kohlenabfahres zu erwarten sei. Besonders die mit den Zechenkreisläufen verbundenen unterhaltenden Werke, voran die „Rein-Weisfällische Zg.“, brachten mehrfach diese Auffassung bekundende Berichte und Notizen. Diese Erwartungen stellen sich jetzt, wie so manche andere Verkündigungen von dem Ende der Krise, als recht verfrüht heraus. Seit etwa 14 Tagen hat der lebhaftere Geschäftsvorwärt wieder einer trüben Stille Platz gemacht, so daß die „Wdl. Zg.“ in ihrem vorgestrigen Bericht vom Ruhrkohlenmarkt einen erneuten Rückschlag des Abfahres von den Zechen und die Einlegung weiterer Preisrückstöße konstatierte. Zwar hätten, heißt es in diesem Bericht, in dem letzten Tage mehrere süddeutsche Zechen mit dem rheinischen Kohlen-Syndikat Lieferungsverträge zu relativ guten Preisen abgeschlossen, doch vermochten diese Abschlüsse an der allgemeinen unbefriedigenden Marktlage nichts zu ändern.

Mit dieser Wendung sind auch die im vorigen Monat vom rheinisch-westfälischen Kohlen-Syndikat mit Energie betriebenen Versuche, die Nichtsyndikatsgelegen zu sich herüberzugewinnen, aussichtslos geworden. Ein Beitritt dieser Zechen zum Syndikat ist natürlich nur dann zu erreichen, wenn das Syndikat neben höheren Kohlenpreisen auch eine Förderungsbeteiligung in Aussicht zu stellen vermag, die den bislang außerhalb des Syndikats stehenden Zechen den Anschluß profitabler erscheinen läßt, als den bisher gegen das Syndikat geführten Wettbewerbs, der, wenn er auch die Nichtsyndikatsgelegen zwingt, mit ihren Preisen meist etwas unter den Syndikatsnotierungen zu bleiben, ihnen doch andererseits einen im ganzen guten Abgang sichert. Von einer solchen Garantie seitens des Kohlen-Syndikats kann aber bei einer Verschlechterung der Lage des Kohlenmarktes nicht die Rede sein; und so ist denn auch der alte Konkurrenzkampf auf beiden Seiten wieder mit früherer Heftigkeit aufgenommen worden.

Deutlich zeigt sich die etwas günstigere Gestaltung des Kohlenmarktes im vorigen Monat bei einem Vergleich des Produktions-Ausweises des Monats Mai mit dem der vorausgegangenen Monate. Zwar ist die Produktion von Steinkohlen, Braunkohlen und Coals im Mai dieses Jahres noch immer um 4,1 bzw. um 9,3 und 6 Prozent gegen die des Monats Mai im vorigen Jahre zurückgeblieben, doch stellt sich die Differenz zwischen dies-jähriger und vorjähriger Produktion für den Mai immerhin niedriger, als für Januar-April. Nach der amtlichen Statistik wurden produziert im ganzen Deutschen Reich (ohne Sachsen-Anhalt, für das noch genaue Zahlen fehlen):

Table with 3 columns: Steinkohlen, Braunkohlen, Coals. Rows for May 1902 and May 1901.

Table with 3 columns: Steinkohlen, Braunkohlen, Coals. Rows for June 1902 and June 1901.

Für die fünf Monate vom 1. Januar bis Ende Mai 1902 betrug die Produktion des Deutschen Reichs:

Table with 3 columns: Steinkohlen, Braunkohlen, Coals. Rows for 1902 and 1901.

Diese Besserung auf dem Kohlenmarkt, die sich nach den Verkaufsziffern aus dem Ruhrrevier noch etwas günstiger stellt, als nach den Produktionsziffern, ist jedoch, wie die statistische Feststellung der Ein- und Ausfuhr zeigt, nur zum kleinsten Teil durch eine Steigerung des einheimischen Verbrauchs an Industrielöhle herbeigeführt, vielmehr durch eine Verschiebung des bisherigen Verhältnisses zwischen Ein- und Ausfuhr. Während in den ersten vier Monaten dieses Jahres nämlich die Einfuhr von Steinkohlen den Import der Monate Januar-April des Vorjahres bedeutend überstiegen und z. B. England allein über 43 000 Tonnen mehr eingeführt hat, trat im Mai ein Umschlag ein. Betrug im Mai vorigen Jahres die Einfuhr von Steinkohlen 627 400 Tonnen, so im Mai dieses Jahres nur 618 170 Tonnen, und zugleich findet eine starke Steigerung der Ausfuhr nach Belgien und Holland statt, so daß trotz der bedeutenden Verminderung des Verbrauchs nach Rußland und Oesterreich-Ungarn die Exportziffer für den Mai dieses Jahres sich um ca. 17 000 Tonnen höher stellt als für den Mai des Vorjahres. Und ein ähnliches Ergebnis zeigt der Außenhandel an Braunkohlen. Auch hier weist der Mai des laufenden Jahres im Vergleich zum vorigen Jahr eine Abnahme der Einfuhr um ca. 19 000 Tonnen und eine, wenn auch nur geringe Zunahme des Exports auf.

Diese Verschiebungen im Ein- und Ausfuhrhandel sind es, die in der Hauptsache die etwas günstigere Lage des Kohlenmarktes im Mai erklären. Aus der Besserung des Marktes auf einen größeren Kohlen- und Coalsverbrauch der deutschen Industrie oder gar auf eine Hebung der gesamten Wirtschaftslage zu schließen, wie mehrfach geschahen ist, war demnach eine recht irrtümliche Diagnose. Vorläufig bleibt der Kohlenbedarf der Industrie noch immer hinter dem des Vorjahres zurück. Ist auch die Tätigkeit in der Zementindustrie eine lebhaftere als im Frühling und Sommer vorigen Jahres, so hat sich andererseits die Lage der Eisen- und der Maschinenindustrie, die den größten Verbrauch an Kohlen und Coals haben, eher verschlechtert. Wie der Schweinburgische Monteur dieser Tage als Reingkeit zu berichten wußte, hat der Kaiser auf seiner Reise im Rheinland den Eindruck erlangt, daß, wenn auch vorläufig noch keine günstige Konjunktur zu verzeichnen sei, doch die Eisenindustrie „sehr wohl“ im stande wäre, ihren Betrieb in der bisherigen Ausdehnung aufrecht zu erhalten. Leider ist nur diese „bisherige Ausdehnung“, eine völlig unzulängliche, und zudem fragt sich noch sehr, trotz aller lächerlichen Eindrücke, ob selbst diese Auffassung sich aufrecht erhalten lassen wird. Die in letzter Zeit bekannt gewordenen Produktions- und Geschäftsausweise rheinisch-westfälischer Unternehmungen bieten dafür recht wenig Gewähr.

Auf dem Walzeisen, wie auf dem Blech- und Röhrenmarkt fehlt es überall an genügender Beschäftigung; und noch schlimmer steht es in der Maschinenfabrikation aus, da nicht nur der Absatz im Inlande stößt, sondern auch der Maschinen-Export nach Rußland, Oesterreich-Ungarn, Italien und der Schweiz in verschiedenen der wichtigsten Branchen auf beinahe ein Drittel der Ausführung in den Jahren 1899/1900 gesunken ist. Nur im Trägereisen ist neuerdings ein besserer Absatz bemerkbar infolge der Zunahme der Bauhäufigkeit, die, wenn sie auch nur in einigen Großstädten, beispielsweise in Berlin, den Stand früherer Jahre erreicht, doch der Fabrikation von eisernen Baumaterialien gute Aufträge verschafft hat.

Vermerkenswert ist, daß sich auch in Kreisen, die sonst den Syndikatsbestrebungen keineswegs feindlich gegenüberstehen, immer mehr die Ansicht Bahn bricht, an der heutigen schlechten Lage des Eisenmarktes sei der Preispolitik der Kohstoff-Vereinigungen eine nicht geringe Schuld beizumessen. So findet sich z. B. in einem Düsseldorf'schen Bericht über den Eisenmarkt, den vor einigen Tagen die „Industrie“, Fachzeitung für Kohlen- und Erzbergbau, veröffentlichte, folgende Äußerung:

Wir scheuen uns nicht, es offen auszusprechen, daß zu diesen durchaus unerquicklichen Verhältnissen die Haltung der Kohstoff-Syndikats viel beigetragen habe. Die Schweizeisenwerke können nicht mehr durch, die Verbraucher von Ruhrkohle, soweit nicht seine Preise durch Syndikats gewaltsam hochgehalten werden, können nicht bestehen, weil zwischen diesen Erzeugnissen und den Rohstoffen in den Preisen andauernd das krasseste Mißverhältnis besteht. Ohne diese Verbände würde sich das Verhältnis der Rohstoffe zu den fertigen Erzeugnissen ohne Zweifel in naturgemäßer Weise regeln, während jetzt daran nicht zu denken und den Abnehmern der Untergang gewiß ist. Wir sind keine Gegner der Syndikats und Verbände, weil wir ihre Vorteile zu schätzen wissen. Aber wenn sie solche Folgen zeitigen, und in einseitiger Ausbeutung ihrer eignen Interessen weite Kreise der Eisenindustrie schädigen, wie in den letzten Jahren, so müssen wir sagen: sie befinden sich nicht.

Für die im Kohlen-Bergbau, in der Eisen- und Maschinenindustrie beschäftigten Arbeiter eröffnen sich damit recht trübe Aussichten, sind doch ohnehin seit Beginn des Jahres die Löhne erheblich gefallen und haben doch selbst nach der amtlichen Statistik schon im vorigen Jahre die Durchschnittslöhne der preussischen Bergarbeiter um 5 1/2 Proz. abgenommen. Allerdings ist nach derselben amtlichen Statistik der Durchschnittslohn im dem Zeitraum von 1895-1900 um ungefähr 25 Proz. gestiegen; aber ganz abgesehen davon, daß gerade in den Bergwerksrevieren die Lebensmittelpreise und Mieten während der Prosperitätsjahre beträchtlich in die Höhe gegangen sind und dadurch der Arbeiter von seinem Mehrverdienst nur sehr bescheidenen Vorteil gehabt hat, zeigt die Statistik nur, was der Bergarbeiter im Durchschnitt an Jahreslohn erhalten hat, nicht aber wie er ihn verdient hat, d. h. inwieweit der Mehrverdienst im Jahre 1895/1900 durch größere Arbeitsleistung, durch Ueberhörsarbeiten, Ausdehnungen der Schichtdauer usw. erreicht worden ist. Würde diese höhere Arbeitsleistung mit berücksichtigt werden, dürfte die Lohnsteigerung, die heute in der Unternehmerrunde mit Vorliebe gegen die Arbeiterforderungen ausgespielt wird, auf ein recht lässliches Minimum zusammenschrumpfen.

Prozeß Sanden und Genossen.

Dreißigundzwanzigster Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Heidrich werden zunächst noch einige auf das Thema Anhalt u. Wagner bezügliche Verhältnisse erörtert.

Alsdann wird Kommerzienrat Lucas über die Verluste der Preussischen Hypothek- und Rentenbank vernommen, die in der von der Revisionskommission aufgestellten Bilanz per 31. Dezember 1900 auf 56 441 558 M. angegeben sind.

Justizrat Dr. Sello bringt hierauf nochmals zur Sprache, daß das vom Sachverständigen Geh. Rat Hecht beanstandete System des

Bezug von Zantienen

auch aus dem bereits zu Zantienen herangezogenen Gewinnvortrag bei einer Reihe von Banken bestehe. Dies wird vom Böhmerrevisor Reuter bestätigt und zwar an der Bilanz der Preussischen Central-Bodenkredit-Aktiengesellschaft.

Geh. Rat Hecht bestreitet die Richtigkeit der Behauptungen und Berechnungen des Herrn Reuter in Bezug auf die genannte Hypothekbank auf das Bestimmteste. Er erklärt, daß bei dieser Bank niemals der Doppelbezug von Zantienen stattgefunden habe, vielmehr in liberaler Weise verzichtet worden sei sogar auf den Bezug von Zantienen aus Beträgen, aus denen die Gesellschaftsorgane zum Bezug von Zantienen berechtigt gewesen seien. Böhmerrevisor Reuter bleibt demgegenüber bei seiner Behauptung und erklärt: es stehe positiv fest, daß aus dem Gewinnvortrag der Gesellschaftsorgane Zantienen zu teil geworden seien. Er könne noch andre Gesellschaften nennen, bei denen dieses System der Zantienenberechnung Gebrauch ist. Er nennt auf Befragen die Königs- und Kottweiler Pulverfabriken und die Stralauer Genossenschaftsbank, wo der Direktor diese Berechnung sogar vertragsmäßig zugesichert erhalten hat.

Es kommt hierüber zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Geh. Rat Hecht auf der einen und dem Böhmerrevisor Reuter und Justizrat Dr. Sello auf der andern Seite. Letzterer betont, daß die Methode, wie sie bei der Preussischen Bank gehandhabt wurde, von dem hervorragenden Kommentator des Handels-Gesetzbuchs Dr. Staub als die allein richtige hingestellt und mit Genehmigung des Polizeipräsidenten jahrgewiseltens gehandhabt worden ist.

Rechtsanwalt Verusiein: Geheimrat Hecht habe auch behauptet, daß außerhalb des Konzerns der Spielbagen- und der Pommern-Bank es nicht vorkomme, daß, wenn es sich um Verleihung eines Grundstückes handelt, der

Tagator

auf die Höhe der in Frage kommenden Verleihung hingewiesen wird. Nun hat der Baurat Hegemann durch Briefe nachgewiesen, daß beispielsweise die Rilmberger Vereinsbank solchen Mißbrauch hat. Die Behauptung werde also doch eingeschränkt werden müssen.

Geheimrat Lucas hatte es übernommen, den Direktor Mieden von der Preussischen Hypothekbank herzuvermitteln, der über die Verhältnisse, die zum Zusammenbruch der Bank geführt haben und die in die Bilanz pro 1900 eingeleiteten Werte vernommen werden soll. Direktor Mieden ist verreist und Geheimrat Lucas schlägt deshalb vor, den früheren Vorsitzenden des Kuratoriums, Bankier Emil Salomon, an dessen Stelle zu laden.

Rechtsanwalt Dr. Volpert: Die Verteidigung habe loyal erklärt, daß sie die ziffermäßige Aufstellung der Bilanz pro 1900 nicht anzweifeln, sondern anerkennen wolle, daß die Einsetzung der Werte in die Bilanz nach bestem Gewissen erfolgt ist. Sie könne aber Thatsachen vorbringen, die zeigen werden, daß in den Wertschätzungen große Irrtümer vorgekommen sind. Die Verteidigung erkenne ohne weiteres an, daß der Verlust von 56 Millionen bilanzmäßig da ist. Wenn nun aber Herr Salomon, der auch nichts weiter sagen kann, als daß die Werte nach besserer Ueberzeugung eingestellt worden sind, hier vernommen werden soll, so könne sich die Verteidigung damit nicht begnügen, sondern sie müßte dann — und wenn die Verhandlung noch sechs Wochen dauern sollte — beantragen, daß Punkt für Punkt jedes einzelne Wertobjekt geprüft und sein Schicksal festgelegt werde.

Staatsanwalt Weede: Er stehe auf dem Standpunkte, daß Klarheit in die Sache kommen müsse. Den etwaigen Anträgen der Verteidigung sehe er mit Ruhe entgegen.

Hierauf wird Präsident Klingemann von der Preussischen Central-Bodenkredit-Gesellschaft vernommen. Er erklärt, daß die Zantienen bei seiner Gesellschaft

frei nur einmal gezahlt sei. Der Vortrag aus dem vorigen Jahre sei in diesem vorigen Jahre tantiemefrei gewesen, also tantiemepflichtig für das laufende Jahr.

Böhmerrevisor Reuter erklärt unter Berufung auf seine Kollegen, daß dies aus der 1901er Bilanz nicht zu ersehen sei; in dieser Bilanz sei die Tantieme vom 1900er Vortrag mit berechnet. Daß 1900 der Vortrag tantiemefrei war, könne man aus der 1901er Bilanz nicht ersehen.

Im weiteren Verlaufe der Verhandlung wird eingehend der Zeuge Franz Toppel über die

Inhalt u. Wagnerschen Wertobjekte

vernommen, zu deren Verwertung die Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz, G. m. b. H. begründet worden war. Der Zeuge Toppel war Geschäftsführer dieser Gesellschaft. Zur Verwertung der in Frage stehenden Anhalt u. Wagnerschen Objekte mußte viel Geld in diese hineingesteckt werden, zu deren Herabgabe Anhalt u. Wagner nachtraglich verpflichtet waren. Da sie aber nur in der ersten Zeit dieser Verpflichtung nachkamen, wandte sich der Zeuge später an die Aktiengesellschaft, die das erforderliche Geld hergab und A. u. W. dafür belästigte. Als Entschädigung für ihre Mühe sollte die Kreditgesellschaft in den ersten 15 Jahren eine Jahresprovision von 1 Proz. und später von 1/2 Proz. des sich auf viele Millionen belaufenden Nominalbetrages der A. u. W. sehen Werte erhalten. Diese von der Firma Anhalt u. Wagner der Aktiengesellschaft übereigneten Werte sind mit 14 203 554 M. angesetzt worden. In einem von dem Zeugen Toppel der Revisionskommission erstatteten Gutachten hatte er die Ansicht ausgesprochen, daß bei einer ruhigen Realisierung die Objekte auf 8 1/2 Millionen zu bewerten seien, und als ihm gesagt wurde, daß es sich nicht um eine ruhige Realisierung, sondern um Liquidation handle, hat er den Wert auf 5 1/2 Millionen zurückgesetzt. In der Anlage ist der Wert auf Grund des Gutachtens des Kommerzienrats Lucas nur mit höchstens 1 500 000 M. berechnet worden.

Ueber die Berechnung zu dieser kolossalen Minderbewertung kommt es zu langen Auseinandersetzungen, in denen die Verteidiger und der Angeklagte Otto Sanden die Ausführungen und Berechnungen des Sachverständigen lebhaft bekämpfen.

Derselbe lebhaft Meinungs- und Streitpunkt entwickelt sich zwischen dem Kommerzienrat Lucas und den Verteidigern, sowie dem Angeklagten Otto Sanden über die Bewertung des Interesses der Aktiengesellschaft an der Herrschaft Driesen-Steinbusch. Dieses Interesse war mit 1 748 476 M. bewertet. Der Sachverständige hat die Ueberweisung dieses Objekts an die Aktiengesellschaft für wertlos gehalten und daselbe deshalb mit 0 eingestuft, weil eine überhörs hypothetische Belastung vorliege. Die Richtigkeit dieser Annahme wird von der Gegenseite energisch bestritten und vom Angeklagten Otto Sanden wird darauf hingewiesen, daß Kommerzienrat Lucas in einem späteren Moment doch einen Wert von 850 000 M. concediert habe. Kommerzienrat Lucas sucht seinen Standpunkt der Herrschaft Driesen-Steinbusch gegenüber in einem längeren Vortrag und unter Hervorhebung aller in Frage kommenden wirtschaftlichen Gesichtspunkte zu begründen.

Auf Befragen des Justizrats Stern stellt Böhmerrevisor Suckale schließlich noch aus den Büchern fest, daß weder im ersten noch im zweiten Semester 1897 Generalkonsum Schmidt 43 000 M. vertragswidrig aus der Kasse von A. u. W. abgehoben habe. Diese Feststellung betrifft einen Passus, der in einem der verlesenen Briefentwürfe des Angeklagten Otto Sanden vorlag.

Hierauf wird die Verhandlung auf nächsten Dienstag 9 Uhr vertagt. Die Montagssitzung muß ausfallen, da der Schwurgerichtssaal für das Schwurgericht gebraucht und ein anderer Saal nicht frei ist. Am Dienstag findet die Verhandlung im Zimmer 55/56 statt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Die Rigdorfer Parteigenossen und Genossinnen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Montag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Thiel, Bergstr. 151/152, eine Versammlung stattfindet, in der Genosse David Johnson über das Thema „Die Frau in der modernen Dichtung“ sprechen wird.

Die Vertrauensperson: Frau Jeehe. Rummelsburg. Montagabend 8 1/2 Uhr, spricht Reichstags-Abgeordneter Eduard Bernstein im Café Bellevue über „Die soziale Bedeutung des Wahlrechts und das preussische Landtags-Wahlrecht.“ Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, wird ersucht.

Mühlentbeck. Wahlverein Bezirk Pantow. Sonntag, nachmittags 4 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in Herlachs Gasthof „zur Sonne“. Vortrag des Genossen Flemming-Charlottenburg: „Die sozialpolitische Gesetzgebung in Deutschland.“

Lokales.

Bitte, zählen Sie noch einmal nach!

Die fliegenden Klassen der Gemeindefschulen sollten sich, nach einer durch die Zeitungen gegangenen Nachricht, in dem laufenden Sommerhalbjahr auf 24 vermindert haben. Wir hatten diese Zahl als zu niedrig geachtet bezeichnet und die Vermutung ausgesprochen, daß hier wieder, wie schon seit einigen Semestern, diejenigen fliegenden Klassen, die in Schulen untergebracht sind, nicht mitgezählt seien. Unsere Vermutung erweist sich jetzt, nachdem der Magistrat die ausführliche Statistik der Gemeindefschul-Frequenz des 15. Mai veröffentlicht hat, als zutreffend.

Diese Statistik sagt: „Die Zahl der fliegenden Klassen beträgt jetzt 24, gegen 63 am 1. November 1901, die Anzahl dieser Klassen hat sich somit um 39 vermindert.“ Geht man aber die Schulen einzeln durch und zählt die fliegenden Klassen selber zusammen, dann ergibt sich, daß im November 1901 10 Klassen und im Mai sogar 14, die in Schulen untergebracht waren, außer Betracht geblieben sind. Wenn man, wie sich gebührt, auch diese als fliegende behandelt und mitzählt, dann ist die Gesamtzahl der fliegenden Klassen nicht von 63 auf 24, das wäre um 39, sondern von 73 auf 33, das ist um 40, zurückgegangen. Die prozentuale Verminderung wäre, wenn die amtliche Statistik recht hätte, 62 Proz. Nach unserer Zählung beträgt sie 48 Proz. Das ist immerhin ein recht beträchtlicher Unterschied.

Man wird vielleicht fragen, wie wir eigentlich dazu kommen, die in Schulen untergebrachten Klassen trotz der amtlichen Statistik nach wie vor als fliegende zu behandeln. Abgesehen von den sachlichen Gründen, die wir hierfür haben (eine Aula kann niemals als „eignes Klassenzimmer“ gelten, dürfen wir uns auch auf die Schuldeputation selber berufen. Die Schuldeputation hat in ihrem die Frequenzstatistik betreffenden, an die Rektoren gerichteten Schreiben vom 18. April 1902 selber von „fliegenden Klassen, welche in Schulen untergebracht sind“, gesprochen. Daß hinterher die der Stadtverordneten-Versammlung vorzulegende amtliche Statistik die Klassen nicht als fliegende behandelt, das ist freilich sehr merkwürdig.

In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde übrigens gegenüber dem Stadtverordneten Genossen Voßmann vom Stadtschulrat Gerstenberg behauptet, diejenige u. Klassen, die in Schulen untergebracht sind, seien auch früher nie als fliegende gezählt worden. Wenn der Herr Stadtschulrat sich einmal die Mühe machen will, die früheren Frequenzverzeichnisse daraufhin durchzugehen, dann wird er finden, daß dort die in Schulen untergebrachten Klassen noch bis Ende 1899 ausdrücklich als fliegende bezeichnet und auch als solche mitgezählt worden sind. Warum das seit 1900 nicht mehr geschieht, entzieht sich unserer Kenntnis.

Die Diktatur in der Milchzentrale. Vorläufig versucht Herr Ring-Düppel die widerborstigen Elemente in der Milchzentrale durch Furcht und Schmeichelei mundtot zu machen. In der Generalversammlung am Donnerstag waren von stimmberechtigten Mitgliedern nur 331 erschienen, während allerdings eine große Anzahl von Interessenten, namentlich bäuerliche Mitglieder der Milchverwertungsgenossenschaften den Saal nicht füllten. Rittersgutsbesitzer von Oredow-Landin eröffnete die Versammlung mit dem obligaten Kaiserhoch. Als darauf der Rittersgutsbesitzer Kochmann auf Wöhrow verschiedene Anträge zur Legitimationsprüfung und Auszahlung durch Stimmzettel einbrachte, erklärte Herr Ring diese Anträge einfach nicht für zulässig. Ebenso erging es einem Antrag, die Beratung und Beschlussfassung über die Anträge der Tagesordnung so lange aufzuschieben, bis ein gedruckter Geschäftsbericht vorliege. Die vom Vorstand in seinem Circular vor der Generalversammlung versprochene genaue Verantwortung der gestellten dreißig Fragen über die Geschäftslage fand allerdings nicht statt. Ueber alle wesentlichen Punkte in diesen Fragen ging Abg. Ring entweder stillschweigend hinweg oder erklärte, eine Auskunft hierüber abzulehnen zu müssen. Die Verantwortung war so ungenügend, daß zum Beispiel aus den Kreisen der Genossen nochmals die ausdrückliche Frage gestellt wurde, wie es dem eigentlich mit dem Abkommen der Meierei Wölke sei. Abg. Ring erklärte hierauf: Es sei ein geheimer Vertrag mit der Meierei Wölke geschlossen worden. Beide Teile hätten ihr Ehrenwort gegeben, nicht darüber zu sprechen. Er sei doch kein Waisknecht, daß er hier die verlangte Auskunft geben könne. Ebenso wenig wurde die Frage beantwortet, ob die Centrale einzelnen Genossenschaften, insbesondere den Molkereien, vertragmäßig eine Befreiung von den Abgaben eingeräumt habe. In diesem Punkte wurde überhaupt den Genossen eine merkwürdige Ueberraschung bereitet. Der Antrag Meuter-Senkke, die Molkereien zur Zahlung der statutenmäßigen Abgabe wie alle anderen Genossen hinzuzuziehen, war ohne irgend welche Begründung von der Tagesordnung verschwinden! Es fand weder eine Beratung noch eine Abstimmung darüber statt. Dagegen erklärte Abgeordneter Ring: die Centrale werde gegen die Mitglieder, welche bis jetzt ihre Haftung und ihre Abgaben nicht gezahlt hätten, insbesondere mit den bäuerlichen Milchverwertungsgenossenschaften, die in Liquidation getreten seien, nimmer durch die Gerichte sprechen. Bezüglich der Geschäftsausichten der Centrale teilte Abg. Ring mit, daß diese Ausichten ganz glänzend seien, wenn auch allerdings die Unterbilanz zur Zeit bedeutend sei. Zur Deckung der Unterbilanz müßten die Abgaben von 2 Pf. auf den Liter von den Genossenschaftlern bis auf weiteres noch gezahlt werden, dann sei Aussicht, die Unterbilanz bis zum nächsten Jahre herunter zu arbeiten. Abg. Ring bemerkte noch, es sei gestern in Berlin das Gerücht im Umlauf gewesen, daß die Centrale bankrott sei, weil einzelne Lieferanten ihre angewiesenen Rechnungen nicht ausgezahlt bekommen hätten. Das Gerücht sei darauf zurückzuführen, daß viele Genossenschaftler der Centrale gegenüber mit ihren Zahlungen in Rückstände seien und deshalb habe der Bankier der Centrale es gestern abgelehnt, für dieselbe weiter in Voranschlag zu gehen. Von den Läden seien allerdings im Norden und Osten einige eingegangen, dagegen machten die Läden im Westen gute Geschäfte. Ebenso sei es der Centrale gelungen, der Firma Wölke durch ihre achtundvierzig Wagen viele Kunden absperrig zu machen. Schließlich wurde dem Vorschlage des Vorstandes mit Mehrheit zugestimmt, den Centralpreis mit 1 1/2 Pfennig weiter aufrecht zu erhalten. Der Antrag auf Ausschluß der Genossenschaftler, die einer Milchfabrikation und Unzeiligkeit überführt sind, wurde schließlich ohne Diskussion angenommen. Unter den Teilnehmern der Generalversammlung herrschte am Ende eine starke Erregung, namentlich darüber, daß jede Mitteilung über das Abkommen mit der Meierei Wölke verweigert wurde. Wegen der Abstimmungen in der Generalversammlung ist von einigen Genossenschaftlern schriftlicher Protest eingelegt worden. Außerdem circulierte bereits ein Antrag, eine neue außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, in welcher die unerledigten Anträge auf Bilanzlegung usw. zur Beratung gestellt werden müßten. Nach dem Statut sind zu einem solchen Antrag 70 Unterschriften erforderlich.

Das Schweigen des Herrn Ring spricht deutlicher als lange Reden es vermöchte. Die Milchzentrale kann der Bevölkerung Berlins nicht mehr gefährlich werden.

Aus der Magistratsitzung vom Freitag. Das Ortsstatut über die Melkenerziehung der städtischen Lehrer hat die Genehmigung des Oberpräsidenten gefunden und ist nunmehr in Kraft getreten. Das Kollegium hat beschloffen vom 1. Juli d. J. einen zweiten Affizenzart an der Siechenanstalt in der Fiedelstraße anzustellen.

Der Magistrat ist den Beschlüssen der Stadtverordneten-Versammlung über den Abschluß eines Vertrages zwischen der Stadtgemeinde Berlin und der Aktiengesellschaft, Verein zur Verbesserung der kleinen Wohnungen in Berlin, beigetreten, wonach die Stadt der Gesellschaft eine Beihilfe von 500 000 M. gewährt.

Der Verein für Unfallverletzte verlegt vom 1. Juli ab sein Bureau, Köthenerstr. 23, und seine Werkstatt für Bürsten- und Bekleidungsfabrikation, Kopenhagenerstr. 70, nach Neue Friedrichstr. 3, Hof. In der Zeit vom 30. Juni bis 12. Juli fallen die für die Unfallverletzten bestimmten Sprechstunden aus.

Der Verein für Ferien-Kolonien in Berlin kann in diesem Jahre über 4000 Kinder in die Kolonien entsenden, d. h. rund 300 Kinder mehr als im vergangenen Jahre. Das Gros der Kinder geht am 1., 2. und 3. Juli vom Steinhilber Bahnhofs nach Mecklenburg, Pommern und Rügen.

Die Kosten zur Handwerkerkammer. Die Veranlagungen der Städte mit weniger als 10 000 Einwohnern und der Landgemeinden der Provinz Brandenburg zu den Kosten der Handwerkerkammer Berlin werden zur Zeit in den Kreisblättern veröffentlicht. Danach sind im Bezirk der Kammer vorhanden 55 719 Handwerksbetriebe mit 74 207 Gesellen und 20 928 Lehrlingen. Als Maßstab für die Verteilung der Kosten der Kammer, unter Berücksichtigung des in jedem Betriebe vorhandenen technischen Hilfspersonals (Gesellen, Lehrlinge usw.) sind festgesetzt für jeden Meister 10 M., für jeden Gesellen 5 M. und für jeden Lehrling 2,50 M. Dieser Maßstab würde eine Summe von 980 545 M. ergeben. Da sich die Kosten der Handwerkerkammer Berlin auf Grund des Etats pro 1902/3 auf 49 000 M. belaufen, werden als Beitrag für das Staatsjahr 1902/3 6 Proz. der Gesamtsumme zur Erhebung kommen und von den einzelnen Stadt- und Landgemeinden eingezogen werden. Sie erheben dann die Beiträge im Wege der Umlage von den einzelnen Betrieben.

Der Oberpräsident v. Bethmann-Hollweg hat das neue Ortsstatut über die Witwen- und Waisenversorgung der Gemeindebeamten der Stadt Berlin genehmigt; es ist nunmehr in Kraft getreten.

Der Berliner Spar- und Banverein, C. W. m. B. G., erzielte im Jahre 1901 eine Einnahme von 31 935 M. Nach Abzug der Kosten und Abschreibung bleibt ein Reingewinn von 4918 M., wovon 248 M. dem Reservefonds überwiesen werden und eine Dividende von 1/2 Proz. mit 870 M. zur Verteilung gebracht wird. Der Magistrat Charlottenburg trat mit der Gesellschaft wegen Errichtung von kleinen Wohnungen in Verbindung. Da der Magistrat die Gesellschaft aber nur dann unterstützen wollte, wenn sämtliche Wohnungen der in Aussicht genommenen Anstellung den Arbeitern und Unterbeamten der Stadt Charlottenburg zur Verfügung gestellt würden, so mußte die Gesellschaft die Verhandlungen abbrechen. An den Magistrat von Berlin richtete die Gesellschaft das Gesuch, ihr für eine im Norden Berlins zu errichtende neue Anstellung mit ungefähr 500 kleinen Wohnungen, die einen Kostenaufwand von ungefähr 3 Millionen Reichsmark beanspruchten, eine zweite Hypothek im Betrage von 1 200 000 M. und außerdem auf das Grundstück Stargarderstraße

eine durch Zahlung des Restkaufgeldes freigeordnete zweite Hypothek von 100 000 M. zu gewähren. Die Kommission des Magistrats beschloß darauf, dem Plenum die Gewährung eines Darlehens von 750 000 M. vorzuschlagen. Die Gesellschaft hat dann sofort Pläne für ein Projekt von etwa 400 Wohnungen eingereicht, das sie hofft, durch Gewährung einer zweiten Hypothek von 750 000 M. ausführen zu können, daraufhin aber einen weiteren Beschluß bisher nicht erhalten.

Eine nächtliche Scene, wie sie sich bereits vor wenigen Wochen in dem Hause Wendingerstr. 7 abgespielt hat und über die wir seiner Zeit berichteten, hat sich in der Nacht zum Freitag in demselben Hause wiederholt. In dem genannten Hause war dem daselbst wohnenden Cigarrenarbeiter Abraham am 15. d. M. die dort innehabende Wohnung von dem Verwalter Grindel gefälligst worden, die Abraham auch am Donnerstagabend räumte. Raum hatte A. seine Sachen in der neuen Wohnung untergebracht, als er seinem während des Ziehens geäußerten Versprechen, später zurückzukommen und die ganze Wendingerstraße in Klump zu schlagen, getreu, wieder auf der Wildfläche erschien und dort zu ständlichen anfang. In anscheinend angetrunkenem Zustande beschimpfte A. den zufällig herunterkommenden in demselben Hause wohnenden Zimmermann Klopstedt. Als sich dieser des A. gar nicht mehr erwehren konnte, verabsolgte der etwas kräftige Klopstedt den A. eine Ohrfeige, so daß A. blutete und zu Boden stürzte. Dieser Veranlassung folgte auch sofort die vorbereitete wilde Scene. Aus den Häusern stürzten wie aus ein verabschiedetes Zeichen eine Anzahl von Juchältern und Dirnen und die ganze Straße füllte sich mit Menschen, die zumeist gegen den verhassten Verwalter des genannten Hauses, den Material- und Vorlosthändler Grindel, Partei ergriffen. Der Zimmermann Klopstedt schickte in den Grindel'schen Laden, der sofort verschlossen wurde und gegen den Mann, der Menge ein zerstörerisches Werk einleitete wurde. Etwa 12 Mann, meist Juchälter, drangen vom Hausflur in die Küche, nachdem sie die Thür demoliert hatten, von der Küche wieder gewaltsam in die angrenzende Schlafstube, und nur noch eine verschlossene Thür trennte die Unholde von den im Laden eingeschlossenen Grindel'schen Eheleuten und dem Zimmermann Klopstedt, die sich mit einem Säbel, Rüstgabel und Knüttel bewaffnet hatten und entschlossen waren, sich bis zum äußersten zu verteidigen. In diesem kritischen Moment erschien eine zahlreiche Schymannschaft auf der Wildfläche und säuberte den Thort. Es gelang zwar nur einen gewissen Döring festzunehmen, doch sind auch die übrigen Helfershelfer, unter diesen auch der in jenen Kreisen berühmte „Salüchter-Richard“, inzwischen eruiert worden. Seit gestern befindet sich am Thort ein ständiger Schymannsposten.

Uchlet auf die Kinder! Die Frau des Schuhmachermeisters Strehlan aus der Oranienburgerstraße 38 befand sich am Mittwochnachmittag mit ihrer fünf Jahre alten Tochter Luise in der Küche, während ihr Mann im Laden arbeitete. In die Blumen in dem Postgärtchen zu beziehen, ging sie einen Augenblick hinaus, sah sich aber durch das offene Fenster immer wieder nach dem Aude um. Und demnach entstand in der kurzen Zeit das schreckliche Unglück. Im Herd brannte bei offener Thür das Feuer. Ohne die Gefahr zu kennen, ging das Kind dicht an die Thür heran, ein paar glühende Stickschen von Pfeiflochen sprangen herons und flogen auf den Unterrod, und ehe die Kleine wahrte, was geschehen war, standen ihre Kleider in Flammen. Obwohl die Verunglückte sofort nach der Königl. Klinik gebracht wurde, so war doch das Schlimmste nicht mehr abzuwenden. Die Brandwunden, die sie sich am Unterleib und an der Brust zugezogen hatte, waren so ausgebreitet, daß sie zum Tode führten.

Lohnprekerei. Der Vorstand des Vereins zur Wahrung der Interessen der Arbeiter teilt uns mit: „Auf dem Neubau des Baumunternehmers Steink in der Fiedelstraße zu Charlottenburg war der Manrepolier Heinrich Schigoldt angestellt. Dieser Herr hat es verstanden, für sich dadurch Vorteile zu erzielen, daß er einigen Arbeitern, die bei ihm beschäftigt waren, nicht den Lohn gab, den er laut Wochenvertrag an sie zu zahlen hatte. Schigoldt hat für die betreffenden Arbeiter 45 Pfennig Stundenlohn auf dem Wochenvertrag aufgesetzt und einen entsprechenden Betrag auch von dem Unternehmer erhalten. Er zahlte jedoch nur 42 1/2 Pf. und steckte das übrige Geld in seine Tasche. Nachdem der Polier Schigoldt so eine Forderung der Arbeiter um ihren rechtmäßigen Lohn gebracht hatte, erleitete ihn das Geschick. Der Unternehmer sowohl wie die Arbeiter erfuhr von der unehrlichen Handlungsweise des Schigoldt; die Arbeiter verlangten, daß er die 2 1/2 Pf. pro Stunde, die er widerrechtlich in seine Tasche gesteckt hatte, wieder herausgäbe. Es blieb dem Polier nichts weiter übrig, als dem einen Arbeiter 13,97 M., dem anderen 4,05 M. für die Zeit, für welche er die Arbeiter überstellt hatte, nachzugeben. Außerdem mußte der Polier den Bau verlassen. Mögen die Arbeiter aus diesem Fall die richtige Lehre ziehen.“

Veim Zusammenbruch eines Gefäßes ist gestern, Freitagnachmittag, der 54 Jahre alte Bauarbeiter Robert Regel aus der Gerichtstraße Nr. 47 auf dem Neubau am Kurfürstendamm Nr. 241 schwer verunglückt. Er fiel aus der Höhe des ersten Stockwerks herab, zog sich einen doppelten Unterschenkelbruch und schwere innere Verletzungen zu und mußte mit einer Trochale nach der Unfallstation am Zoologischen Garten gebracht werden. Von dort führte ihn ein Swadescher Rettungswagen dem Wobaber Krankenhaus zu.

Ein Soldatenelbstmord. Am Sonntag, den 15. Juni, wurde der Kontrier August Hansen von der 5. Batterie der II. Abteilung des 8. Garde-Feldartillerie-Regiments, Garnisonort Weeslow, in der Kuchellammer der Döberitzer Parken erhängt aufgefunden. In dem Telegramm, welches dem Stiefvater des Soldaten, dem Felzer Kornzeist in Hummelburg bei Berlin, die Trauerbotschaft vom Regiment aus übermittelte, heißt es, wie meistens in derartigen Fällen: Gründe unbekannt. Nun geht aber aus Briefen des Verstorbenen, wie auch aus persönlichen Aufzeichnungen seines Angehörigen gegenüber mit ziemlicher Sicherheit hervor, daß die Ursache des Selbstmordes in Chlansen und Mißhandlungen seitens seiner Vorgesetzten zu suchen ist. Auch bei den Mannschaften der 5. Batterie ist diese Ansicht verbreitet. Hansen, der im ersten Jahre diente, bittet in seinen Briefen öfters um kleinere Geldbeträge, die er zur Anschaffung von Drillzeug, Sporen und Putzmitteln oder auch zur Verbesserung von Schuhzeug re. braucht, weil er „sonst viel auszuhalten“ habe. Er beteuert, daß er das Geld nicht etwa für andere Zwecke ausgabe und schreibt: „Liebe Eltern, ichent die Ausgaben nicht, es ist besser so liebe Eltern und sorgt für mich, damit ich nicht die Lust verliere, dann ist es zu spät, denn glaubt sicherlich, es macht keinen Spaß hier, mich haben sie hier schon ganz gedankenlos gemacht.“

In einem andern Briefe beklagte er sich über den Kapitulanten Garmann, der mit einem Zivilisten auf die Stube gekommen war und von ihm verlangte, er solle für sein Geld Petroleum zu dessen Lampe herausholen. „Das habe ich nicht getan. Wenn der Zivilist weg war, frag er (der Kapitulant) mich, warum ich kein Petroleum geholt hätte, und schlug mich ins Gesicht. Das war doch zu viel und da habe ich ihm die Wahrheit gesagt, da sagt er: Na warte, da sollst Du noch dran denken, Du weißt doch, daß der Futtermeister mein Schwager ist.“

Der Futtermeister Ariebe habe ihn dann u. a. dadurch chikaniert, daß er ihm eine gute karierte Form und ihm dafür eine total abgebrauchte gab, so daß er seine Pferde nicht mehr so sauber putzen konnte wie vorher. Infolgedessen habe ihn der Wachtmeister „auf den Jag“ gekiegt und ihm u. a. den Pflanzstempel verweigert. Seiner Frau hat er mehrfach gesagt, daß ihn der Futtermeister wiederholt am Halse gewürgt habe. Auf dem Morde von Weeslow nach Döberitz zu den dortigen Schießbänken hat Hansen, der inzwischen von den Fahrern zu den Bedienungsmannschaften kommandiert war, wie er behauptet, nicht ein einziges Mal aufpassen dürfen, sondern immer laufen müssen. Als er schließlich infolge wunder Zufälle nicht mehr laufen konnte, hat ihn ein Unteroffizier nach

Bekundungen mehrerer Kameraden mit der Peitsche geschlagen. Am Sonntagabend ist er dann still und in sich gelehrt nach der Kuchellammer gegangen und hat dort die ganze Nacht zugebracht; am Sonntagmorgen ist er daselbst noch von einigen Leuten lebend gesehen worden, und etwa um 11 Uhr vormittags hat ihn der Sergeant Verhoff erhängt aufgefunden.

Die Angehörigen sagen nun, der Anblick der Leiche sei für sie förmlich erschreckend gewesen, denn außer den Wunden in den Füßen habe der Tote mehrere Wunden an der Stirn und an der rechten Schläfe gehabt. Am auffälligsten sei ihnen eine etwa drei Centimeter lange, blutige Wunde an der Rosenwurzeln erschienen. Wo Hansen diese Verletzungen her hat, ist bis jetzt nicht aufgeklärt. Die Leichengerechliche Untersuchung in der Selbstmordkammer ist bereits eingeleitet; hoffentlich wird sie mit umfassender Gründlichkeit betrieben, denn die Öffentlichkeit hat ein Interesse daran, zu erfahren, wer den Tod des Kontriers Hansen auf dem Gewissen hat.

Kindermord? Ein schwarzer Hund wurde gestern nachmittag in einem von Oranienwald nach Nieder-Schöneweide fahrenden Stadtbahnzuge auf der Station Bärfe gemacht. Auf Bahnhofs Welle besaßen mehrere Männer in der dritten Klasse eines der Abteile, welche bei Schlußwagen als Denscoups dienen und von den anderen Abteilen abgetrennt sind. Sie bemerkten im Gepäck ein in Zeitungspapier eingewickelter Paket, ließen es jedoch unbeachtet, bis auf Bahnhof Friedrichstraße noch ein Passagier hinzustieg, der den Hundgegenstand heruntersah, um ihn auf Bahnhof Bärfe dem Stationsvorsteher zu übergeben. Bei dem Hantieren mit dem Paket zerriß jedoch die Umhüllung und zum Entsetzen der Finder sahen sie den Körper eines neugeborenen Kindes vor sich. Verschiedene Flecken an den Fleischteilen deuten darauf hin, daß das Kind gelebt hat und von der Mutter getötet worden ist. Sie hat vermutlich schon im Oranienwald den Zug bestiegen und dürfte auf Bahnhof Charlottenburg unter Zurücklassung der Leiche den Bogen gewechselt haben.

Feuerbericht. Freitagvormittag gegen 11 Uhr wurde die Wehr nach der Andreasstr. 72-73 gerufen. Hier war in der Gasmessersabrik von J. Winck ein Ballon mit Benzin in Brand geraten. Es schien anfangs große Gefahr vorhanden zu sein, doch gelang es dem energischen Vorgehen der Wehr, die Flammen in kurzer Zeit zu ersticken. Donnerstagsabend 7 Uhr mußte in der Kominternstr. 32 in einer Küche ein Brand abgelöscht werden, der durch Selbstentzündung von Pfeiflochen entstanden war. Kurz darauf hatten in der Gassestr. 17-18 Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen, das indes bald abgelöscht werden konnte. Gegen 9 Uhr hatte die Wehr in der Andreasstr. 33 einen Brand zu beseligen, der den Fußboden und die Hallenlage ergriffen hatte. Außerdem hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden noch Alarmierungen von der Corneliustr. 96 und von dem Siegmundshof 11 zu verzeichnen, die jedoch auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

In der Sitzung der Rixdorfer Stadtverordneten-Versammlung vom 26. Juni wurde zunächst mitgeteilt, daß der Stadtverordnete Münchberg sein Mandat niederlegt. Der Finalabschluß pro 1901, der vorliegt, weist ein Defizit von 22 000 M. auf. Ueber das Zusammenlegungsverfahren, betr. die Rüsterlaake, die Tempelhofer Wiesen und die Judenwiesen, sah die Versammlung nach Anhörung der Sachverständigen-Kommission endgültig Beschluß, indem sie definitiv der Zusammenlegung und anderweitigen Verteilung der fraglichen Grundstücke gemäß dem Gesetz vom 2. April 1872 zustimmte und wegen des großen städtischen Interesses an der Sache genehmigte, daß die Kosten des Zusammenlegungs-Verfahrens auf die Stadtgemeinde übernommen werden. Zur Bestreitung dieser Kosten und der Kosten für die Auffüllung eines Bebauungsplanes, sowie der Vorarbeiten wurden der gemischten Kommission, die in dem Verfahren sowie bei Auffüllung des Bebauungsplanes die städtischen Interessen vertreten soll, bis zu 10 000 M. zur Verfügung gestellt. In die gemischte Deputation wurden unter anderem auch die Socialdemokraten Ostermann und Conrad gewählt. — Bei Feststellung der Beschäftigung der Beleuchtungs-Deputation für die Ferienzeit stellte Oberbürgermeister Bobbin in Aussicht, daß der Magistrat den Stadtverordneten demnachst den Entwurf einer speziellen Geschäftsordnung für die Deputationen und Kommissionen vorlegen werde. — Der „Grüne Weg“, der von Rixdorf über das Tempelhofer Feld führt, wird demnachst nur noch verschwinden. Nach jahrelangen Verhandlungen ist jetzt ein Vertrag zwischen der Stadt Rixdorf, der Gemeinde Tempelhof, dem Eisenbahnklub und dem am meisten interessierten Mißfälligen zu Stande gekommen, dem die Versammlung zustimmte. Der „Grüne Weg“ wird „eingezogen“ und an anderer Stelle ein Schlagweg geschaffen werden. — Dann kam zur Verhandlung in geheimer Sitzung der Antrag, den Magistrat zu ermächtigen, beim Finanzminister zu beantragen, daß die Geschäfte des Vorsitzenden der staatlichen Einkommensteuer-Berantlagungskommission, des Ergänzungsteuer-Schätzungsausschusses, sowie der Gewerbesteuerklassen III und IV für den Stadtkreis Rixdorf auf den Oberbürgermeister bezogen werden, und zwar gegen eine vom Staatsklub an die Stadtgemeinde zu zahlende Vergütung von 1,50 M. für jeden Geseliten mit mehr als 900 M. Einkommen. Die Versammlung nahm die Vorlage an, ebenso einen weiteren Magistratsvorschlag, wonach im Falle der Uebertagung der staatlichen Verantlagungsgeschäfte gegen die genannte Vergütung die Mittel für die Schaffung der Stelle eines zweiten besoldeten Stadtrats sowie für die erforderlichen Bureaukosten vom Zeitpunkt der Uebnahme an in den Etat eingestellt werden.

Wilmersdorf. Ueber die Zunahme der Bauhätigkeit während der letzten Jahre geben folgende Ziffern Aufschluß. Es wurden ausgegeben 1895/96 121 Bauheine, 1896/97 271, 1897/98 491, 1898/99 708, im Jahre 1900 1023 Bauheine. In diesem Jahre sind bereits 517 Bauheine ausgegeben. Die Zahl wird voraussichtlich auf 1200 steigen.

Johannisdahl. Durch die Überlegung der Gölitzer Bahn und den dadurch bedingten Umbau des Bahnhofs Johannisdahl-Riederichsneude wird auch die Frage der Eingemeindung des zwischen Johannisdahl und der Gölitzer Bahn gelegenen forstlich-kolonialen Terrains zur Entscheidung kommen. Nachdem Niederichsneude bereits die beiden neuerbauten Bauentwässerungsentwässerung der Bahn eingemündet hat, geht das Bestreben des Ortes dahin, das ganze Terrain bis zur Waldstraße in Johannisdahl für sich zu erwerben, während bei der Gemeindevertretung zu Johannisdahl die Absicht besteht, dies Terrain zu erhalten und die Gölitzer Bahn als natürliche Grenze zwischen den beiden Gemeinden zu sehen. Es ist sozusagen für Johannisdahl eine Lebensfrage, daß dieser Zustand erhalten bleibe, denn die einzige Möglichkeit für die günstige Entwicklung des in äußerst schwieriger Finanzlage befindlichen Ortes besteht in einer Ausdehnung nach der Bahn zu. Sollte solches nicht erreicht werden, so würde es das beste sein, wenn der bereits vielfach erörterte Plan einer Verschmelzung der beiden Orte zur Thatsache würde.

Zwei Kinder in der Spree ertrunken. Zwei schwere Unfälle haben sich kurz hintereinander in Rixdorf ereignet. Die sechs-jährige Tochter des Kaufmanns Grimm spielte mit anderen Kindern hinter dem Reich am Ufer der Spree. Sie stieg auf einen ins Wasser hineinragenden Laupfahnen, glitt ab und stürzte in die Kluten. Nach längerem Suchen konnte die Kleine nur noch als Leiche geborgen werden. Etwa eine Stunde später verunglückte der vierjährige Sohn des Arbeiters Brand, der am Kollwerk spielte, dadurch, daß er zu nahe an die Hochschwelle des Wollwerks trat und kopflos ins Wasser fiel. Obwohl in der Nähe beschäftigte Arbeiter sofort zur Stelle waren und Rettungsversuche unternahm, gelang es ihnen doch erst nach zehn Minuten, den Körper des Kindes zu bergen. Wiederbelebungs- und künstliche Atmungsversuche, die unter Leitung eines Arztes unternommen wurden, erwiesen sich leider als vergeblich.

Theater.

Central-Theater. 'Tolle Mithbürger'. Pöffe mit Gesang in 4 Akten von Alfred Schmalow. Musik von Kurt Goldmann. — Der Titel Pöffe appelliert an die Toleranz. Er richtet die freundschaftliche Aufforderung an den Zuschauer, den menschlichen Verstand, und was man an Lebenserfahrungen über Möglichkeiten und Unmöglichkeiten etwa gesammelt hat, gefälligst zu Hause zu lassen. Und warum sollte man der Aufforderung nicht nachkommen, wenn man bei guten Willen mit dem Opfer des Intellekts ein paar Stunden vergnüglicher, als sonst gedankenlos verstreut verleben kann. In der Regel kommt freilich umgekehrt. Die Pöffenmacher, die Lustigkeit versprechen, thun alles, um einen auch noch den Rest von guter Laune auszutreiben. Dafür, daß man auf's Denken verzichtet, wird man noch obendrein in Langeweile ausgedehnt. Herr Schmalow, der im Schiller-Theater so oft die Werke eines frischen Schauspielers-Talents gezeigt hat, machte als Pöffenmacher keine Ausnahme von dieser schlechten Regel. In Gegenwart, er überbietet seine Vorfahren in dieser Hinsicht noch. Die 'tolle Mithbürger' sind ein wahres Museum von Situationen, Witz und Coupletterei. Die Handlung nährt sich, ganz in demselben Stile, von alterproben Verwickelungen und Liebesrausungen, zu welchem Behuf im zweiten Akt der ganze Personenbestand des Stückes in einer Weinweipe, im dritten aber in der verschlossenen Wohnung eines nur angeblickt verzeigten Ehepaars zu erscheinen hat. Auch an Moral — Platonische und propädeutische Hochmut bekommen ihre gute Teil ab — gebietet es nicht.

Das Haus war voll besetzt und ließ es an dem üblichen Premierenbeifall nicht fehlen. Prompt und proffend, wie ein Sturzregen, ging der Applaus von oben nieder. Erst beim dritten Akte, den letzten, den ich erlebte, meldete sich die Opposition mit ziemlich energischem Zischen. — dt.

Vermischtes.

Aus New York wird über einen sensationellen Giftmordprozess berichtet: Vor den Geschwornen der Varustaple im Staate Massachusetts stand die gepörrte Krankenpflegerin Jane Toppin, der Vergiftung eines ihr anvertrauten Kranken angeklagt. Die Verhandlungen ergaben, daß eine ganze Reihe verdächtiger Fälle vorgekommen ist und führte zu dem Ergebnis, daß die Geschwornen die verdächtige Angeklagte nach Anhören der sachverständigen Ärzte für geisteskrank erklärten. Sobald dies geschehen, erhob sich die angeklagte

Krankenschwesterin und gab lächelnd die Erklärung ab, nun man sie für geisteskrank erklärt, und sie sicher sei, straffrei auszugehen, so wolle sie auch die ganze Wahrheit sagen. Thatsächlich habe sie im ganzen 31 ihr anvertraute Kranke ermordet, indem sie ihnen progreßiv steigend immer stärkere Dosen von Morphium eingegeben und sie so langsam in den Tod geschliefert habe. Gefragt, aus welchem Grunde sie diese Mordthaten begangen habe, erklärte sie einfach, sie sei nicht fähig, ihre natürlichen Reigungen zu beherrschen, und der Juppis, sich ihrer Kranken zu entledigen, sei zu stark gewesen. In den letzten 31 Tagen habe sie so allein 9 ihrer Kranken getötet. Ihre Erklärungen riefen sowohl dem anwesenden Publikum, das sie am liebsten sofort getötet hätte, als auch unter den Richtern, den Geschwornen und selbst den Jura-Ärzten Schrecken und Empörung hervor. Sie allein blieb vollständig ruhig und antwortete lächelnd, als ginge sie die ganze Sache gar nichts an, auf alle ihr gestellten Fragen. Sie ist eine Person in den 40er Jahren mit harten, fast abstoßenden Zügen.

Bootsunfall. Aus Orizava wird gemeldet: Infolge eines auf der Donau während heftigen Sturmes wurden drei Boote, in denen sich 25 Personen befanden, an den Felsen Babalai gescheitert. Sämtliche Insassen sind ertrunken.

Das Pulvermagazin in Carabanchel (Spanien), in welchem am Donnerstag die Explosion erfolgte, ist dem Erdboden gleichgemacht. Ein großes benachbartes Pulvermagazin und die Kirche in Carabanchel erlitten starke Beschädigungen. Fast alle Häuser derselben tragen Spuren der Explosion. Bisher ist festgestellt, daß zwei Personen das Leben eingebüßt haben und 25 verletzt worden sind.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

E. S. 1. 8.10 Nr. 2. Kottbuser Thor-Steiniger Bahnhof. 3. Die Verantwortung der Frage finden Sie im Statut. 4. Krankengeld 1/2 Invalidenbeitrag die Hälfte.

B. 100. 1. Ja. 2. In Preußen verjährten Gerichtslosten in 4 Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie erwachsen oder gefordert sind. Von jeder Vollstreckungshandlung ab (Eindung, Offenbarungsbekundung u.ä.) läuft eine neue Frist. — G. R. 89. Rein — G. S. 72. 1. Wer die Klage zurücknimmt, hat, falls nichts anderes vereinbart ist, die Kosten zu tragen. 2. In der Regel hat die unterliegende Partei die Kosten zu tragen. 3. Bei der Klage wird durch sein Verhalten zur Erhebung der Klage Veranlassung gegeben, so fallen dem Kläger die Prozesskosten zur Last, wenn der Beklagte den Anspruch sofort anerkennt. Diese Anerkennung wird häufig Interventionsklagen gegenüber angewendet. Eine gesetzliche Vorschrift, daß der Klägender innerhalb 48 Stunden nach Empfang der unter Befragung einer eidswürdigen Versicherung ersuchten Aufforderung freizugehen hat, besteht nicht. — R. R. 1. Ja. 2. Ja. — Beh. Falls nicht etwa eine betrügliche Absicht vorliegt, ist das nicht

strafbar. — G. R. 55. Ja. — W. S. 25. Der Ehegatte kann nur dann enterbt werden, wenn er sich einer Verletzung schuldig macht, an Grund der der Erblasser auf Erhebung in Frage gebracht ist. Gegen der Erblasser den Erblasser kann seit dem 1. Januar 1900 der Erblasser nur auf Verletzung des ehelichen Lebens klagen. — 100. J. S. Schenkungen ist bis am fünfzehnten zum ersten, nicht umgekehrt bis am ersten zum fünfzehnten zum fünften. Daselbst gilt vom Rückgaberecht der Schenkenden dem Will gegenüber. Ist eine abweichende Vereinbarung, mündlich oder schriftlich, getroffen, so gilt diese. — U. S. 61. Ja. Freilich ist eine Kündigung eines von beiden Eheleuten geschlossenen Rückvertrages allein dem Ehemann gegenüber formell nicht der Ehefrau gegenüber erklärt. In demselben die rechtliche Stellung des Ehemannes, sein Bestimmungsbereich hinsichtlich der Wohnung, ferner das tatsächliche Zusammenleben der Eheleute, sowie der Rücktritt des Ehemannes zur Zeit und zum Zweck des ehelichen Zusammenlebens des Rückvertrages, daß eine dem Ehemann gegenüber erklärte Kündigung des Rückvertrages auch der Ehefrau gegenüber gilt, und zwar selbst dann, wenn der Vermieter die Absicht hat, lediglich dem Ehemann gegenüber zu kündigen. Schwereich würde ein Gericht sich auf den entgegenstehenden, nur scheinbar formell gerechtfertigten Standpunkt stellen. — W. S. 47. Rein: die frühere Vereinbarung gilt auch für das nach der Kündigung oder kurzen Unterbrechung fortgesetzte Arbeitsverhältnis. — C. S. Friedrichstraße. Rein. — G. S. 28. Ist eine Wohnung so beschaffen, daß die Benutzung mit einer erheblichen Gefährdung der Gesundheit verbunden ist, so kann der Mieter ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist den Rückvertrags aufheben und Schadenersatz verlangen. Ob eine erhebliche Gefährdung vorliegt, ist von Fall zu Fall zu entscheiden. Es empfiehlt sich deshalb, vor dem Bestehen der Wohnung oder der Aufstellung eines Projektes, sich ein ärztliches Gutachten anfertigen zu lassen. In Ihrem Fall scheint eine erhebliche Gefährdung klar zu liegen. — J. R. 200. 1. Die Verjährungsfrist für die verschiedenen Arten von Forderungen aus Darlehen, Miete, Kauf, Arbeitsvertrag usw. sind verschieden. Ein Darlehen verjährt in 30 Jahren. Mit jeder Unterzahlung, Ratenszahlung usw. beginnt die Verjährungsfrist von neuem. 2. Die unzulässige Forderung gegen einen Rückvertrags aus einem Kauf oder Darlehen wird durch Anerkennung der Forderung nach erreichter Volljährigkeit gültig. 3. Die Eltern haften nicht. — C. S. 1. Wenn die Kinder es verlangen, ja. 2. Rein. — W. 12., Charlottenburg. Rein.

Witterungsüberblick vom 27. Juni 1902, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Stationen, Barometrischer Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. in C. u. F., Stations, Barometrischer Stand mm, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G. in C. u. F.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 28. Juni 1902. Köhler und zeitweise wolfig bei ziemlich frischen nordwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 28. Juni. Neues Opern-Theater (Aren). Gesspiel der königlichen Hofoper aus Stuttgart. Hoffmanns Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr. Im Wiedereröffnung: Offenbacher Kultus. Der Hanni weint — die Hansi lacht. — Die Bauerseige. — Der Regimentstänzer. Anfang 8 Uhr. Deutsches. Abendige Stunden. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Alt-Geibelberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Weihen. Der Gigantbaron. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. (Morwig-Oper). Die Zauberflöte. Anfang 8 Uhr. Neues. Bedige Leute. Anfang 7 1/2 Uhr. Residenz. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Tolle Mithbürger. Anfang 8 Uhr. Belle-Alliance. Er. — Der Tischgast. — Jahn Mädchen und sein Mann. Anfang 8 Uhr. Carl Weis. Gefallene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Friedrich-Wilhelm-Bühnen. Der Herrliche. Anfang 7 1/2 Uhr. G. v. Helldorff. Neues Theater (Neubau). Anfang 8 Uhr. Apollo. Aphrodite. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung. Cephus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr. Urania. Tändelstr. 48/49. (Im Theateraal.) Abends 8 Uhr: Die deutsche Okeanische. Invalidenstr. 57/58. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr:

Die deutsche Ostseeküste.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165. Photographische Aufnahmen von der Insel

Martinique und von den Schlachtfeldern Transvaals.

Im Konzertsaal: Schwedische Künstlerkapelle 4 Damen, 2 Herren.

Passage-Panoptikum. Der weibl. Affenmensch. Die Seejungfer. Der Tigerkabe.

Von nachm. 4 Uhr 1/2 stündlich: Damen-Ringkampf. Alles ohne Extra-Entree

Passage-Theater.

Anfang Sonntags 3 Uhr. Wochentags 5. Ende 11 Uhr. Willy Prager 16 Elite-Nummern.

Fröbels Allerlei-Theater

früher Pahlmann Schönhauser Allee No. 148. Heute Sonnabend, den 28. Juni: Gr. Jubiläums-Vorstellung.

Der Diamanten-Raub.

Rur noch 3 Tage: Das wunderbare erschaffene Juni-Programm. Im großen Prager Saal: Gr. Sommernachts-Ball.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4a. Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal: Hofmanns Norddeutsche Säger und Konzert.

W. Noacks Theater.

Prinzenstr. 16. Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.

Rosen und Dornen.

Burdeke mit Gesang u. Tanz in 2 Akten. Im Saal: Tanzkränchen.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Monstre-Konzert.

Feuerwerk. Illumination. Entree 1 M., Kinder die Hälfte. Abonnements aufgehoben. Abonnenten zahlen die Hälfte.

Belle-Alliance-Theater.

Anfang 8 Uhr: Bei günstiger Witterung auf der Gartenterrasse: „Die Dame aus Trouville“.

Prater-Theater

Kottbuser Allee 7-9. Täglich: Durch fremde Schuld.

Wintergarten.

Aus dem interessanten Juni-Programm: „Das Mädchen mit dem gold. Haar“ und 16 erstklass. Spezialitäten.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.

Schweizer Garten

Am Königsthor 42029. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.

Metropol-Theater

Anfang 8 Uhr. Horwitz-Oper. Zum letztenmal und bei halben Preisen: Die Zauberröte.

Ostbahn-Park.

Am Köstritzerplatz. Rüdorsdorferstr. 71. Hermann Imbs. Täglich: Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Apollo-Theater

Um 7 Uhr: Garten-Konzert. Um 8 Uhr: Die sensationellsten Spezialitäten 1. Ranges. Um 9 Uhr: Mit kolossalem Erfolg Paul Linckes Ausstattungsoperette

Lysistrata

mit dem Luftballon „Origoletta“ Kasseneröffnung 6 Uhr.

Max Klems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15. Artistischer Leiter: Gust. Beck. Täglich: Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung

Franz Ungerberg

früher Treptom, Alte Aufseherstraße empfiehlt allen Freunden und Bekannten sein neu renoviertes Restaurant „Oriental“, Baumschulweg.

Treptom.

Köpnicker Landsir. 27, empfiehlt sein Lokal nebst kleinem Saal, 250-300 Personen fassend, sowie großem schattigen Garten an jeder Art von Freizeitsport.

A. Stippekohls Restaurant

Köpenick, Schönriederstr. 5. Arbeitet - Betriebslos. Für gute Speisen u. Getränke ist bestens gerüstet.

Feurig-Süßer

Santa Lucia F.150 u.2M. überall zu haben

Sommertheater Marienbad

Badr. 35/36, Gesundbrunnen. Täglich: Das erschaffene Spezialitäten- und Theater-Programm. Größter Erfolg! Punkt 10 Uhr: Schlager! Berlin wie es lebt und liebt.

Schweizer Garten

Am Königsthor 42029. Am Friedrichshain. Täglich: Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.

Pferdebucht, Restaurant b. Köpenick.

Empfehle mein altes, in herrlichem Landschaftsgelegenem Lokal den geübten Reitsportler und Vereinen zu Ausritten und Vordrücken. Sommerwohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden, 100 Morgen Spielplätze, 1000 Sigmale. Kutschspannung für 80 Pferde. Gute und berühmte Küche. — Es ladet zum Besuch freundlich ein Wilhelm Bräsewitz, Besitzer.

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Gleichs vers. obige Firma, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waren zu überzeugen, An Silberstahl-Tasermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein hochgeschliffen, mit Etuis fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!



überzeugen, An Silberstahl-Tasermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein hochgeschliffen, mit Etuis fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

NEUE WELT

A. Scholz, Hasenheide 108/114, Deute, sowie täglich: Sothe-Konzert Spezialitäten-Vorstellung. Der Heldenhelden Hans Hoffmann. Anf. des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr. Eintritt 15 Pf. Kaffeelücke. — 3 Regelmäßig, russ. Musikbühne. — Abid. Mr. Otanag u. Mad. Barzinska kommen. Sensationelle Bühnennacht.

Patentanwalt Dammann

Moritzplatz 57. Ankunst bis abends neun. (40482) Cigarren- u. Cigaretten-Fabrik Schillingstr. 7. Deuss. Schillingstr. 7. Cigarren u. Cigaretten empfiehlt nur schelle Qualitäten.

Rindervogel, Sport, Ratten-

Vetter u. Hagenbuchungen, Eisener Bestellen u. Kranenwagen für Ermaschinen u. Rindervogel. Preis bill. Auch Teilzahl.

Honig!

Unverfälscht. Deutscher verj. die 10 Pfundbottle zu 4,50 Mk., 5 Pfd. 4 Mk. franco. Garant. Käuferschutz.

Die schönsten Herren-

Kleider. Herrengarderobe in neu. sowie speziell 42743 Monatsgarderobe von Labelieren zurückgelechte Sachen, fast neu, für jede Figur passend, sind in großer Auswahl zu namend billigen Preisen stets zu haben.

J. Wand, Prinzenstr. 17,

Edle Wasserthorstraße.

Gebr. Wolfertz, Wald bei Solingen No. 33.

Katalog mit circa 2000 Abbildungen erhalten Sie gratis und franco.

Gleichs vers. obige Firma, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte und Billigkeit ihrer Waren zu überzeugen, An Silberstahl-Tasermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein hochgeschliffen, mit Etuis fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!



überzeugen, An Silberstahl-Tasermesser No. 30, wie Zeichnung, mit 5jähr. Garantie, fein hochgeschliffen, mit Etuis fertig zum Gebrauch 30 Tage zur Probe, zum Preise von 1,50 Mk. franco. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen obiger Frist ein- oder das Messer retour zu senden. Also kein Risiko. Mehr wie ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme!

Achtung!
Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 Zahlstellen Berlins und Umgegend.
 Sonntag, den 29. Juni 1902, vormittags 10 Uhr, in Kellers Festsaal (gr. Saal),
 Koppenstraße Nr. 29:

Grosse Versammlung
 aller zum
Lohngebiet gehörigen Verbands-Zahlstellen Berlins und Umgegend.
 Tagesordnung: 1. Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe keinen Eintritt.
 Regen Besuch der Versammlung erwartet. Die Lohnkommission. J. K.: Karl Heidemann.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5, Telephon Amt 7 Nr. 353.
 Sonnabend, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Hobler, Bohrer, Fraiser usw.
 bei Dieko, Ackerstraße Nr. 123.
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. 116/18
 Zahlreichen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

Arbeitervereiner-Verein Berlin.

Donnerstag, den 3. Juli cr., abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung
 im Gewerkschaftshaus, Saal III, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:
 1. Berichterstattung vom Gewerkschaftsstandpunkt betreffend Organisation der Arbeitervereiner Deutschlands. 2. Antrag des Vorstandes, betreffend Auflösung des Arbeitervereiner-Vereins. 3. Diskussion und Beschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. 53/6
 Der Vorstand. J. K.: Rob. Ahrens.

Bilderrahmenmacher.

Montag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 3:

Branchen-Versammlung
 Vortrag des Genossen Th. Rehner. 85/8
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Obmann.

Achtung! Rummelsburg. Achtung!

Montag, den 30. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Café Bellevue, Hauptstr. 2:

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung: 222/16
 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Eduard Bernstein: „Die soziale Bedeutung des Wahlrechts und das preussische Landtagswahlrecht.“ 2. Diskussion.
 Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, wird ersucht.

Achtung! Männer und Frauen. Achtung!

Dienstag, den 1. Juli, abends 9 Uhr, in Schneiders Salon, Belfortstr. 15:

Gewerkschaftliche Männer- u. Frauen-Versammlung

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn Reuter über „Toleranz und Intoleranz in den Gewerkschaften“. 2. Diskussion. 3. Die Abschaffung unserer freien Organisationsrechte unter sämtlichen Zeitungs-Korrespondenten und was bedeutet das Unternehmertum damit? 4. Welche Ausdehnung bezieht das Unternehmertum damit, wenn es seine Potenzen für nicht eingezahlte Leistungen verantwortlich macht. 5. Anträge und Beschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen, besonders auch der Mitglieder, bittet. 290/3
 Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Sonntag, 29. Juni, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Oeffentliche Versammlung der Einsetzer Berlins.

Tages-Ordnung:
 Schäden und Mängel unserer Branche, und wie sind dieselben zu beseitigen?
 Pflicht jedes Kollegen ist es, zu erscheinen. 75/19
 Der Einberufer.

Medizinischer Ungarwein Mark
 süß 0,90-2,90
 Ober-Ungar, herb 1,25-2,25
 Portwein 0,90-5,40
 Sherry, Madeira, Malaga 1,00-5,40
 Samos 0,75
 Vermuth-Wein 0,80
 Moselwein 0,45-2,75
 Rheinwein 0,80-3,90
 Deutscher Rotwein 0,50-1,25
 Bordeaux-Wein 0,80-3,90

exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird.
 Zu haben auch in unseren ca. 300 Niederlagen.
 Nicht Zusagendes wird zurückgenommen.
 Bestellungen frei Haus bitten an uns direkt zu richten.

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12.
 Fernsprecher Amt III No. 3524. 4464L*

Extra-Dampferfahrten
 nach Schmüdow, dem herrlich Lokal Seddin-See
 jeden Sonntag 9 und 2 Uhr (hin und zurück 75 Pf.),
 2 Uhr mit Nacht (hin und zurück 50 Pf.). Während
 des Aufenthaltes im Garten großes Konzert und in zwei Sälen Ball.
 Abfahrt zwischen Jannowitz und Wasserbrücke (Dampferstation Köppliner).
 Das Lokal bietet einen herrlichen Aufenthalt. Zwei große Säle, Regelmäßig
 u. s. w. Für Vereine und Gesellschaften bestens zu empfehlen. Auch
 stelle ich die billigsten Dampfer.
 Gute Sommerwohnungen mit und ohne Pension. A. Noack.
 In ein schöner Aufenthalt, schon zu Fuß, Rad und
 Kramler zu erreichen? Beim alten Freund auf
 Pichelswerder. — Für gute Küche usw. ist
 immer bestens gesorgt! (37762)

Wo?
 Musik: Elektrisch.

Achtung!
Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf!
 Den Kollegen zur Nachricht, daß
 unser Mitglied, der Mechaniker
Rudolf Kuhle
 am Sonnabend, den 21. d. M. ge-
 storben ist. 116/19
 Wir werden sein Andenken in Ehren
 halten.
 Berlin, den 27. Juni 1902.
 Die Ortsverwaltung.

Central-Verband d. Maurer Deutschlands
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Kenntnis,
 daß unser Mitglied
Karl Flöter
 am 26. d. M. im Alter
 von 43 Jahren an der Proletarier-
 krankheit gestorben ist.
 Seine Hinterbliebenen sind:
 Gatte: Heinrich Flöter, 19/20,
 Friedrichsberg, in Brigg ausst. 139/20
 Die Verbandsleitung.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher Berlins.
 Montag, den 7. Juli, abends
 8 1/2 Uhr, findet eine
außerordentliche General-Versammlung
 statt, im Restaurant „Schultheiß“,
 Eingang Schulstr. 19/20.
 Tages-Ordnung:
 Wahl der Delegierten zur General-
 versammlung. 455/6
 Hierzu ladet ein
 Der Vorstand:
 G. Pätzsch, Vorsitzender.

Achtung! Achtung! Lackierer

Dienstag, den 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr,
 im „Gewerkschaftshaus“ (Saal III),
 Engel-Ufer 15:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen F. Kotzke.
 2. Diskussion. 3. Jubiläumsgedenken.
 Zahlreichen Besuch erwartet. 107/9
 Die Ortsverwaltung.

Innungs-Krankenkasse der Tischler-Innung

Bekanntmachung.

Den Herren Arbeitgebern sowie den
 Kassensmitgliedern zur Kenntnisnahme,
 daß die am 17. März d. J. be-
 schlossene Erhöhung der Beiträge nunmehr
 von dem Herrn Vizepräsidenten genehmigt
 ist und mit Montag, den 30. Juni, in Kraft tritt.
 Die wöchentlichen Beiträge betragen
 von diesem Tage ab:
 für d. Mitglieder der I. Klasse = 72 Pf.
 „ „ „ II. „ = 54 „
 „ „ „ III. „ = 33 „
 „ „ „ IV. „ = 24 „
 „ „ „ V. „ = 18 „
 492/6
 Der Vorstand.

Hugo Lindner,
 Rummelsburg, Türschmidtstr. 37,
 Ecke Magazinstr., empfiehlt den Ge-
 nossen und Freunden sein Bier-
 lokal, Vereinigungsraum mit Piano.
 Zahlstelle des deutschen Metall-
 arbeiter-Verbandes. 4562/6

Gejüngverein Morgencrot Rummelsburg (M. d. A. S. B.).
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
 unser Sangesbruder

Herm. Heintze
 infolge Unfalls am 19. d. M. ver-
 storben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag
 nachmittags um 2 Uhr von der
 Leichenhalle des Rummelsburger
 Kirchhofes aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.
 J. K.: R. Rais.

Joseph Petraczek
 am 26. d. Mts. nach längerem, schweren
 Leiden sanft entschlafen ist.
 Die Beerdigung findet Sonntag,
 den 29. d. Mts., nachmittags 4 Uhr,
 auf dem neuen Michael-Kirchhof in
 Mariendorf statt. 497/6
 Um hilfes. Beileid bittet
 Die trauernde Wittve
 Emilie Petraczek.

Gejüngverein Morgencrot Rummelsburg (M. d. A. S. B.).
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
 unser Sangesbruder

Herm. Heintze
 infolge Unfalls am 19. d. M. ver-
 storben ist.
 Die Beerdigung findet am Sonntag
 nachmittags um 2 Uhr von der
 Leichenhalle des Rummelsburger
 Kirchhofes aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.
 J. K.: R. Rais.

Hugo Lindner,
 Rummelsburg, Türschmidtstr. 37,
 Ecke Magazinstr., empfiehlt den Ge-
 nossen und Freunden sein Bier-
 lokal, Vereinigungsraum mit Piano.
 Zahlstelle des deutschen Metall-
 arbeiter-Verbandes. 4562/6

KEFKE **KINDER**
 Verregelt Verdauung
 gutes Gedelhen.

Gelegenheitskauf!

Nach beendeter Herbst-Saison habe ich diverse Muster aus meinem
 reichhaltigen Lager fertiger Herren- und Knaben-Garderobe ausfortiert
 und stelle solche ganz bedeutend unter Preis zum Verkauf wie folgt:

- Jackett-Anzüge für Herren**
 bisheriger Preis teilmweise 30-40 Mark
 jetzt nur 20 Mark.
- Paletots für Herren**
 jetzt 10 und 15 Mark.
- Herren-Hosen**
 8,00, 10,00 und 12 Mark.
 jetzt nur 6 Mark.
- Knaben-Anzüge**
 in Joden, Mittel oder Blusenform 4384/6
 jetzt 3,75 Mark.
- Jurschen-Anzüge**
 jetzt 9,75 Mark.

Es ist dies eine günstige Gelegenheit, zur Reife oder Ferienzeit,
 wirklich dauerhafte Garderobe, wenn auch Muster oder Form von der
 heutigen Mode etwas abweichend, billig zu erwerben.

Carl Stier
 Fabrik für
 Herren- und Knaben-Garderobe
 Berlin SO.,
 Oranien-Strasse Nr. 166.
 Potsdam,
 Nauener Strasse Nr. 23.

Eigene Confection.
Reise-Costüme
 enorm billig
 wasserrecht defatigiert in bair.
 Voden, Covercoat und
 Gombepun 12, 15, 20 M.
Piqué-Kleider
 weiss und farbig
 7,50 M., 10 M., 15 M.
Hochelegante Waschkleider
 in Zephir, Batist u. Piqué
 8 M., 10 M., 12 M.
Organdy 18 M., 20 M.
Seiden-Foulard 35, 50 M.
Elegante Costümröcke
 in Tuch,
 Zibeline, Kammgarn
 und Cheviot.
 6 M., 7 M., 10 M., 12 M.,
 15 M., 20 M., 25 M.
Seidendamast
 25 M., Alpaca 4,50 M., 6 M.,
 bis 30 M., weiss Cheviot
 und Piqué 3, 5, 7-15 M.
Jaketkleider
 elegante Façons
 in Zibeline, Reversibel,
 Cheviot, Covercoat, Gombepun
 15 M., 20 M., 25 M.
Blusen in Waschseide,
 entzückende Streifenmuster,
 3,50 M., 5 M., 6 M.
Blusenhemden
 1,35 M., 2 M.
Morgenröcke und Matinées
 3 M., 5 M., 6 M.
Golf-Capes
 Reise-Capes, Gummimäntel,
 Staubmäntel
 jetzt 3,75-15 M.
Schwarze, glatte u. bestickte Capes und Kragen
 in Tüll mit Application
 und feinem Rips
 10 M., 15 M., 20 M.
Sielmann & Rosenberg
 Kommandanten-Strasse,
 Ecke Lindenstrasse.

Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.
 Am Bahnhof Hirschgarten. Joh. W. Keller, Gekocht.
 Empfiehlt den Vereinen und Gesellschaften seinen schönen schattigen
 Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Regeldampfen, Raffetische,
 Guterpflege Biere u. Speisen zu jeder Tageszeit. Volksbelustigungen,
 auch zu erreichen. Söpend von Bahnhofstr. Kaiser-Wilhelm-Strasse,
 Stübentourstrasse (neue Strasse nach Friedrichsh.) Radfahrer Pumpstation.
Jeden Sonntag: Frei-Konzert.
Schmöckwitz Gasthaus zur Palme
 (Endstation der „Stern“-Dampfer)
 Inhaber: Hermann Peter. Grünau Nr. 39.
 Empfiehlt sein allbekanntes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes
 Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.
 Ausspannung und Dampferlege, Regeldampfen, große Kaffeeküche.
 Gute Küche und besorgte Biere zu soliden Preisen. (4312)*

Paul Hilperts Restaurant u. Garten
 Halensee, Kurfürstendamm 126.
 Erste Station für Kremler, Radpartien usw. am Bahnhof Halensee.
 Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisenkarte zu kleinen
 Preisen. Familien können Kasse locken. (1*)
 Zahlreichen Besuch nicht entgegen. Paul Hilpert.

Brotts Gesellschafts-Haus
 3 Minuten vom Bahnhof — herrlich am Wald und Wasser
 gelegen — empfiehlt sich den Genossen der Ausflüge per Eisenbahn und
 Dampfer, den geehrten Familien, Vereinen und Fabriken zu angenehmem
 Aufenthalt. Zwei große schattige Gärten, zwei geräumige Hallen, großer
 neuer Saal, eine Regeldampfen, eigene Dampfer-Küche. 3739/1

PAGLIANO-SYRUP
 seit 1838 bewährtes und altes
 Erfrischungs- u. Reinigungsmittel
 für Blut u. Säfte. Jede
 Flasche und Schachtel tragen
 den Namenszug des Prof. Girolamo
 Pagliano, Florenz, auf blauem
 Grunde. Zu haben in Apotheken,
 Generalversand für Deutsch-
 land: Carl Hunnius, München. 25/20*

Seltenes Angebot.
 Um für die eingehenden Herbst-Neubereiten Raum zu schaffen,
 haben wir die Restbestände von letzter Saison in
 Teppichen, Portieren, Gardinen, Divan-
 Tisch-, Reise- und Steppdecken, Läufer-
 stoffen, Möbelstoffen und Plüsch
 nur in bekannt vorzüglichen Qualitäten u. grobhartiger Auswahl
 gegen Barzahlung bis 33 1/2 % herabgesetzt.
Teppichhaus
Adler & Co.,
 Königstr. 20-21, dicht am Rathaus.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit
 die Lederhose Herkules tragen.
 Klein-Berlin. Sehr harte Ware in
 praktischen grünen u. braunen Streifen,
 auch einfarbig. Am Bund aus einem
 Stück gearbeitet. Sehr feste Kopp-
 nähte. Haltbare Pilot-Taschen.
 Große Hosen unkonf. Die Hölz-
 bei Aufnahme von
 6 Stck 28 M. 4 Mf. 50

Baer Sohn
 Ein gros Export. En detail.
 Schauffstr. 21a-25, Brückenstr. 11.
 Gr. Frankfurterstr. 20.
 Die 19. Preisliste 1902 wird kosten-
 los und portofrei zugesandt.
 Bei Bestellung von Hosen ist die
 Bundweite und die Schnittlänge, bei
 Jacketts und Mänteln die Brustweite
 anzugeben. 44332*
 — Versand von 20 M. an franco. —

Strand-Restaurant
 am
 zwischen Müggelsee u. Hirschpark.
 Empfiehlt Familien, Vereinen
 und Korporationen für Sommerausflüge
 u. Ausflüge mein großartig gelegenes
 Lokal. Saal für ca. 3000 Personen,
 Hallen, genügende Nebenräume. Be-
 lustigungen aller Art. Constante Preise.
 3513/4 M. Dogebrodt,
 „Strandhotel“, Söpend.

Dr. Simmel, Prinsenstr. 41.
 Spezialarzt für 25/17*
Haut- und Harnleiden.
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Vierte Generalversammlung des Verbandes der deutschen Buchdrucker.

München, 20. Juni 1902.

In der heutigen Sitzung wird der Bericht über den Gewerkschaftskongress entgegengenommen, in der Diskussion soll dann die Haltung des „Correspondent“ mit besprochen werden.

Massini giebt den Bericht über den Gewerkschaftskongress. Wichtig sei die Anwesenheit von Regierungsdirektoren. Die General-Kommission habe beim Reichsamt des Innern um Vertretung nach-gesucht und Graf Posadowsky habe Vertreter entsandt. Das sei ein Fortschritt. Die Buchdrucker werden die Lehre daraus ziehen, daß sie zu den nächsten Tarifverhandlungen auch einen Vertreter des Reichsamts des Innern einladen werden, um das ominöse Tele-gramm an Posadowsky aus der Welt zu schaffen. Der Leipziger Streit mit dem Kartell sei schon beim Reichsamt-Bericht besprochen worden. Den Leipziguern brenne offenbar der Boden unter den Füßen, sie möchten kein Begeben, aber sie können nicht. — Einzelne An-merkungen auf dem Gewerkschaftskongress zeigten eine Mißstimmung gegen die Buchdrucker. Der Abg. Sacke führte die Erfolge der Buchdrucker daraus zurück, daß sie ihre Gewahrgelten so leicht in der politischen Parteipresse hätten unterbringen können. (Auf: Siehe „Leipziger Volkszeitung“!) Der Mann ist Abgeordneter, er möchte es wissen, er weiß es aber nicht. Herr Sacke ist dann sehr un-gezogen gegen Reghäuser geworden. Er hat schließlich sich wegen seiner Inanimität entschuldigen müssen. Das Verhältnis zwischen Buchdrucker und Sozialdemokratie sei vielfach erörtert worden. Die Meinungen seien geteilt gewesen, aber die Mehrheit war doch der Meinung, daß die Partei die Buchdrucker nicht mit demselben Maße messe, wie die übrigen Arbeiter. Die hervorragenden Führer der Gewerkschafts-bewegung hätten nicht gegen die Buchdrucker gesprochen, soweit sie zu Worte gekommen seien. Hätten sie für die Buchdrucker das Wort genommen. Wir sind für den Frieden. Es wäre ja auch bitt-verbrennt, gegen eine Partei vorzugehen, die sich stets der Arbeiter-interessen angenommen hat, aber die Partei solle auch die Buchdrucker als Arbeiter betrachten. Der Keucherung Bömelburgs, daß Gewerkschaften und Partei eins seien, stimme ich geistig gewiß zu, sie stimmt aber nicht in Bezug auf den praktischen gewerkschaftlichen Kampf. Insofern ging sie zu weit und hätte gerade vom Vor-sitzenden vermieden werden sollen. Der Kongress habe den Frieden auf Papier geschrieben, das solle auch die Generalversammlung thun, dann werde die Debatte über den „Correspondent“ auch keine Bitterkeit hervorrufen. Sei man auf Seiten der Partei friedlich ge-sinnt, auf Seiten der Buchdrucker werde es an gleicher Festimmung nicht fehlen. (Beifall.)

Wenzel - Ludwigsdafen meint, er habe das Gefühl ge-habt, daß die Buchdrucker in Stuttgart nicht so gut abgeschnitten haben, wie Massini es dargestellt habe. Er halte es für gut, eine Verständigung mit den Mittelgliedern der Gewerkschaft zu suchen, so sehr er die Gründung der Sonderorganisation verurteile. Die Mitteilung des Tarifauschusses an den Reichsanwalt bilige er, das Telegramm an seinen Schüssen Posadowsky war eine Dummheit. Was den „Correspondent“ anlangt, so sei Reghäuser ein tüchtiger begabter Redakteur; habe er eine Dummheit oder Fieseln begangen, so seien die traurigen Verhältnisse in Leipzig daran schuld. Es ist freilich richtig, daß die Erbitterung großer Parteikreise, großer Arbeiterschichten zum großen Teil auf die Thätigkeit von Kollegen zurückzuführen ist, die in der Parteipresse Redakteure sind. (Sehr richtig!) Andererseits habe ich das Gefühl, daß sich Reghäuser zu weit nach rechts hat drängen lassen, die übrige Arbeiterschaft ungerecht behandelt. Ich sage, die Thätigkeit Reghäusers war schädlich für uns und unser Verhältnis zur übrigen Arbeiterschaft. Wir müssen Frieden haben, nicht Frieden um jeden Preis, aber ich verlange ein weises Woh-lhalten, damit wir der übrigen Arbeiterschaft wieder näher kommen. (Beifall.)

Feuerstein - Stuttgart: Ich stehe auf gleichem Standpunkt wie Wenzel. Dem Referat Massinis habe ich wenig hinzuzufügen. Die Mehrheit des Gewerkschaftskongresses steht der Buchdrucker-bewegung mit Verständnis gegenüber. Immerhin war eine Animosi-tät gegen uns nach politischer Richtung vorhanden, und ich bin der Ueberzeugung, daß hier ein Wandel eintreten muß. Reghäuser hat erklärt, er wolle Frieden halten. Dieses Versprechen muß die Grundlage der heutigen Verhandlungen sein. Das Urteil, daß die Broschüre anlässlich des 500. Geburtstages Gutenberg's in einseitig subjektiver Weise gegen die Partei geschrieben sei, mußte er bezüglich der von ihm eintreten Stellen anrecht erhalten. In den Angriffen auf die Kollegen-Parteiredakteure ist viel Voshaftigkeit im Spiel. Die Keucherung Dominés, daß die Kollegen, die in Partei-blättern kommen, radikal werden, um sich bei der übrigen Arbeiter-schaft einzufachseln, war einfach verächtlich. Nun zum „Correspondent“: Ich beschwere mich nicht über den Ton und die Art der Schreibweise. Ich beklage mich über die Tendenz, die Partei in ihren Grundbegriffen lächerlich zu machen, gegen die Partei Stellung zu nehmen. Reghäuser war früher überzeugter Sozialdemokrat. Woher die Wandlung. Ich bin der Meinung, seine Wandlung hat nicht sachliche, sondern psychologische Ursachen. Wenn die Leipziger Dumm-läpfe in einer schwach besuchten Versammlung Reghäuser nicht an-geschlossen hätten, Reghäuser würde heute so nicht gegen die Partei schreiben. Er hat selbst einmal geschrieben, er müsse aus dem Aus-schluss der Konsequenzen ziehen. Die Konsequenzen sind die, die wir unter „Schreibweise des Correspondent“ rubricieren. Reghäuser ver-tritt noch heute kollektivistische Theorien. Sein Verhalten gegen die Partei ist also unlogisch. Im Jahre 1899 hat Reghäuser noch den „Vorwärts“ deshalb belobt, weil er die Selbständigkeit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt hat. Heute steht Reghäuser auf dem Standpunkt, daß die Partei die Selbständigkeit der Gewerkschafts-bewegung untergraben wolle. Der „Vorwärts“, das „Hamburger Echo“ und andre namhafte Parteiblätter stehen auf dem Boden untrer Tarifgemeinschaft. Reghäuser hat selbst einmal geschrieben: Die „Leipziger Volkszeitung“ ist das einzige Organ, welches die Ge-werkschaftsbewegung als Selbständiges bezeichnet. Dieses Urteil war durchaus richtig. Es ist nicht wahr, daß die Partei den Gewerkschaften feindselig gesinnt ist. Ich weise darauf hin, daß für bürger-liche Blätter der „Correspondent“ eine wahre Fundgrube war, die Gewerkschaften gegen die Partei auszuspielen. Reghäuser ist dafür eingetreten, die Politik in die Gewerkschaften zu tragen, er wollte parlamentarische Berufsvertreter nach englischem Muster. Das verdrängt sich doch nicht mit untrer Anschauungen. Wir wollen nicht Zustände wie in England, wo die Arbeitslosenbill gefallen ist infolge der Abstimmung von Arbeitervertretern. (Reghäuser rufst: So dumm sind wir doch nicht!) Ich sage nicht, die Gewerkschaften werden social-demokratisch sein oder sie werden nicht sein. Ich bin für Neutrali-tät, soweit sie durch das Statut festgesetzt ist. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß in ein Gewerkschaftsblatt keine Feindseligkeit gegen die sozialdemokratische Partei, die eine Arbeiter-partei ist, gehört. Reghäuser war nicht immer der An-gegriffene, sondern auch manchmal der vertehende Angreifer. Ganz unangenehm war auch eine persönliche Polemik gegen Vebel, dem der „Correspondent“ öden Klatsch und andre unhohe Dinge nachgesagt hat. Ich bin der Meinung, diese Polemik gegen Vebel ist erfolgt, um die ganze Partei zu treffen. (Widerspruch!) Die Verhöhnlichkeit Vebels verdient eine andre Behandlung. Auf dem Reghäuserischen Wege kommen wir nicht weiter. Die Arbeiter haben neben der gewerkschaftlichen Bewegung die politische Vertretung notwendig. Ich habe alle persönlich gefälligen Angriffe ver-mieden. Die Aussprache würde mich völlig befriedigen, wenn Reghäuser im „Correspondent“ Frieden mit der Partei halten würde. Selbstverständlich soll es ihm nicht ver-wehrt sein, auf Angriffe à la „Leipziger Volkszeitung“ aus-

schärfste zu antworten. Folgen wir dem Stuttgarter Kongress, sprechen auch wir uns für den Frieden aus. (Beifall.)

Engelbrecht - Leipzig führt aus: In Leipzig sei fort-während gegen die Tarifgemeinschaft gehetzt worden und es sei gut gewesen, daß Reghäuser wie ein Blitz zur rechten Zeit dazwischen gefahren sei. Wenzel habe der Buchdrucker-Gewerkschaft zu große Bedeutung beigelegt. Sie wäre überhaupt ohne die Unter-stützung der Parteipresse ganz bedeutungslos gewesen. Jetzt rücken ja die Parteiblätter von der Buchdrucker-Gewerkschaft ab, aber etwas spät. Krakeel war immer. Von der Parteipresse sei Döblin oft als Genosse mit Gänsefüßen bezeichnet worden. Mit dem alten Härtel war fortwährend Krakeel. Selbst Gack mußte sich fortgesetzt mit Auer herum-schlagen. Wir Leipziger Kollegen erklären hiermit unser volles Einverständnis mit der redaktionellen Leitung des „Correspondent“ durch Reghäuser. Wir erkennen an, daß die Haltung Reghäusers ihre berechnete Veranlassung hat, wir erkennen nicht an, daß die Angriffe auf die Partei unredlich waren. Werden die Verhältnisse jetzt etwas besser, so hat daran die mutige Haltung des „Correspondent“ den Hauptanteil. Noch einmal, wir sind mit der Sachweise des „Correspondent“ einverstanden, weil sie in den Verhältnissen ihre Erklärung findet. (Auf: Leipziger Ver-hältnisse!) Das sind keine Leipziger Verhältnisse. Döblin ist kein Leipziger. Die Tarifgemeinschaft ist auch keine Leipziger Angelegen-heit. Soll Friede werden, so müssen die Feindseligkeiten zuerst in der politischen Presse aufhören. (Beifall.)

Reghäuser - Leipzig: Er weist auf die große Verantwortung hin, die gerade der Redakteur des Buchdruckerblattes auf sich nehmen muß. Massini habe gesagt, der Stuttgarter Kongress habe auf höherem Niveau gestanden, als der Frankfurter. Er sei gegenentlicher Meinung. Die Keucherung Reghäusers in Frankfurt, daß, wenn eine andre Partei auch Arbeiterinteressen vertrete, könne man auch mit ihr gehen, wäre in Stuttgart nicht möglich gewesen. In Stuttgart sah man zum erstenmal Regierungsdirektoren. Ich halte es für einen Fortschritt, daß auch einmal die Arbeiter das Ohr der Regierung haben. Wie hat man nun diese Vertreter in der Parteipresse be-handelt. In der „Schwäbischen Tagwacht“ hat der Socialpolitiker Adolf Braun den Regierungsrat Hölzer in der tollkühnsten Weise an-gerepelt. Was sollte denn der Mann machen? Sollte er ein Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung anbringen, sollte er den Kongress im Namen Posadowskys herzlich begrüßen? Ich bin überzeugt, der Kongress hätte das mit Beifall begrüßt. (Heiterkeit.) Herr Bömelburg sagte am Schluß, nichts sei ihm schmerzlicher ge-wesen als die Begrüßung der Regierungsdirektoren. Er hätte den Sämerz verfluchen können, wenn die Regierung nicht eingeladen worden wäre. Man hat meine Friedenserklärung in Stuttgart hier schon mehrfach angezogen. Ich habe nie einen andern Standpunkt vertreten. Wenn man uns angehoren läßt, werde ich die Partei nie angreifen. Aber das ist nicht gefehlen. Wenn ich die Angriffe der Parteiblätter hier alle zusammengetragen wollte, Herrn Feuerstein würde auch als Parteigenosse die Galle überlaufen. Wir verlangen, daß unsere Organisation als so bedeutsam behandelt wird, daß sie ihre inneren Angelegenheiten selbst regeln könne. Bei der Sonderorganisation bei uns handelt es sich nicht um Leute, die irgend ein Gewerkschaftsprinzip vertreten, sondern einen politischen Radikalismus und Doktrinaris-mus, der mit gewerkschaftlicher Organisation nichts mehr zu thun hat. Die Partei hat die Leute seit positiver, zieht sich heute von ihnen zurück. Man liebt den Verrot, aber man verachtet den Ver-räter. Heute haben die Leute den Einfluß verloren, deshalb läßt man sie auch in der Partei links liegen. Kollege Feuerstein hat von mir ein kleinliches Zerrbild gemacht. Ich soll über die Auktoren-interessen Leipzigs nicht hinausgehen können, ich soll, weil ich aus der Partei ausgeschlossen bin, mich von allen Zielen der Partei ab-gewandt haben. Nein, ich habe mein proletarisches Klassenbewußt-sein nicht verloren, ich bin kein kleinlicher Kerl. Ich lasse die Sache durchaus im großen an. Feuerstein hat hier die „Frankfurter Zeitung“, die gegen mich polemisiert hat, ins Feld ge-führt. Wüster sagte man, die bürgerliche Presse lobt Reghäuser, so weit ist es schon mit ihm gekommen. Jetzt ist es wieder nicht Recht, daß die „Frankfurter Zeitung“ gegen mich polemisiert. Man hat mir vorgeworfen, daß ich geschrieben habe, in Mainz ist das „Endziel“ zu Tode geritten worden. Ich habe mich damit nur gegen die Radikalen à la Rosa Luxemburg wenden wollen. Ich habe auf die faulen Zustände in den Partiredaktionen hin-gewiesen. Mit Recht. Es kommen nirgends so viele Hin-aus-garungen vor wie in der Parteipresse. Die Redakteure verziehen dann aus der einen Ecke in die andre des Reichs. Vielleicht ist es Ihrem Kollegen Feuerstein in den nächsten Jahren schon vergönnt, 20-jährige Erfahrungen zu sammeln, denn brauchen wir uns auf der nächsten Generalversammlung darüber nicht zu streiten. (Heiterkeit.) Was nun die allgemeine Haltung des „Correspondent“ anlangt, so sage ich, die Politik kann nicht vermieden werden. Der Postus im Statut, der die Politik ausschließt, läßt sich nicht aufrecht erhalten. Politik ge-hört in die Gewerkschaften, freilich keine Parteipolitik. Mit der Socialpolitik müssen wir uns beschäftigen. Die deutsche Social-politik ist von der Sozialdemokratie immer sehr gering eingeschätzt worden, man hat den Arbeitern die Versicherungsgesetze förmlich verneht. Die Partei drängt die Arbeiter zum Verweigerungskampfpunkt. Vebel prophezeit den baldigen Abbe-tadatsch, andre Leute wenden sich gegen die Arbeitslosen-unterstützung, weil sie das Elend der Arbeiter nur verlängern. Da muß ja die Meinung aufkommen, daß die Gewerkschaftsarbeit Siphphosarbeit ist. Andererseits schreibt Franz Mehring in der „Neuen Zeit“ 1900, jeder kleine Arbeiterverein ist mehr wert, als ein Hund parlamentarischer Hauptkassaten. Wenn schon ein kleiner Arbeiter-verein soviel wert ist, wieviel Bedeutung muß dann unsere große Organisation haben? Ich bitte, Ihre Logik walten zu lassen. (Sehr richtig.) Es ist hier gesagt worden, ich solle die jungen Kollegen besser für die Sozialdemokratie erziehen. Ich drehe den Spiegel um und sage, die Parteipresse möge von uns nicht ein Zerrbild geben, daß junge Parteigenossen von uns abgeschreckt werden. Der Schwerpunkt der Arbeiterbewegung liegt heute in der Gewerkschafts-bewegung; leider haben das die Gewerkschaften noch nicht recht erkannt. Bisher waren die Gewerkschaften ein Spielball in den Händen der politischen Parteien. Wenn jetzt die stärker werdenden Organisationen sich emancipieren, so giebt das Anlaß zu Weiberlein. Das ist auch ein Grund, weshalb es nicht glatt abgeht. Der Buchdrucker-Verband ist die stärkste Organisation und die selbständigste. Das ist den führenden Personen in der Partei ein Dorn im Auge, daher die Feindseligkeit gegen den Verband, nicht gegen die Personen Döblin und Reghäuser. Die Führer wollen die Macht der Organisationen nicht aufkommen lassen. In der großen Masse der politischen Parteigenossen ist man heute noch der unschuldsvollen Meinung, daß Partei und Gewerkschaften nebeneinander hergehen müssen. In Parteikreisen sagt man die Neutralität nur als taktische Frage auf; für mich ist sie eine prinzipielle Frage. Heute fühlen sich unsere Gewerkschaftler noch als Parteigenossen. Aber mit dem Wachstum der Gewerkschaften wird der Gegenlag zur Partei immer härter werden. Die Partei hat ihre Ideale in der Theorie, wo sie als Unternehmer in die Erscheinung tritt, kommen sehr häufig Konflikte mit den Arbeitern vor. Das Wachstum der übrigen Gewerkschaften, der Hirsch-Dunderschen wie der Christlichen, zwingt unsere Gewerkschaften zu einer andern Haltung. Die Neutralität muß härter gewahrt werden. Brenstein hat sich in Lübeck in einer Weise über Partei und Gewerkschaften geäußert, die ich fast völlig unterschreibe. Ich sage, das Endziel der Evolution kann sich auf die Dauer mit dem Endziel der Revolution nicht decken. Ich habe Vebel schon einmal in einer Konferenz gesagt: Seien Sie eine sozialistisch-radikale Reformpartei, erst dann werden unsere Differenzpunkte verschwinden. Wir werden auf die Wahn der Kompromisse gedrängt. Man kann die Arbeiter-bewegung nicht umgehen, die Arbeiter können auch die Unter-

nehmer nicht ignorieren. Deshalb ist die Kompromisspolitik notwendig, wie sie auch für die Partei oft notwendig ist. Der „Correspondent“ ist seit 20 Jahren von der Partei angegriffen worden. Wir würden heute noch hundsgemeiner behandelt werden, wenn ich nicht den Mut gehabt hätte, die Angriffe fest zurückzuweisen. (Rebhäuser wiederholter Beifall.) Die Angriffe auf den Verband ziehen sich wie ein roter Faden durch die Parteigeschichte. Man hat uns als rückschändig, als königlich preussischer Gewerksverein bezeichnet, gefragt, ob der Polizeipräsident unser Jubiläum mitfeiert. Man hat dem Verband die Lebensfähigkeit abgesprochen, von Verhumpfung im Verbands geschrieben. Ich bitte also, nicht mit meiner Person zu operieren. Man hat uns den Klassenkampf-Standpunkt abgesprochen. Wir haben in unsern Tarifkämpfen mehr Klassenkampf geübt, als die politische Partei zu kämpfen in der Lage ist.

Man hat sich hier über den Ton im „Correspondent“ beschwert. Ich verweise auf den Ton auf dem Lübecker Parteitag zwischen Parteigenossen. In der Partei herrscht eine Unabundanz, die an die finsternen Zeiten des Mittelalters erinnert. — Ich bitte Sie, meine Gesamtarbeit zu beurteilen. Ich habe nur das Gesamtinteresse der Organisation vertreten. Ich will Frieden halten und hoffe, daß meine heutigen Darlegungen die Partei veranlassen werden, an die eigene sündige Brust zu schlagen. Wie sich die Dinge in der Zukunft gestalten werden, das wissen wir nicht. Es ist selbstverständlich, daß nicht alles, was ich gesagt habe, Ihren un-eingeschränkten Beifall finden kann. Ich bitte Sie aber, meine Thätigkeit kollegial zu beurteilen. Ich glaube so handeln zu müssen zum Besten untrer Organisation. (Beifall.)

Hildenbrand - Stuttgart: Reghäuser sagte, die Parteipresse sei bemüht gewesen, ein Zerrbild von ihm zu entwerfen. Ich sage, Reghäuser hat von der Partei ein Zerrbild entworfen. Reghäuser hat hier viele Citate aus der Parteipresse gegen die Buchdrucker vorgebracht. Man könnte das dreifache Material für die Buchdrucker zusammentragen. Er hat hier wieder gefühllich Stimmung gegen die Partei gemacht, die gewiß noch recht gefäh-liche Explosionen zur Folge haben wird. (Sehr richtig!) Reghäuser vermischte bei Feuerstein den „großen Jun“. Ich frage Sie, wie kleinlich hat heute Kollege Reghäuser operiert. Kleinlicher und niedriger ist in Lübeck nichts gesagt worden, als was er gestern dem Kollegen Feuerstein gesagt hat. Auf Feuersteins sachliche Be-merkungen antwortete Reghäuser mit der niedrigen Bemerkung, Feuerstein habe nur seine Visitenkarte bei Ignaz Auer dem Parteivorstande abgegeben. Das ist eine so niedrige Ein-schätzung eines Kollegen, daß ich mich wundere, daß der Vorsitzende die Bemerkung ungerührt gelassen hat. Reg-häuser will nun nichts davon wissen, daß die Leipziger Verhält-nisse seine Stellung beeinträchtigen haben. Ich bin aber nach wie vor der Ueberzeugung, daß diese Leipziger Verhältnisse die Hauptschuld daran tragen. Die Loslösung der Gewerkschaften von der politischen Partei sagt Reghäuser für die Zukunft voraus. Das können wir ruhig der Entwicklung überlassen. Heute ist es nicht not-wendig, daß wir Arbeiter, die wir doch im ganzen einer Bestimmung sind, uns zerplütern und unsere Kräfte schwächen. Ich bestreite ganz positiv, daß bei uns in Deutschland ein Gegenlag zwischen Partei und Gewerkschaften irgendwie praktisch geworden ist. Ich halte es für natürlich, daß jetzt andre Verhält-nisse Platz greifen als unter dem Socialistengeley. Heute befinden sich die Gewerkschaften in einem Entwicklungsstadium. Da fliegen naturgemäß Spähne. Aber gerade deshalb ist es nicht notwendig, daß ein absichtlich so feindseliges Ton angeblasen wird, wie ihn Reghäuser angeblasen hat. Wir wollen nicht, daß der „Correspondent“ ein Kampfsorgan gegen die Sozialdemokratie wird. Reghäuser führte Keucherungen aus der Partei gegen die Neutralität an. Die vielen Keucherungen für die Neutralität unterschlag er. So hat doch z. B. Vebel sich für die Neutralität erklärt. Reghäuser hat mit einzelnen Keucherungen aus der Partei operieren müssen, denn offizielle Partei-Keucherungen unserer Partei-Instanzen kann er nicht anführen, die sich gegen den Verband richten. Die heutige Rede Reghäusers war eine echte und rechte Kampfsrede und zeugte von geringer Feindseligkeit. Ich erhebe meine Stimme namens weiter Mitgliederkreise, die verlangen, daß mit dieser Kampfpolitik mit dieser Gewerkschaftspolitik ein Ende gemacht werden muß. Reghäuser sollte nicht bloß immer sagen: Man lasse mich ungehoren, er sollte auch einmal sagen: Ich will die Partei ungehoren lassen.

Den Artikel gegen die Regierungsdirektoren von Adolf Braun in der „Schwäbischen Tagwacht“ konnte weder Feuerstein noch ich cen-surieren, er hat aber mit der ganzen hier erörterten Frage nichts zu thun. Ich schließe mit der wiederholten Mahnung an Reghäuser zum Frieden. (Beifall.)

Haber - Berlin kommt auf das Posadowsky-Telegramm zu sprechen, das eine völlig falsche Auslegung in Parteikreisen gefunden habe. Man habe es fälschlicherweise als eine Qualifikation für Pos-adowsky ausgelegt. Die Ablehnung geschah, um die Reichsbehörden für die Beschüsse des Tarif-Ausschusses zu interessieren. Nicht an die Personen, nur an die Behörden sind die Telegramme abgegangen. Das Telegramm und das Einladungs-schreiben der General-Kommission zum Kongress würden sich ähnlich sein wie ein Zwillingsspaar. Auf dem Gewerkschaftskongress seien die Buchdrucker, ohne Widerspruch zu finden, zu den Satten gewesen worden. Herr Forch, der das gesagt habe, müsse wenig Ahnung von den Zielen der Buchdrucker-Organisation haben. Reghäuser habe Fehler gemacht, es hat die socialdemo-kratrischen Mitglieder oft prinzipial berührt. Die größeren Fehler liegen bei einzelnen Partei-Organen, ich will nicht sagen der Gesamt-partei. Reghäuser befand sich in schwieriger Lage, er hat seine Auf-gabe im großen glänzlich gelöst. Es giebt Elemente, die den Gegen-lag zwischen Partei und Buchdrucker künstlich gefördert haben. Denen hätte die Partei von Anfang an das Handwerk legen sollen, aber diese Elemente sind in erster Zeit gefährlich geworden. Auch Redakteure, die ehemalige Kollegen sind, haben große Schuld an den Bekehrten. Wir verlangen Frieden im „Correspondent“, wir verlangen aber auch Frieden in der Parteipresse.

Dorsch - Frankfurt a. M. tadelt die Haltung des „Correspondent“ und seine Feindseligkeit gegen die Partei. Viele brave Mitglieder seien in ihrer Parteigehörigkeit schwer gekränkt worden. Darüber aber sei man doch wohl einig, daß die Partei es nicht verdient, heruntergerissen zu werden. Die Zustände in Leipzig seien höchst traurig. Viel ändern werde sich aber in Leipzig nicht, deshalb solle man die Leipziger Hegegesellschaft möglichst ignorieren. Der Gewerkschaftskongress habe dem Frieden das Wort geredet. Reghäuser habe seine dort abgegebene Friedenserklärung heute wiederholt. Das berechtige zu guten Erwartungen.

Krasser - Juidau weist auf die Arbeiternebelung in Sachsen hin, aus der sich der dortige Radikalismus erkläre. Die Tarif-gemeinschaft habe bei diesen Radikalen die Meinung eines Partiers mit dem Unternehmertum, eine Verhumpfung der Gewerkschaft her-vorzuerufen. Er bedauere den Ton der Artikel, aber auch die Gegen-änderungen. Auf beiden Seiten sei gefehlt worden. Er fürchte nach der heutigen Rede Reghäusers, daß der Kampf noch länger dauern werde.

Ehe die Verhandlung auf Freitag früh vertagt wird, giebt der Vorsitzende einen Protest des Genossen Scheidemann gegen die Be-merkung Dominés bekannt, daß er sich aus einem Verbandsfunktionär zu einem Gegner des Verbandes entwickelt habe.

Aus München, 27. Juni, wird uns telegraphiert: Nach Schluß der Debatte über den „Correspondent“ wurde auf Empfehlung Döblins die folgende, von Demuth - Hamburg eingebrachte Resolution an-genommen: Die Generalversammlung erklärt, daß es dem Verband der Buchdrucker sowie seinem Organ und dessen Redakteur fernliege, der Sozialdemokratie irgendwelche Schwierigkeiten zu bereiten; sie verlangt jedoch von der Partei und deren Propaganda, daß diese sich ebenfalls aller Angriffe auf die Leitung des Verbandes sowie seine inneren Angelegenheiten enthalten.

